

Der Schuldenautomatismus

Wirtschaftspolitische und wirtschaftstheoretische Zugänge zur Verschuldung Lateinamerikas

Vorbemerkungen

Das Problem der Auslandsverschuldung der Dritten Welt und Lateinamerikas im besonderen hat diesem Jahrzehnt der 80er Jahre zutiefst seinen Stempel aufgedrückt. Sicherlich wird das auch für das folgende Jahrzehnt der Fall sein, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird es den Kern der Nord-Süd-Konflikte für einen noch längeren Zeitraum bilden.

Dieses Problem hat heute längst aufgehört, nur einfach ein ökonomisches zu sein, so daß man seine Lösung den Ökonomen, den Finanzministerien und den Banken überlassen könnte. Von einem ökonomischen ist es zu einem sozialen und politischen Problem geworden, um sich darüber hinaus zu etwas auszuweiten, was gegenwärtig schon zu ahnen ist – zu einem Fluch für die Dritte Welt. Die Auslandsverschuldung ist dabei, alles zu zerstören: die Möglichkeit der Entwicklung der unterentwickelten Länder, die inländische Produktion, das Lebensniveau der Bevölkerung, die Arbeitsplätze. Die Staatshaushalte weisen immer mehr nur noch Ausgaben für Militär und Polizei sowie aus Schuldendeckung entstehende Kosten auf. Das Gesundheitswesen und das Erziehungswesen brechen zusammen, die Städte verrotten, und das Elend steht vor der Tür. Sogar die Natur selber gerät in diesen zunehmenden Verfallsprozeß mit hinein. Die Zahlung der Schuld macht jegliche Bemühung um das menschliche Leben und seine natürlichen Voraussetzungen zunichte.

Der vorliegende Beitrag ist bestrebt, sowohl eine Analyse der

Auslandsverschuldung Lateinamerikas zu leisten als auch die Aufmerksamkeit auf die katastrophalen Ausmaße zu lenken, die diese Problematik mittlerweile angenommen hat. Mein Beitrag besteht aus drei Teilen. Der erste Teil analysiert unmittelbar das Verschuldungsproblem, und zwar sowohl seinen Ursprung als auch die gegenwärtigen Mechanismen seiner Entfaltung. Insbesondere zeigt sich dabei, daß die Auslandsverschuldung ab den 50er Jahren aufwärts entsteht; keineswegs handelt es sich nur um ein Problem der 70er Jahre, auch wenn sich in diesem Jahrzehnt die Situation immer mehr verschlimmerte. Ihre zerstörerische Wirkung wurde ab dem Jahre 1982 sichtbar, als die Gläubigerländer anfangen, die Schulden einzutreiben. Von diesem Zeitpunkt an wurde Lateinamerika erneut in einen Kontinent verwandelt, aus dem ein Maximum an Reserven abgezogen wird, ohne daß man die katastrophalen Konsequenzen bedenkt, die sich aus diesem Tatbestand ergeben.

In diesem ersten Teil wird besonders hartnäckig auf den Automatismus des Wachstums der Schuld hingewiesen. Weil es Lateinamerika nicht gelingt, genügend Überschüsse zu transferieren, um wenigstens die Schuldzinsen bezahlen zu können, wächst die Schuld automatisch mit der Notwendigkeit, die Zahlung der übrigbleibenden Zinsen mit Hilfe neuer Kredite zu finanzieren. Gegenwärtig wächst die Schuld nicht etwa deswegen, weil die Banken neue Kredite geben, sondern die Banken bewilligen neue Kredite, damit die Schuld wächst. Die Relation hat sich genau umgekehrt, und die Schuld hat sich in eine große Dampfwalze verwandelt. Diesem Automatismus des Wachstums der Schuld entspricht ein weiterer Automatismus: Es handelt sich um die Zunahme des Elends, die durch die Auspressung des jeweils möglichen Maximums von Reserven aus dem Kontinent erzeugt wird.

Im zweiten Teil wird eine Analyse der neoklassischen Theorie des Kapitals geliefert, welche heute in unseren Ländern den Ton angibt. Dabei wird mit Nachdruck auf den Tatbestand hingewiesen, daß diese Theorie völlig unfähig ist, wenigstens zu erklären, welches die ökonomischen und sozialen Mechanismen sind, die dem Verschuldungsprozeß zugrunde liegen. Dies wird insbesondere bei ihrer Zinstheorie sichtbar.

Die neoklassische Theorie ist bestrebt, den Zinssatz einfach als

Preis, der aus dem Bedarf knapper Mittel entsteht, zu erklären und gerät damit in die größten Illusionen über die Bedeutung des Verschuldungsprozesses. Dieser Theorie entgeht die Tatsache, daß der Zinssatz in unmittelbarem Zusammenhang mit der Wachstumsrate der wirtschaftlichen Produktion steht. Nicht zuletzt kann dieser Zusammenhang das Vorhandensein und die Konsequenzen von Mechanismen wie dem Schuldenautomatismus für die Wirtschaft erklären. Beim Ansteigen des Zinssatzes weit über die Wachstumsrate hinaus entstehen unbezahlbare Schuldenlasten, die kein Produktionsäquivalent mehr haben. Daher führt das Bestreben, solche Zinsen einzutreiben, nicht zu ihrer wirklichen Bezahlung, sondern zum Ruin jener Wirtschaft, der man solche Zahlungen abverlangt. Die Verschuldung funktioniert wie jeder Utopismus: Indem man blindlings ein unerreichbares utopisches Ziel erreichen will, zerstört man dabei die vorhandene Wirklichkeit selber.

Der dritte und letzte Teil des vorliegenden Beitrags widmet sich der Analyse des Verhältnisses zwischen der Handelsbilanz und den Ursachen der Auslandsschuld. Es geht dabei um die Analyse der Transferierung von Überschüssen, so wie sie sich im internationalen Handel zeigen. Wir haben uns dabei die Aufgabe gestellt zu beweisen, daß das Entstehen von Auslandsschulden oder das Zustandekommen von ausländischen Direktinvestitionen überhaupt nicht voraussetzt, daß irgendeine Übertragung realer Guthaben aus dem Gläubigerland in das Schuldnerland stattfinden muß. Ohne Schwierigkeiten kann alles sogar genau umgekehrt laufen: Die Übertragung ausländischer Guthaben vom Schuldnerland in das Gläubigerland bewirkt die Auslandsverschuldung des Schuldnerlandes. Es geht uns dabei darum, eine These, die wir schon im ersten Teil dieser Arbeit vertreten haben, theoretisch zu untermauern, nämlich die Behauptung, daß die Auslandsschuld Lateinamerikas und die ausländischen Direktinvestitionen in unserem Kontinent niemals beinhaltet haben, daß von den Gläubigerländern bzw. Investoren irgendeine Transferierung von realen Beträgen vorgenommen wird. Die Auslandsverschuldung Lateinamerikas entsteht paradoxerweise von Anfang an aus dem Fluß von Inlandsguthaben Lateinamerikas in die Länder des Zentrums.

Die vorliegende Arbeit kann keine endgültigen theoretischen Lösungen für die Probleme liefern, die sich aus der Auslandschuld ergeben. Sie möchte vielmehr nur einen Beitrag zur laufenden Diskussion bieten. Es ist aber von größter Wichtigkeit, diese Diskussion voranzutreiben, weil nur theoretische Aufklärung jene Schritte in ihren Umrissen wahrnehmbar machen kann, die unternommen werden müssen, um zu einer praktischen Lösung des Problems zu gelangen – eines Problems, das furchtbar auf der Dritten Welt lastet.

I. Analyse der Auslandsverschuldung

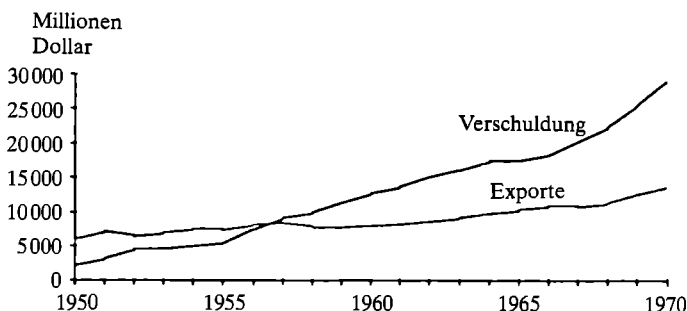
In den 80er Jahren, also dem gegenwärtigen Jahrzehnt, kommt die Krise der Auslandsverschuldung der Dritten Welt und Lateinamerikas voll zum Ausbruch. Die kapitalistischen Länder des Zentrums beginnen eine Schuld einzufordern, die sich seit den 50er Jahren angehäuft hatte. Indem sie dies tun, brechen sie jene Beziehungen mit der Dritten Welt ab, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ausgebildet hatten und die tendenziell durch die Anerkennung einer ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung dieses Weltteils geprägt waren. Mit dem Beginn der Schuldeneintreibung wird jede Entwicklungsperspektive der Dritten Welt hintangesetzt, wobei sie in ein bloßes Objekt der Auspressung von Überschüssen zugunsten der kapitalistischen Länder des Zentrums und auch immer stärker zugunsten der Waffenindustrie der USA zurückverwandelt wird. Was der Kolonialismus in den vergangenen Jahrhunderten getan hatte, dasselbe beginnt sich nun über die Eintreibung der Schulden abzuspielen. Von einem Jahrhundert zum nächsten wird man zahlen müssen, ohne die geringste Aussicht, davon wieder freizukommen.

Es wird höchste Zeit, sich über die Gründe dieser Auslandsverschuldung ein Bild zu machen, um danach eine geeignete Strategie zu entfalten, womit man der Bedrohung, welche die Schuldenforderung für die Mehrheit der Weltbevölkerung darstellt, entgegen treten kann. Die folgenden Überlegungen möchten eine einfache Annäherung an ein Problem vorlegen, bei dem es für diese Mehrheit um Leben und Tod geht.

1. Die Auslandsverschuldung Lateinamerikas und ihre Entwicklung zwischen 1950 und 1986

Das Verschuldungsproblem entsteht nicht erst in den 70er, sondern schon in den 50er Jahren. Im Jahre 1950 beträgt die Auslandsschuld Lateinamerikas ungefähr ein Drittel der Exporterträge, im Jahre 1960 ist sie bereits das 1,3fache der Exporte. Im Jahre 1970 steigt sie auf das 1,7fache der Exporte an. Im Jahre 1984 übersteigt sie schon 3,5mal die Exporte.

Schaubild 1: Lateinamerikas Schulden und Exporte (1950–1970)



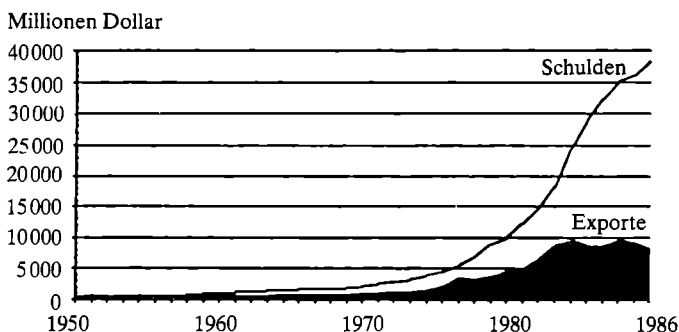
Zwischen 1950 und 1970 steigt die Auslandsschuld um mehr als das 11fache, von 1970 auf 1984 vergrößert sie sich um das 14fache. Zwischen 1960 und 1970 steigt sie von 12,6 Milliarden Dollar auf 28,9 Milliarden, was eine Zunahme von 230 % bedeutet. In realen Werten ausgedrückt, handelt es sich um eine Zunahme von 208 % (wenn man die letzte Angabe für den Index der Lebenshaltungskosten der Industrieländer in Abzug bringt).¹

Von 1974 bis 1984 klettert die Auslandsschuld von 58 Milliarden

¹ Vgl. hierzu CEPAL, *América Latina y el Caribe*, in: *Balance de pagos 1950–1984. Cuadernos Estadísticos de la CEPAL*, Santiago de Chile 1986, 28.

auf 360 Milliarden, was eine Zunahme von 620 % bedeutet. In realen Werten ist dies eine Zunahme von 280 %. Die Zuwachsraten der Schuld sind gestiegen, aber die Verschuldungswave war bereits vor 1974 im Rollen. Schon im Jahre 1973 vor der Erdölkrise bestanden Zweifel an der Zahlungsfähigkeit Lateinamerikas angesichts der damals extrem hohen Schulden; man hatte einen Durchschnitt von 190 % für das Verhältnis von Schulden und Güterausfuhr in ganz Lateinamerika als gegeben zu betrachten.

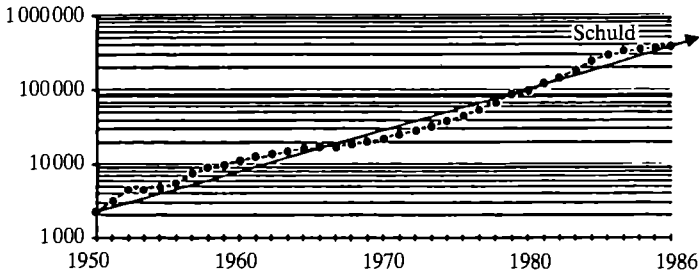
Schaubild 2: Lateinamerikas Auslandsschulden und Exporte (1950–1986)



Betrachtet man Lateinamerika als *eine* Region, so hat es von 1950 bis 1982 seinen ganzen Schuldendienst mit neuen Krediten finanziert. Ab 1974 wurde die Handelsbilanz Lateinamerikas unausgeglichen. Es erhielt für seinen Negativsaldo in der Handelsbilanz einen Zufluß von Überschüssen im Wert von ungefähr 60 Milliarden Dollar, die es ebenfalls durch Kredite finanzieren mußte. Diese Periode dauerte bis 1982.

Bei den Schaubildern 4 und 5 zeigt sich diese Bewegung der Handelsbilanz und entsprechend der Fluß der Handelsüberschüsse. Die aufsummierte Handelsbilanz stellt dabei die Summe aller vorherigen Salden der Handelsbilanz dar. Die Schnittpunkte

Schaubild 3: Die lateinamerikanische Auslandsschuld (1950–1960; logarithmische Skala)

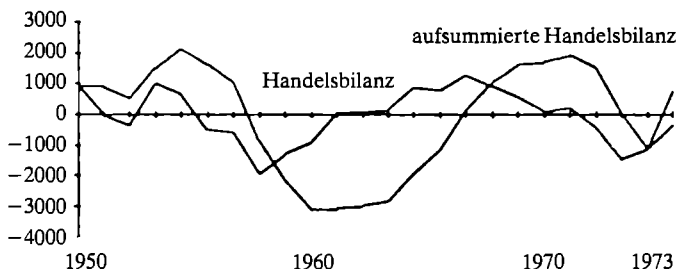


mit der Mittelachse bezeichnen Zeitpunkte, in denen die Saldensumme Null ist. Es geht also um solche Zeitpunkte, in denen das Land weder einen Abgang noch einen Zugang von Handelsüberschüssen verzeichnet. Die maximalen Schwankungen geben das Maximum des Flusses von Überschüssen an, seien sie nun positiver oder negativer Art. Diese Maxima werden zwischen zwei Nullpunkten erreicht.

Ab 1982 verlangen die Länder des Zentrums plötzlich, daß die Schulden gezahlt werden. Lateinamerika beginnt, an die Länder des Zentrums mit Hilfe einer positiven Handelsbilanz Überschüsse zu transferieren.² Zwischen 1982 und 1986 transferiert es

² Die Transferierung von Überschüssen, so wie wir diesen Begriff hier verstehen, bezieht sich auf die von der wirtschaftlichen Eigenaktivität eines Landes bezüglich anderer Länder ableitbare Transferierung. Zumindest für Lateinamerika ist die Handelsbilanz die einzige Quelle eines Überschußtransfers ins Ausland. Aber sie ist auch die einzige Quelle zum Erhalt von Überschüssen für den Fall, daß solche nach Lateinamerika transferiert werden sollten. Ein Kapitaltransfer impliziert nicht notwendig einen Transfer von Überschüssen. Dies geschieht nur, wenn ein Negativsaldo der Handelsbilanz, die den Kanal für den Überschußtransfer darstellt, finanziert wird. Kredite z. B., welche Kapital zur Rückzahlung weiterer Kredite transferieren, transferieren keine Überschüsse. Die Überschüsse, die nach der Handelsbilanz transferiert werden, sind nicht immer aus-

Schaubild 4: Handelsbilanz und aufsummierte Handelsbilanz (1950–1973)

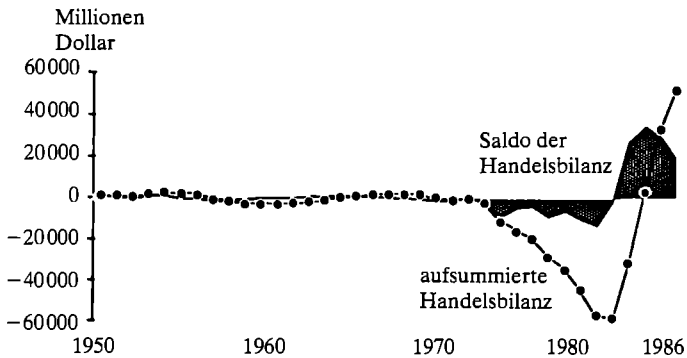


ungefähr 110 Milliarden Dollar. Trotz der übermäßigen Transfrierung steigen die Auslandsschulden im gleichen Zeitraum um ungefähr 100 Milliarden Dollar von 288 auf 382 Milliarden. Diese Summen können nur im Vergleich mit anderen Beispielen richtig bewertet werden. So betrug der gesamte Aufwand des Marshallplans für Europa von 1948 bis 1951 14 Milliarden Dollar, was auf heutige Preise bezogen ungefähr 70 Milliarden ausmacht. Zwischen 1982 und 1986 transferiert Lateinamerika Überschüsse an die Länder des Zentrums, die dem 1½fachen des Marshallplans entsprechen, was soviel heißt, daß alle drei Jahre ein Marshallplan erfüllt wird. Trotzdem kann Lateinamerika nicht einmal den Anstieg der Schuld verhindern, die sich ungefähr um den gleichen Betrag vermehrt. Indem es dies alles bezahlt, hat Lateinamerika also kaum die Hälfte von dem gezahlt, was es hätte zahlen sollen.

Die Schuld steigt von 1982 bis 1986 um ein Drittel, also um mehr als 5 % jährlich. Nehmen wir einen mittleren Zinssatz von 10 % auf die Gesamtschuld an, dann wurde die Hälfte der geschuldeten Zinsen effektiv gezahlt, der Rest mußte mit neuen Krediten finan-

drückliche. Sie können versteckt sein, wie es im Fall des Transfers beim Verfall der *Terms of Trade* vorkommt. Der Saldo der Handelsbilanz enthüllt die ausdrücklichen Überschüsse. Wir werden daher bezüglich solcher Überschüsse von Handelsüberschüssen sprechen.

Schaubild 5: Saldo der Handelsbilanz und aufsummierte Handelsbilanz (1950–1986)



ziert werden. Der auf die nicht zahlbare Schuld entfallende Zinsanteil verwandelt sich in eine Schuld, die mit neuen Krediten finanziert wird. Auf die Art kommt es zu einer Zunahme von ungefähr 5%.

Die Situation von Zentralamerika ist noch viel dramatischer. Während Lateinamerika es schafft, die Hälfte der geschuldeten Zinsen an die Länder des Zentrums zu transferieren, kann Zentralamerika keine Nettoüberweisungen vornehmen. In allen Jahren von 1973 an bis heute hat es eine negative Handelsbilanz. Seine Auslandsschulden belaufen sich heute auf ungefähr 17 Milliarden Dollar. Bei einem mittleren Zinssatz von 5 bis 6% entstehen somit jährliche Zinsschulden um die 900 Millionen. Alles in allem wächst aber wegen der negativen Handelsbilanz die Schuld jährlich um 9%, also ungefähr um 1,5 Milliarden Dollar. Alle seine Zinsschulden und das Defizit der Handelsbilanz muß Zentralamerika mit zusätzlichen ausländischen Finanzmitteln bestreiten. Wenn es keine Schenkungen beträchtlichen Ausmaßes erhalten hätte, wäre die Schuld jährlich um 12% gestiegen. Im Jahre

1984 beliefen sich die privaten und öffentlichen Schenkungen auf 580 Millionen Dollar, bei einem Handelsbilanzdefizit von 1,114 Milliarden Dollar. Die Schenkungen machen also etwas mehr als die Hälfte des Handelsbilanzdefizits aus, während die Güterausfuhr seit mehr als einem Jahrzehnt ohne irgendein Anzeichen für eine Erholung stagniert. Bei stagnierendem Bruttosozialprodukt und stagnierenden Exporten bedeutet dies eine ständige Vermehrung des Gewichtes der Schulden, die auf Sozialprodukt und Export lasten.

Die Schulden Zentralamerikas im Verhältnis zum Güterexport liegen in Lateinamerika insgesamt auf einer mittleren Linie, d. h. sie betragen annähernd das 3,5fache der jährlichen Exporte. Die jährlichen Zinszahlungen sind jedoch geringer, weil wegen des geringeren Anteils von Handelskrediten der mittlere Zinssatz geringer ist. Während Lateinamerika jährlich insgesamt 45 % des Exporterlöses zur Zahlung von Zinsen und zum Transfer von Gewinnen aufwenden muß, braucht Zentralamerika dafür nur ungefähr 25 % jährlich.

Allgemein können wir folgendes feststellen: Seit 1982, als die Länder des Zentrums anfangen, die Schulden einzufordern, ist es Lateinamerika trotz durchgängiger Opfer der Bevölkerung und einer Weiterentwicklung des Kontinents nicht einmal gelungen, die geschuldeten Zinsen zu bezahlen. Durchschnittlich kann Lateinamerika die Hälfte dieser Zinsen bezahlen, Zentralamerika noch nicht einmal einen Teil davon. Trotz der außerordentlichen Anstrengungen zur Schuldenbekämpfung gelang es nicht, die ständige Zunahme der Schulden zu vermeiden, wobei sich die Zuwachsrate in Lateinamerika insgesamt durchschnittlich um die 5 % herum bewegt, in Zentralamerika dagegen um die 9 %. Seit 1982 führt Lateinamerika Überschüsse auf einem viel höheren Niveau als dem des Marshallplanes nach dem Zweiten Weltkrieg aus. Obwohl Überschüsse in dieser Höhe ausgeführt werden, wächst seine Auslandsschuld weiterhin um Beträge, die ungefähr den exportierten Überschüssen gleichkommen. Von 1982 bis heute hat Lateinamerika mehr an Überschüssen ausgeführt, als es im Verlauf der Jahre seit 1950 erhalten hat. Dabei ist nicht einmal der gewaltige Wertverlust aufgrund des riesigen Verfalls der *Terms*

of Trade in Rechnung gestellt. Das Auslandskapital hat sich in eine Zwangsjacke verwandelt, welche die Entwicklung Lateinamerikas für alle Zukunft ersticken wird.

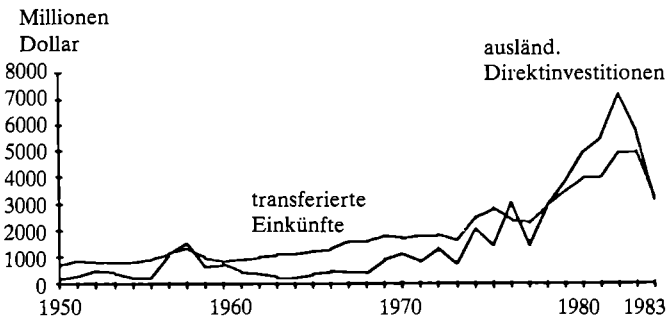
2. Der Verschuldungsautomatismus

Die Untersuchung der Zahlenwerte, in denen sich die Entwicklung der Auslandsverschuldung von Lateinamerika und Zentralamerika widerspiegelt, enthüllt die Tatsache, daß dieser Schuld ein Automatismus innewohnt, der unabhängig von der Verfügung der Privatbanken oder der öffentlichen Finanzunternehmen eine auf die Vergrößerung der Schuld bezogene Kreditaufnahme erleichtert. Diese Automatik ist in Lateinamerika seit den 50er Jahren im Gange. Damals begann sie mit einer Schuld, die sich durch neue Kredite bezahlen ließ, bis sie eine Höhe erreichte, die man nicht mehr bewältigen konnte, auch wenn man erneut Kredite aufnahm. Diese Situation stellte sich zu Beginn der 70er Jahre ein und erreichte zu Beginn der 80er Jahre einen definitiven Stand. Während dieser ganzen Periode häufte sich die Schuld an, bis sie eine solche Höhe erreichte, daß sie nur noch in Form eines einfachen Wachstumsautomatismus weitersteigen konnte.

Diese Entwicklung begann also in den 50er und 60er Jahren. Im Verlauf der beiden Jahrzehnte weist Lateinamerika bis 1969 eine vorwiegend positive Handelsbilanz auf. Es erhält keine Überschüsse von außen. Trotzdem setzt eine Verschuldung ein, die sich während der 50er Jahre fast ausschließlich aus der Transferierung der Gewinne ergibt, welche auf die ausländischen Direktinvestitionen anfallen. Diese ausländischen Direktinvestitionen leiten sich nicht her aus einem Transfer von Überschüssen von außen, sondern größtenteils aus einer Bereitstellung von innerlateinamerikanischen Mitteln.

Aus dem Schaubild 6 wird deutlich, daß in der Periode von 1950 bis 1977 der Transfer von Einkünften, die sich aufgrund der ausländischen Direktinvestitionen ergeben, bezeichnenderweise höher ist als die in der Zahlungsbilanz ausgewiesenen ausländischen Direktinvestitionen. Ab 1977 übersteigen plötzlich die ausländischen Direktinvestitionen für eine Periode die Summe der transfe-

Schaubild 6: Ausländische Direktinvestitionen und transferierte Einkünfte (1950–1983)



rierten Einkünfte, um dann im Jahre 1983 einen Gleichstand zu erreichen. Für den ganzen Zeitraum von 1950 bis 1983 übersteigen die Einkünfte den verbuchten Eingang von Direktinvestitionen. Zwischen 1950 und 1983 schlugen in der Zahlungsbilanz Lateinamerikas ausländische Direktinvestitionen von insgesamt 54,59 Milliarden Dollar zu Buche, denen eine Gesamtsumme von 64,874 Milliarden transferierter Einkünfte gegenübersteht. Die transferierten Einkünfte übersteigen also für diesen ganzen Zeitraum die verbuchten Direktinvestitionen um ungefähr 10 Milliarden Dollar. Die verbuchten Direktinvestitionen werden jedoch nicht in Auslandsdevisen eingebracht. Man kann abschätzen, daß bis 1968 nur 15% der Direktinvestitionen wirklich aus dem Ausland transferiert wurden. Alles übrige wurde durch Bereitstellung von Guthaben aus den lateinamerikanischen Ländern selber finanziert, wobei diese in Auslandskapital verwandelt wurden.

Läßt man diese Größenangabe für den ganzen Zeitraum gelten, so betragen die aus dem Ausland transferierten Direktinvestitionen nicht mehr als 8,18 Milliarden Dollar. Demnach übersteigen die ins Ausland transferierten Einkünfte die aus dem Ausland kommenden Direktinvestitionen um 56,694 Milliarden Dollar.

Zwischen 1950 und 1983 existiert kein einziges Jahr, in dem es einen Nettobeitrag in Devisen von seiten der ausländischen Direktinvestitionen gegeben hätte. Während der ganzen Jahre übersteigen die nach außen transferierten Einkünfte in hohem Maße die über die ausländischen Direktinvestitionen eingeführten Beträge. Die Rentabilität der transferierten Direktinvestitionen beträgt zwischen 1950 und 1984 im Jahresdurchschnitt mehr als 800 % (gemessen durch das Verhältnis zwischen den transferierten Einkünften und dem wirklichen Transfer bei den Direktinvestitionen), ohne daß irgendein Startkapital vorgeschossen wurde. In Wirklichkeit bilden die für die Direktinvestitionen überwiesenen Devisen nicht mehr als die Rückerstattung eines kleinen Teils der jährlich transferierten Einkünfte. Lateinamerika war und ist ein Huhn, das goldene Eier legt – natürlich nur für seine Gläubiger, denn es selbst lebt im Elend.

Den Prototyp der Entstehung von Auslandsinvestitionen stellt die Umwandlung der chilenischen Salpetervorkommen (wie sie sich im vergangenen Jahrhundert vollzog) in eine englische und damit also ausländische Direktinvestition dar. Lord North, der den Salpeter aufkaufte, brachte dafür kein einziges Pfund Sterling mit. Er nahm sich einen Kredit bei der Hypothekenbank von Valparaíso, womit er den Ankauf finanzierte, und bezahlte dann diesen Kredit aus den Gewinnen, die er später mit dem Salpeter machte. Heute sind die Vorgehensweisen zwar viel komplizierter, aber im Grunde verlaufen alle nach dem gleichen Prinzip. Wenn heute das Volkswagenwerk riesigen Gewinn bringende Produktionsanlagen am Amazonas besitzt, dann besitzt es sie nur wegen der Investition des nichttransferierten Teils der Gewinne aus der Produktion von Autos für den brasilianischen Markt. Es handelt sich um inländische brasilianische Guthaben, die in ausländische Direktinvestitionen verwandelt werden. Solche Investitionen bedeuten also keineswegs, daß Devisen oder ausländische Guthaben transferiert werden müssen, aber sie schaffen ihrerseits Auslandskapital, aus dem sich Einkünfte ableiten, die wiederum ins Ausland abwandern. In der Zahlungsbilanz tauchen sie als ausländische Direktinvestitionen auf. Dieses Ergebnis widerspricht dem Augenschein. Es ist wie mit Sonne und Erde. Alles weist darauf

hin, daß die Sonne die Erde umkreist. Nichts scheint gewisser als dies, und doch ist es falsch.

Die Rentabilität der ausländischen Direktinvestitionen ist so groß, daß sich sehr leicht verstehen läßt, wieso das Auslandskapital ein Interesse hat, auch weiterhin die Entwicklung Lateinamerikas zu «unterstützen». Wer sich dem widersetzt, wird als Feind betrachtet, und es bleibt keine Möglichkeit, die wirkliche Bedeutung des Auslandskapitals für Lateinamerika vernünftig zu diskutieren. Das Auslandskapital drängt sich mit Feuer und Schwert auf und verfügt nach Belieben über Regierungen und Völker. Eine ganze Welt steht einfach zur Verteilung bereit. Die Umwandlung der Schuld in ausländische Direktinvestitionen stellt heute einen neuen Abschnitt bei diesem großen Fest dar. Man braucht sich daher nicht zu wundern, daß heute auch das japanische Kapital die Segnungen der Direktinvestitionen entdeckt hat. Der ganze japanische Aufschwung fußte damals auf dem völligen Ausschluß des Auslandskapitals. Heute, wo Japan einen hohen Entwicklungsstand erreicht hat, will und kann es an dem Fest teilnehmen. Es ist der großen Bedeutung von ausländischen Direktinvestitionen für die Entwicklung auf die Spur gekommen. Wenn Japan diese Entdeckung 100 Jahre früher gemacht hätte, dann wäre es jetzt ein unterentwickeltes Land, so wie alle übrigen Länder Asiens. Etwas Ähnliches geschieht mit der Entdeckung der Vorzüge des Freihandels von seiten der USA nach dem Zweiten Weltkrieg. Wenn sie schon im vergangenen Jahrhundert darauf gekommen wären, so wie es die Länder Lateinamerikas taten, dann befänden sich auch die USA in der gleichen Situation wie diese und würden Tabak und Baumwolle exportieren.

Selbst die Theorie des Imperialismus seit Hobson, Bucharin und Lenin verrannte sich in der falschen Auffassung, daß die Länder des Zentrums Überschüsse in die Kolonialländer, die wir heute Dritte Welt nennen, transferieren. Das haben sie nie getan, und sie werden es auch nie tun. In einer Periode vermehrten Vorwärtsdrängens von direkten Auslandsinvestitionen in diesen Gebieten, also von 1870 bis 1928, hatte England ununterbrochen einen Negativsaldo in seiner Handelsbilanz, was bedeutet, daß es Überschüsse importierte und seine direkten Auslandsinvestitio-

nen von riesigem Ausmaß durch die Flüssigmachung von Inlandguthaben jener Länder finanzierte, in die es investierte.

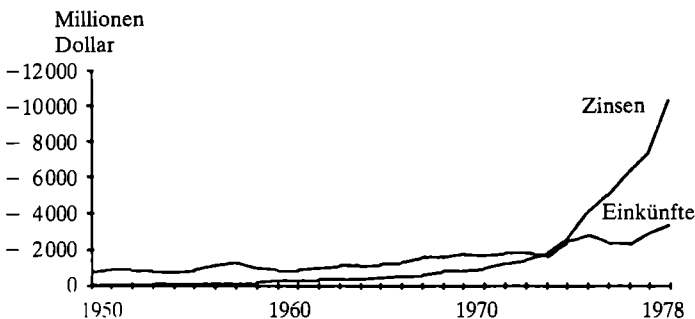
Es liegt auf der Hand, daß man bei diesen direkten Auslandsinvestitionen nicht von einer Beteiligung durch ausländische Guthaben sprechen kann. Es gibt nicht die geringsten Vorleistungen, einmal abgesehen vom Schiff des Christoph Columbus und den Waffen, die es mit sich führte. Derselbe Christoph Columbus aber finanzierte bereits seine Rückreise durch den Transfer von Einkünften aus ausländischen Direktinvestitionen, die er auf der Antillen-Insel Nueva España hinterlassen hatte.

Diese Flüssigmachung von Fremdmitteln im Dienste des Aufstiegs des Großkapitals ist völlig normal im Kapitalismus. Überall verwandelt er Fremdmittel in kapitalistisches Eigentum, ohne daß der Kapitalist etwas vorschießen muß. Die Geschichte des Kapitalismus ist voll von Beispielen. Auf der einen Seite handelt es sich um das Verfahren des Kaufs von Aktien und Aktiengesellschaften durch ihre Aktionäre. Der Aktionär kann sich der Gewinne seines Unternehmens bemächtigen, indem er Aktien dieses selben Unternehmens kauft. Wenn er einen hinreichenden Prozentsatz erwirbt, wird das Unternehmen sein. Auch wenn dies heute an manchen Orten in der direkten Form verboten ist, so ist es nicht untersagt, dies in der Form der Überkreuzung zwischen verschiedenen Unternehmen zu tun. Auf der anderen Seite kommt immer wieder der Kauf von Unternehmen mit Hilfe eines Bankkredits vor. Der Aktionär kauft mit dem Bankkredit die Firma und bezahlt mit deren Gewinnen den Kredit. In den USA gab es in den letzten Jahren eine richtige Welle des Erwerbs von Unternehmen auf diesem Wege. Die gleichen Methoden werden bei dem Flüssigmachen von Inlandguthaben Lateinamerikas zu ihrer Verwandlung in ausländische Direktinvestitionen angewandt. Was jedoch im Innern eines Landes keine größeren Probleme schafft, erweist sich als problematisch im Zusammenhang der internationalen Beziehungen.

In den 50er und 60er Jahren erzeugten die ausländischen Direktinvestitionen in Lateinamerika einen konstanten Abfluß von Devisen, der aber nicht mit dem Abgang von Überschüssen mittels einer positiven Handelsbilanz Lateinamerikas finanziert

wurde, sondern mit ausländischen Krediten. Die Handelsbilanz zeigt in dieser Periode eine ausgeglichene Tendenz. Alle Kredite, die aufgenommen werden, ermöglichen die Transferierung der Einkünfte des Auslandskapitals. Der eigentliche Schuldendienst für diese Kredite wird jedoch wieder durch neue Kredite geleistet. So wird klar, warum sich, ausgehend vom Transfer der Einkünfte, wegen der Kreditzinsen immer mehr Transferierungen ergeben, welche in exponentieller Form zunehmen. In den 50er Jahren fallen die Zinszahlungen noch nicht ins Gewicht. Während der 60er Jahre jedoch nehmen sie im Verhältnis zu den Einkünften immer mehr zu, um sie ab 1972 zu übersteigen; erstmals müssen mehr Zinsen als direkte Einkünfte überwiesen werden. Ab 1972 überschreiten die Zinszahlungen bei weitem die anderen Transfers, und im Jahre 1978 sind die Zinszahlungen schon 14mal größer als die transferierten Einkünfte. Dies widerspricht jedoch nicht dem Tatbestand, daß der Transfer von Einkünften in den 50er und 60er Jahren die Quelle der Auslandsverschuldung darstellt, während diese in den 70er Jahren sich wegen des anfallenden Schuldendienstes selbst vermehrt.

Schaubild 7: Einkünfte und Zinsen, die von Lateinamerika ins Ausland überwiesen wurden (1950–1978)



Daher ist schon von den Anfängen an das Anwachsen der Auslandsverschuldung Lateinamerikas eng verknüpft mit der Kapitalisierung der nicht gezahlten Zinsen auf diese Schuld. Von 1950 bis 1982 wird sich die Schuld Lateinamerikas vermehren, weil zur Bezahlung der Zinsen nicht Überschüsse transferiert, sondern die nicht gezahlten Zinsen mit neuen Krediten beglichen werden, welche jene kapitalisieren. Daher steigt in dieser Periode die Schuld mit dem geltenden Zinssatz, was dem Ganzen seine exponentielle Form gibt. In Wirklichkeit aber steigt sie mit einer höheren Rate als dem Zinssatz. Dies ist deswegen so, weil neue Kredite nicht nur zur Bezahlung der Zinsen für die früheren Kredite, sondern auch noch zu anderen Zwecken verwendet werden. In den 50er und 60er Jahren handelt es sich dabei hauptsächlich um den Transfer von Gewinnen aus den direkten Auslandsinvestitionen in Lateinamerika. Ab 1974 spielt neben diesen Verbindlichkeiten der Negativsaldo der Handelsbilanz eine immer wichtigere Rolle, was bis 1982 so bleibt. Hinzu kommt auch noch die Finanzierung der Kapitalflucht.

Der Negativsaldo der Handelsbilanz beläuft sich in den Jahren von 1974 bis 1982 auf ungefähr 60 Milliarden Dollar. Es ist der einzige längere Zeitraum, in dem Lateinamerika einen nennenswerten wirtschaftlichen Überschuß von außen erhalten hat. In diesen acht Jahren kommt der Überschuß allerdings nicht aus den Ländern des Zentrums, sondern aus den Erdölländern des Mittleren Orients; er wird nicht über die Banken des Zentrums geleitet. Diesem erhaltenen Überschuß entspricht jedoch ein in den Jahren von 1983 bis 1986 an die Länder des Zentrums übermittelter Überschuß von annähernd 110 Milliarden Dollar. Es handelt sich dabei um die seit Jahrhunderten schlimmsten Jahre für Lateinamerika. Doch dieser Transfer hat noch nicht einmal die jährlich durch die Schulden auflaufenden Zinsen beglichen können. Von 1982 bis 1986 erreichen die Schulden eine Höhe von einigen 100 Milliarden Dollar.

Ab 1982 steigt die Auslandsschuld Lateinamerikas ausschließlich nach Maßgabe der auf diese Schuld nicht gezahlten Zinsen. Lateinamerika wird zu erhöhten positiven Salden in seiner Handelsbilanz gezwungen, die ohnehin ja nur den Transfer der Ge-

winne und der für die vergangenen Kredite geschuldeten Zinsen finanzieren. Ab 1982 erklärt das Verhältnis zwischen Saldo der Handelsbilanz und Zahlungsverpflichtungen bezüglich transferierter Einkünfte und Zinsen die Schuldentwicklung vollständig. In dem Maße, wie der Positivsaldo der Handelsbilanz nicht soweit steigt, daß die durch den Transfer von Einkünften und Zinsen notwendig gewordenen Zahlungen abgedeckt werden können, verwandelt sich dieses Defizit automatisch in erweiterte Schulden. Die Zahlungsverpflichtungen sind so hoch, daß neben ihnen andere Posten praktisch bedeutungslos werden. Andererseits übersteigen heute die geschuldeten Zinsen derart stark die transferierten Gewinne, daß wir, wenn auch vereinfachend, klarstellen müssen: Es sind gegenwärtig die nicht gezahlten Zinsen, die mittels des Handelsbilanzsaldos automatisch den Anstieg der Schuld bestimmen.

Wir können annähernd folgendes sagen: In den fünf Jahren von 1982 bis 1986 läuft eine Zinsschuld von 200 Milliarden auf, d. h. 40 Milliarden pro Jahr. Nach dem Positivsaldo der Handelsbilanz konnten Überschüsse von annähernd 100 Milliarden transferiert werden. Also wurden die geschuldeten und nicht gezahlten Zinsen in neue Schulden umgewandelt. So verselbständigt sich die Kapitalisierung der nicht gezahlten Zinsen. Die Automatik ist perfekt.

Lateinamerika gelingt es seit 1982, ungefähr die Hälfte der Schuldenzinsen als Transfer von Überschüssen zu zahlen. Folglich wird die andere Hälfte als neue Schuld kapitalisiert. Dies besagt, daß ab 1982 die Auslandsschuld ungefähr mit einer Rate steigt, die der Hälfte des geltenden Zinssatzes entspricht. Die Schnelligkeit der Zunahme kann nur für den Fall wechseln, daß sich der Zinssatz oder der Anteil der geschuldeten Zinsen ändert, den Lateinamerika über den Transfer von Überschüssen mittels der Handelsbilanz zu zahlen fähig ist.

Zweifellos muß die Bedeutung dieser Schuldenentwicklung in Zusammenhang mit der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas und besonders seiner Exporte gesehen werden. In dem Maße, wie die Rate einer automatischen Vermehrung der Schuld die Wachstumsfähigkeit des Kontinents vor allem hinsichtlich seiner Exporte übersteigt, wird sich auch die Fähigkeit zur

Schuldentilgung vermindern. Wenn die Schuld schneller anwächst als die Exporte, dann nimmt auch der nach dem Positivsaldo der Handelsbilanz zahlbare Anteil ab, und das Wachstum der Schuld beschleunigt sich nochmals. Die Schuld verwandelt sich dabei stufenweise in eine fiktive Schuld. Tatsächlich verhält es sich so seit 1982. Die Exporte Lateinamerikas stagnieren, während die Schulden weiterhin wachsen. Der Güterexport betrug 1982 87 Milliarden Dollar, erreichte 1984 97 Milliarden und fiel 1986 wieder auf 81 Milliarden zurück. Die großen Exportanstrengungen mündeten nicht in eine Ausweitung der Exporte, sondern führten zu einem solchen Verfall der *Terms of Trade*, daß dabei ein Rückgang der Exporte herauskam. Diese Stagnation der Exporte vergrößerte jedoch die Tendenz zu einem fiktiven Charakter der ganzen Schuld.

Der Schuldenautomatismus verwandelt die Kreditpolitik der Banken in eine Abschirmung, hinter der die wahren Fakten verborgen werden. Im heutigen Lateinamerika ist das Ansteigen der Verschuldung nicht eine Konsequenz der von seiten der Banken gewährten Kredite, sondern es verhält sich genau umgekehrt: Die Banken gewähren Kredite, damit die Schulden weiter steigen. Wenn die Banken die Kredite verweigern, steigt die Schuld direkt durch die Kapitalisierung der nicht gezahlten Zinsen. Wenn sie jedoch Kredite gewähren, ermöglichen diese eine andere Form der Kapitalisierung der nicht gezahlten Zinsen. Die Bank kann allein auf die Form, in der die Schuld wächst, Einfluß nehmen, nicht aber auf den Tatbestand als solchen.

Die Lage Zentralamerikas ist jedoch nicht die gleiche wie die von Lateinamerika insgesamt. Für Lateinamerika im allgemeinen steigt die Verschuldung seit 1982 nur aufgrund des Schuldenautomatismus, des Mechanismus des Zinseszins. In Zentralamerika dagegen kommt zu dieser Schuldenautomatik noch eine zusätzliche Finanzierung zur Abdeckung des Negativsaldos der Handelsbilanz hinzu. Dies erklärt sich sowohl aus politischen Gründen wie auch aus den strukturellen Bedingungen der zentralamerikanischen Wirtschaften selber. Die Folge des Negativsaldos der Handelsbilanz ist eine noch stärkere Zunahme der Schuld, was allein dem Funktionieren der Schuldenautomatik zuzuschreiben ist. Deswegen steigen die Schulden Zentralamerikas in höheren Ra-

ten als der Durchschnitt Lateinamerikas. In Lateinamerika im allgemeinen steigt die Verschuldung seit 1982 in kleineren Raten als der geltende Zinssatz, während sie in Zentralamerika mit höheren Raten steigt.

Dies gestattet eine allgemeine Beurteilung der Beteiligung des Auslandskapitals an der Entwicklung. Diese Beteiligung bedeutet nämlich in gar keiner Weise, daß das jeweilige Land irgendeinen Beitrag in Form ausländischer Guthaben erhalten würde. Zu keinem Zeitpunkt gibt es Anzeichen für einen benennbaren Fluß von Guthaben aus den entwickelten Ländern in die unterentwickelten. Das Auslandskapital macht mit Hilfe eines Kapitals, das aus der Flüssigmachung von Inlandguthaben der Empfängerländer erwächst, Gewinne in ausländischer Währung. Hier liegt die Wurzel für das ganze Verschuldungsproblem.

Das Auslandskapital kann diese Kapitalisierung der Inlandguthaben zu seinen Gunsten nur bewerkstelligen, weil die Länder Lateinamerikas selber auf ihre nationale Entwicklung verzichten, um statt dessen die Aufgaben der Entwicklung dem Auslandskapital zu überlassen. Das Ergebnis ist eine solche Verschuldung, daß für jeden überschaubaren Zeitraum eine zukünftige Entwicklung für die Mehrheit dieser Länder verunmöglicht wird. Das Verhalten Lateinamerikas steht in starkem Kontrast zum Vorgehen der entwickelten Länder des Zentrums in jener Zeit, als diese selber im Begriff waren, sich zu entwickeln und zu industrialisieren. Sie konnten sich entwickeln, weil sie eben die Aufgabe ihrer Entwicklung nicht ausländischem Kapital überließen. Der Fall von Japan liefert in dieser Hinsicht den schlagendsten Beweis. Japan ließ niemals Auslandsinvestitionen zu und gestattete nur in Ausnahmefällen die Finanzierung mit Krediten.

Lateinamerika ist einem Mythos verfallen, den das Auslandskapital selber geschaffen hat, um sich in diesem Kontinent festsetzen zu können. Statt seine Entwicklung zu fördern, führt das Auslandskapital Lateinamerika in die heutige Sackgasse, welche damit endet, daß für alle vorhersehbaren Zeiten jede Entwicklungspolitik zum Erliegen kommt. Gemeint ist damit der Mythos, daß sich das Auslandskapital über ausländische Guthaben an der Entwicklung des Empfängerlandes beteiligt und ein handlungskräftiges Sub-

jekt der Entwicklung des unterentwickelten Landes darstellt. Es handelt sich dabei um einen Mythos, der von der in den entwickelten Ländern des Zentrums herrschenden Wirtschaftstheorie geschaffen und durch das Auslandskapital ausgenutzt wurde.

Die katastrophalen Auswirkungen der Beteiligung von ausländischem Kapital an der Entwicklung Lateinamerikas nehmen diesem Mythos jede Autorität. Die Entwicklung muß daher national oder regional sein, bei der die Beteiligung von Auslandskapital nur am Rande eine Rolle spielen darf. Lateinamerika wird diese Lektion erst lernen müssen. Für die Wirtschaftswissenschaftler jedoch heißt dies, daß es dringend notwendig ist, eine der entstandenen Situation entsprechende Kapitaltheorie zu erarbeiten.

3. Strukturanpassung und Maximum des für die Handelsbilanz zulässigen Überschußtransfers

Insbesondere ab dem Jahr 1982 beginnt man seitens des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank von der Notwendigkeit einer strukturellen Anpassung in Lateinamerika zu sprechen. Tatsächlich implizierte die zum Teil von der Handelsbank gefällte Entscheidung, mit der Eintreibung der Schulden Lateinamerikas zu beginnen, einen tiefgreifenden Wandel aller Wirtschaftsstrukturen auf dem Kontinent. Bis zu diesem Jahr kamen neue Kredite, um die alten zu finanzieren. Jetzt wurde Barzahlung verlangt. Im Rahmen der bisher herausgebildeten Entwicklungsstrukturen aber gab es überhaupt keine Zahlungsmöglichkeit. Also mußten die Strukturen geändert werden, um bezahlen zu können. Nun begannen auch IWF und Weltbank, von einer notwendigen Strukturveränderung zu sprechen.

Bis dahin hatte nur die linke Bewegung des Kontinents von Strukturveränderung gesprochen. Sie verstand darunter einen notwendigen Wandel im Sinne einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Kontinents. Die Strukturen mußten sich ändern, damit für die Zukunft diese Entwicklung sichergestellt werden konnte. Von einem derartigen Standpunkt aus mußten die Strukturen des kapitalistischen Systems geändert werden, um diese Entwicklung zu garantieren. Die erwähnten Finanzinstitutionen

machten sich freilich die Rede von einer «Strukturveränderung» zu eigen, nicht ohne einen völligen Bedeutungswandel derselben vorzunehmen. Sie deuteten diesen Strukturwandel auf ihre Weise. Es handelte sich jetzt um eine Veränderung, welche die Aufgaben der Entwicklung des Kontinents zugunsten einer Radikalisierung des Kapitalismus zurückstellte. Der interventionistische und planungsorientierte Kapitalismus der 50er und 60er Jahre wurde durch einen ungeschminkten und unsozialen Kapitalismus abgelöst. Die Informationen der Weltbank zu Chile trugen schon im Jahre 1979 den Titel: *Chile, eine Wirtschaft im Übergang*. Nicht nur den Ausdruck *Strukturwandel* machte sich der extreme Kapitalismus also zu eigen, sondern auch die Bezeichnung *Übergangswirtschaft*, womit beide Begriffe den Volksbewegungen des Kontinents entrissen wurden.

Eigentlich hatte die Radikalisierung des Kapitalismus schon in den 70er Jahren, insbesondere mit den totalitären Systemen der Nationalen Sicherheit in Chile, Argentinien und Uruguay begonnen. Jede systematische Entwicklungspolitik wurde als gescheitert erklärt, insbesondere die lateinamerikanische Entwicklungskonzeption des 50er und 60er Jahrzehnts, die sich auf die Politik der Importsubstitution gestützt hatte. Damit wurde letztlich die Kritik akzeptiert, welche die sozialistischen Bewegungen an dieser Entwicklungskonzeption geübt hatten: Wenn man Entwicklungspolitik betreiben will, impliziert dies eine tiefgreifende Strukturveränderung. Die Gegenseite zog daraus jedoch eine andere Konsequenz: Es galt, Schluß zu machen mit jeglicher Entwicklungspolitik und das Überleben des Kapitalismus durch seine Umwandlung in einen extremen Kapitalismus zu sichern.

Die Politik des extremen Kapitalismus, d. h. die Politik des totalen Marktes, wurde im 70er Jahrzehnt in Gang gebracht und diente ab 1982 dazu, die Wirtschaften Lateinamerikas im Sinne eines maximalen Transfers von Überschüssen in die Länder des Zentrums, der Schuldherren Lateinamerikas, zu restrukturieren. Die These von der strukturellen Anpassung wird ab 1982 im Sinne eines extremen Kapitalismus verwendet, der darauf ausgerichtet ist, strukturelle Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Transferierung des größtmöglichen Überschusses von Lateinamerika in

die entwickelten Länder des Zentrums ermöglicht wird. Strukturelle Anpassung heißt heute: Umänderung Lateinamerikas im Dienste eines extremen Kapitalismus, der zum Transfer eines Maximums von Überschüssen in die Zentren fähig ist. Die Bezeichnung *Strukturanpassung* bezieht sich also auf eine Politik, welche die Veränderung des Kapitalismus bis zu einem totalen Markt in den Dienst des Transfers von maximalem Überschuß in die kapitalistischen Zentren stellt.

Der auf Entwicklung setzende Kapitalismus der 50er und 60er Jahre war nicht fähig, Überschüsse in die Zentren zu schaffen. Er betrieb Importsubstitution im Dienste des Binnenmarktes. Die Substitution löste jedoch nicht die Importe ab, sondern ersetzte den Import von Fertigwaren durch den Import von Anlagen zur Herstellung dieser Waren. Deshalb wurden nicht Importe eingespart, sondern es wurde Druck ausgeübt, um noch mehr Importe zur Entwicklung der Binnenmärkte zu erreichen. Ab den 50er Jahren beteiligten sich immer mehr direkte Auslandsinvestitionen an diesem Prozeß. Auf den lateinamerikanischen Binnenmärkten tauchten die multinationalen Unternehmen auf, die ihre Gewinne in Inlandswährung machten. Sie strebten jedoch danach, daß ihre Gewinne in Devisen der Länder des Zentrums ausbezahlt wurden. Sie gewannen keine Devisen, weil sie auf dem Binnenmarkt arbeiteten, brauchten aber Devisen, um ihre Gewinne in den Außenhandel stecken zu können. Die Importsubstitution aber, welche ihre Handlungsgrundlage darstellte, konnte keine Devisen für diesen Gewinntransfer liefern. Den Transfer über die Handelsbilanz zu betreiben, hätte bedeutet, die Quelle dieser Gewinne, die ja der Binnenmarkt der Länder Lateinamerikas war, zu beeinträchtigen. Daher waren es die multinationalen Unternehmen selber, die auf die Beschaffung von Auslandskrediten drängten, welche den Transfer ermöglichen konnten, ohne den Binnenmarkt zu blockieren, auf dem ja die Gewinne gemacht wurden. Es ist also kein Zufall, daß in den 50er Jahren die sogenannte Entwicklungshilfe seitens der Länder des Zentrums einsetzte. Es zeigt sich nun, daß sie eine Unterstützung des Transfers von Gewinnen der ausländischen Unternehmen darstellt. Zu keinem Zeitpunkt aber erleichterte diese sogenannte Entwicklungshilfe irgendeinen Trans-

fer von Überschüssen der Länder des Zentrums nach Lateinamerika. Eine Untersuchung der Zahlungsbilanz beweist dies. Während der Jahrzehnte nach 1950 und 1960 hatte Lateinamerika gegenüber den Ländern des Zentrums eine ausgeglichene, wenn auch schwankende Handelsbilanz (vgl. Schaubild 4). Es gingen keine Überschüsse ein, ebensowenig gingen welche ab. Die abzuführenden Einkünfte (Gewinne) wurden über Kredite bezahlt und der Schuldendienst für die Kredite wieder mit neuen Krediten. Lateinamerika bezahlte alle seine Importe und bekam gleichzeitig nichts von außen. Die ausländischen Direktinvestitionen selber wurden aus lateinamerikanischen Mitteln finanziert, nicht mit Überschüssen, die aus den Ländern des Zentrums nach Lateinamerika geflossen wären. Lateinamerika erhielt keine Devisen, produzierte aber Unkosten in Devisen, d. h. die abzuführenden Einkünfte. Und genau aus dieser Gewinnabschöpfung leitet sich die Auslandsschuld in den beiden genannten Jahrzehnten her, die wiederum zum Grundstock für die späteren Schulden wurde.

Die Entwicklungshilfe dieser Jahrzehnte ist nichts anderes als eine interne Verausgabung der Zentrumsländer, wo diese Hilfe von einer Tasche in die andere wandert und dabei nur die Rechnungen der verschiedenen lateinamerikanischen Regierungen durchläuft. Der Staat des Zentrumslandes zahlt die Entwicklungshilfe, und der lateinamerikanische Staat liefert sie wieder bei den multinationalen Konzernen zur Begleichung ihrer auf den Binnenmärkten Lateinamerikas gemachten Gewinne ab. Alle Ausgaben Lateinamerikas schlagen bei der lateinamerikanischen Handelsbilanz zu Buche, einschließlich sämtlicher aus den direkten Auslandsinvestitionen sich ergebenden Aufwendungen. In diesem Rahmen kann ein Auslandsunternehmen solange funktionieren, bis die Finanzierung der Überweisung der Gewinne nicht mehr durchführbar ist.

Dazu kommt es genau zwischen 1970 und 1974, also noch vor der Erdölkrise. In diesen Jahren übersteigen die für die Kredite geschuldeten Zinsen die Überweisungen der Einkünfte. Damit beginnen die Zinsen auf das Finanzkapital die Zinsen aus dem produktiven Kapital zu überwiegen. Gleichzeitig setzte eine heftige Reaktion gegen die kapitalistische Entwicklungsideologie

ein, weswegen das Finanzkapital nach einer Umkehrung dieses Prozesses suchte; die multinationalen Unternehmen waren schon nicht mehr in der Lage, ihre Zielvorstellungen durchzudrücken. Nachdem man einmal bei diesem Punkt angelangt war, gab es nur noch einen Aufschub, aber keine Lösung der Probleme mehr, die auf der Linie der Entwicklungsideologie der früheren Jahrzehnte gelegen hätte.

Zum gleichen Zeitpunkt taucht in Lateinamerika das Bewußtsein auf, daß in Wirklichkeit das Auslandskapital nichts oder so gut wie nichts zur Entwicklung Lateinamerikas beigetragen hat. In den 60er Jahren erscheinen vor allem in Chile Artikelserien, die den Standpunkt vertreten, daß der ganze Komplex der direkten Auslandsinvestitionen in Lateinamerika von Mitteln des Kontinents selber hervorgebracht wurde, mit einer Ausnahme von ungefähr 15 % an Vorleistungen der Zentrumsländer in Form transferierter Devisen. Alles andere stammt aus inländischen Finanzierungen oder aus der Reinvestition von in Lateinamerika gemachten Gewinnen (vgl. hierzu Caputo/Pizarro, *Desarrollismo y Capital Extranjero*, Santiago 1970). Die Beteiligung des Auslandskapitals an der Entwicklung Lateinamerikas ist also mit anderen Augen zu betrachten. Lateinamerika finanzierte die ausländischen Direktinvestitionen aus eigenen Mitteln, um in der Folge in die totale Abhängigkeit von eben diesen Investitionen zu geraten. Wenn die Staaten selber sich statt dessen für entsprechende Investitionen stark gemacht hätten, dann gäbe es weder das Problem der Abführung von Einkünften noch das Problem von daraus abgeleiteten Schulden, und trotzdem hätte die Entwicklung genau die gleiche, wenn nicht noch besser sein können.

Die Krise der kapitalistischen Entwicklungsideologie, die in den Jahren von 1970 bis 1974 ausbrach, wurde jedoch durch den Ausbruch der Erdölkrise von 1973 verschoben. Diese bescherte dem Finanzsystem eine solche Liquidität, daß eine Menge von Krediten zur Verfügung standen. Gestützt auf den immer noch zugkräftigen Mythos vom Auslandskapital fuhr man fort, die Zahlungen der Einkünfte und Kreditzinsen mit neuen Krediten zu finanzieren, bis 1982 die Krise erneut ausbrach. Nun erstickten die Folgen der Auslieferung Lateinamerikas an das Auslandskapital

völlig jede selbständige Entwicklungspolitik. Dazu kam es in einer Situation, in der die Zinsen des Finanzkapitals die Erträge aus dem produktiven Kapital schon bei weitem überwogen. Die Entwicklungspolitik wurde nun durch eine Politik des Abzugs maximaler Überschüsse ersetzt, einerlei, was mit der Entwicklung Lateinamerikas geschehen würde. Dieser Politik gab man den Namen *Strukturanpassung*. Man sprach nicht mehr von Entwicklung, sondern von den Märkten. Man sprach auch nicht mehr von Abhängigkeit (Dependenz), denn die Abhängigkeit hatte sich in einer Weise verschlimmert, daß man es untersagen konnte, sie überhaupt noch zu erwähnen. Statt dessen spricht man von der Notwendigkeit des Kapitalzuflusses. Worüber man aber auch dabei *nicht* spricht, ist der Umstand, daß dieser Kapitalzufluß rein fiktiv bleibt und niemals real in Empfang genommen wird.

Die Politik der Maximalisierung des Überschußtransfers weist einige charakteristische Grundmerkmale auf, die alle in den auf dem Kontinent zur Anwendung kommenden Strukturanpassungsprogrammen wiederkehren:

- 1) Konzentration der vom Staat wahrgenommenen ökonomischen Funktionen auf die Verwirklichung der Strukturanpassung mit dem Zweck, einen maximalen Transfer von Überschüssen in die Länder des Zentrums zu gewährleisten;
- 2) Ersetzung der Subventionen für soziale Aufgaben durch Subventionen für das Finanzsystem;
- 3) vorrangige Ausrichtung jeder Wirtschaftspolitik auf Exportsteigerung;
- 4) Politik des Abbaus oder der Begrenzung nationaler Entwicklung zugunsten der Liberalisierung aller Auslandsmärkte;
- 5) Privatisierung des größtmöglichen Teils der ökonomischen und sozialen Funktionen des Staates, insbesondere auf dem Gebiet der Erziehung und des Gesundheitswesens;
- 6) Abschwächung aller sozialen Funktionen des Staates unter Einschluß seiner entwicklungsbezogenen Maßnahmen;
- 7) Verstärkung der repressiven Funktionen des Staates oder quasi-staatlicher Einrichtungen (Polizei- bzw. Militärstaat);
- 8) Schwächung oder Abbau der Volksorganisationen und Denunzierung ihrer Tätigkeiten;

9) Förderung der Beteiligung des Auslandskapitals an allen ökonomischen Unternehmungen, womit allerdings das Problem, um dessen Lösung es gehen sollte, erneuert wird.

Im Anschluß an die Herausbildung einer Wirtschaftssituation des maximalen Transfers von Überschüssen durch die Politik der strukturellen Anpassung ergeben sich einige Einsichten, deren Zusammenfassung angebracht ist. Nicht jede Art von in Lateinamerika produziertem Überschuß ist hier von Interesse, sondern nur jene Überschüsse, die als transferierbare Devisen auftreten. Folglich können auch alle Überschüsse, die nicht transferierbar sind, zerstört werden. Dies erklärt, warum für dieses Wirtschaftsmodell ausschließlich die in der Handelsbilanz der lateinamerikanischen Länder auftauchenden Überschüsse von Bedeutung sind. Es ist also erforderlich, den Positivsaldo der Handelsbilanz zu maximalisieren, um den Transfer von Überschüssen in die Zentrumsländer zu maximalisieren. Die Strukturanpassung läßt daher die ganze Wirtschaftspolitik sich um den Saldo der Handelsbilanz drehen. Was diesen Saldo erhöht, ist gut, was ihn vermindert, ist schlecht. Das ist das einfache Erkenntnisprinzip der Strukturanpassung. Man braucht also nur die Exporte zu vermehren und die Importe zu verringern, womit dann jede ökonomische Aktivität diesem einfachen Prinzip unterworfen wird. Daher konzentriert sich jede Investition auf das Exportgeschehen, und die Investitionen für den Binnenmarkt werden, so weit es geht, eliminiert. Mit der Wegnahme von Investitionen für den Binnenmarkt werden allerdings auch die auf den Binnenmärkten gewonnenen Überschüsse vernichtet. Der Außenüberschuß zerstört die Binnenüberschüsse. Jetzt geht es also nur noch um die Außenüberschüsse.

Theoretisch gesehen kann die Maximalisierung des nach dem Saldo der Handelsbilanz transferierbaren Überschusses sich niemals bis zum Eigenbetrag der Exporte steigern. Es können nicht alle über den Export gewonnenen Einnahmen wieder transferiert werden, denn es sind auch Importe nötig, um die Produktion von Exportgütern aufrechtzuerhalten und ihre Grundlage zu erweitern. Es muß aber gleichfalls auch jene wirtschaftliche Aktivität beibehalten werden, die notwendig ist, um dem Land ein ökonomisches

misches Modell aufzuzwingen, das einen maximalen Transfer von Überschüssen in die Länder des Zentrums ermöglicht. Die Exportwirtschaft mit all ihren Voraussetzungen muß am Laufen gehalten werden, ebenso ein Staatsapparat, der fähig ist, gegen den Willen der Bevölkerung die Auspressung von Überschüssen seitens der Zentrumsländer zu garantieren.

Daraus wird verständlich, warum die Strukturanpassung den repressiven Staatsapparaten wie Polizei und Heer eine so gewaltige Bedeutung beimißt. Außerdem müssen auch sie gut bezahlt werden, damit sie so arbeiten, wie es die Durchsetzung dieser völlig irrationalen Wirtschaftsweise vorsieht. Dies beinhaltet ebenfalls, daß für sie Importe der verschiedensten Art getätigt werden müssen, seien es nun Waffen oder Konsumgüter. Die Streitkräfte sollen demnach in Besatzungstruppen für das eigene Land umgewandelt werden, was bedeutet, daß man ihnen diese Aufgabe wirtschaftlich schmackhaft machen muß. Die Folge davon ist daher nicht eine wirtschaftliche Verarmung aller im Dienste des Transfers von Überschüssen, sondern eine Wirtschaft, die außerordentlich polarisiert ist und deren Einkommen völlig gegensätzlich verteilt sind. Die Mehrheiten der Völker verarmen, während ein paar Minderheiten sich in extremer Weise bereichern. Es handelt sich dabei um jene Minderheiten, deren Tätigkeit für das faktische Inganghalten des Modells einer Ökonomie des maximalen Transfers von Überschüssen unentbehrlich ist.

Diese Überlegungen verdeutlichen, warum der Positivsaldo der Handelsbilanz, der noch als Überschuß in die Zentrumsländer transferierbar ist, nur einen bestimmten Prozentsatz, der durch den Gesamtexport festgelegt wird, erklimmen kann. Für Lateinamerika insgesamt bewegt sich dieser Saldo seit 1982 zwischen 20 % und 30 % seiner Exporte. Wenn wir von der erbarmungslosen Art und Weise ausgehen, mit der Lateinamerika die strukturelle Anpassung aufgezwungen wurde, dann können wir sagen, daß dies im Durchschnitt wirklich das Maximum von dem ist, was an Überschüssen des Kontinents abgeführt werden kann. Keine repressive Gewalt der Welt wäre fähig, noch höhere Transferierungen durchzusetzen. Was heute aus Lateinamerika herausgepreßt wird, das wird mit Feuer und Schwert herausgepreßt. Auch

wenn Washington noch 100 Pinochets mehr einsetzen würde, könnte es keine größere Ausplünderung mehr vornehmen.

Diese Überschußquote ist jedoch nicht für alle Länder gleich. In den einen liegt sie höher, bei den anderen niedriger. In Zentralamerika ist sie bedeutend niedriger wegen der ökonomischen Struktur und der politischen Krise, unter der dieses zu leiden hat. Nicht einmal die Zunahme der Repression in Verbindung mit der Strukturanpassung schaffte es, zu vermeiden, daß der Saldo der Handelsbilanz für Zentralamerika insgesamt negativ blieb (seit 1982 betrug er zwischen 20 % und 30 % der Exporte). Er wurde auf das noch erträgliche mögliche Mindestmaß gesenkt. –

Es ist jedoch nicht sicher, ob auch für die Zukunft ein solch großer Überschußtransfer aus Lateinamerika aufrechterhalten werden kann. Das Elend nimmt zu, was die Gefahr erzeugt, daß auch die heute in Lateinamerika üblichen extremen Formen der Unterdrückung es nicht mehr schaffen werden, die Bevölkerung ruhigzuhalten. Der transferierbare Überschuß, von dem wir sprachen, ist ein Handelsüberschuß, ein Überschuß also, der durch die Handelsbilanz in Abhängigkeit von den Preisen der ausgeführten und eingeführten Waren gemessen wird. Er hängt also nicht nur von den real greifbaren Mengen der Waren ab, die in die Handelsbilanz eingehen, sondern genauso auch von ihren Preisen. Gerade der Druck, den die Politik der strukturellen Anpassung zugunsten einer Exporterhöhung ausübt, hat seit 1982 zu einem Verfall der *Terms of Trade* geführt, der größer ist als das, was man in den Jahren vorher diesbezüglich gewohnt war. Da die verschiedenen Länder ähnliche oder gleiche Produkte ausführen, zerstört der auf Exporterhöhung abzielende Druck durch den Wettbewerb zwischen den Ländern die Preise der Exportgüter. Der Zwang, ausführen zu müssen, macht die Exportpreise kaputt, derweil für die Bezahlung der Schuld nur die Handelsüberschüsse herangezogen werden können, die ihrerseits wiederum infolge des Verfalls der *Terms of Trade* immer mehr zurückgehen. Die Tendenz in Richtung eines Verfalls der *Terms of Trade* wird noch durch den Protektionismus der Zentrumsländer verstärkt. Diese zwingen die Schuldnerländer zu einem Exportwettlauf, erschweren aber gleichzeitig mit ihrem Protektionismus den Absatz von deren Pro-

dukten. Die Produkte der Entwicklungsländer lassen sich daher nur noch zu äußerst ruinösen Preisen auf den Märkten des Zentrums absetzen. Daraus ergibt sich, daß die real erzeugten Überschußmengen viel schneller zunehmen als die Handelsüberschüsse, was für die Länder Lateinamerikas nur beinhaltet, daß sie den Zentrumsländern zwangsläufige Zusatzgeschenke machen, die aber von diesen mit keiner Silbe erwähnt werden.

Aus dem Vorherigen können wir schlußfolgern, daß die aus Lateinamerika jährlich transferierten Überschüsse in Höhe von 20 Milliarden einen Positivsaldo der lateinamerikanischen Handelsbilanz und einen entsprechenden Negativsaldo der Gläubigerländer anzeigen. Aber in den Kreditverträgen war keine Verpflichtung des Kreditgeberlandes zur Bürgschaft im Falle eines Negativsaldos seiner Handelsbilanz festgeschrieben, die der Verpflichtung des Schuldnerlandes zur Zahlung entspräche. Die Zahlungsverpflichtung wird ohne irgendeine Übereinkunft über die Zahlungsbedingungen übernommen. Daher kann das Kreditgeberland frei darüber befinden, ob es einen Negativsaldo seiner Handelsbilanz mit dem Schuldnerland in Kauf nehmen will oder nicht. Auf der Gegenseite aber kann das Schuldnerland keine Bedingungen fordern, welche die Zahlung begünstigen. Seine Zahlungsverpflichtung existiert unabhängig von den objektiven Bedingungen, unter denen sie durchzuführen ist.

Die Zahlungsverbindlichkeiten umfassen demnach zwei Ebenen: 1) die Geldforderung, welche juristisch zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen zwingt, die mit der Überlassung des Kredits übernommen wurden; aufgrund dieser Forderung kann der Kreditgeber im Falle der Nichtzahlung zu Druckmitteln greifen; 2) die wirklichen Zahlungsbedingungen, welche auf Bedingungen hinauslaufen können, die dem Schuldnerland entsprechend der übernommenen Zahlungsverpflichtungen einen Positivsaldo seiner Handelsbilanz ermöglichen. Dies bedeutet dann einen Negativsaldo gleicher Höhe für das Gläubigerland. Letzteres kann die realen Zahlungsmöglichkeiten des Schuldnerlandes eigenmächtig unterbinden, wenn es einen entsprechenden Negativsaldo seiner Handelsbilanz nicht will.

Seine Macht liegt in der Tatsache, daß das Gläubigerland die

finanzielle Begleichung der Schuld verlangen und gleichzeitig die Bedingungen dafür erschweren kann. Es kann die Zahlungsfähigkeit des Schuldnerlandes verhindern, um auf dieses die Druckmittel, die sich aus der Nichtbegleichung der Schuld ergeben, anwenden zu können. Auf diese Weise kann es sich zum absoluten Herrn über das Schuldnerland aufschwingen und dessen Innen- wie Außenpolitik in jeder Hinsicht beeinflussen. Das Schuldnerland hat dem nichts entgegenzusetzen.

Die gegenwärtige Politik des IWF und seine beinahe absolute Macht in der Dritten Welt rühren genau daher. Der IWF zwingt die Schuldnerländer dazu, ihre ganze Wirtschaftspolitik ausschließlich auf die Schuldentilgung auszurichten. Dabei wird aber die Tilgung durch die Gläubigerländer selber unmöglich gemacht, indem diese einen Negativsaldo in ihrer Handelsbilanz nicht zulassen, wie er eigentlich aus den Zahlungsverpflichtungen der Schuldnerländer resultieren müßte. Wenn man übrigens die Funktionäre des IWF und die Regierungsvertreter der USA reden hört, scheinen sie überhaupt nichts davon zu wissen, daß die Schuldzahlung von einem Negativsaldo der Handelsbilanz des Gläubigerlandes in Entsprechung zu den geschuldeten Zahlungen abhängig ist. Nur allzu selten erinnern sie sich daran.

Es entsteht ein immer stärkerer Druck auf die Schuldnerländer, damit sie ihre Exporte vergrößern. Aber die Gläubigerländer erschweren durch protektionistische Maßnahmen den Produkten den Eintritt in ihre Märkte. Wohlgermerkt, sie erschweren ihn nur, verhindern ihn aber nicht. Aus dem Exportwettbewerb zwischen den Schuldnerländern und dem Protektionismus der Gläubigerländer resultiert, wie bereits hingewiesen, daß eine verstärkte Exportanstrengung zu einem schnellen Wachstum der Exporte, gemessen in realen Mengenangaben, und einem Absinken der Preise mit daraus folgendem Verfall der *Terms of Trade* führt. Die Exporte, gemessen an den Ladenpreisen, stagnieren und zeigen ab 1986 eine fallende Tendenz, während sie, gemessen in festen Preisen, eine ständige Zunahme aufweisen. Es wurden Werte transferiert, ohne daß ein entsprechender Transfer des Handelsüberschusses in Form von Geldbeträgen entstand und ohne daß sich eine entsprechende Zahlungsfähigkeit einstellte. Die ver-

zweifelte Anstrengung, mehr zu exportieren, führte dazu, die Produkte zu geringeren Preisen abzugeben. Die Exportverbesserungen wurden also den Gläubigerländern praktisch geschenkt.

Nichtsdestoweniger handelt es sich für die Zentralländer um ein willkommenes Geschenk. Im gegebenen Fall von Handelsexporten zahlen sie, selbst wenn sie schlecht bezahlen. Beim Verfall der *Terms of Trade* bekommen sie etwas, übrigens ohne zu bezahlen. Die strukturelle Anpassung gibt diesem Mechanismus Nahrung. Sie verpflichtet zu einem rücksichtslosen Export, damit ein maximaler Handelsüberschuß transferierbar ist. Um dies zu bewerkstelligen, bildet sich ein zusätzlicher Mechanismus heraus, welcher die Exportpreise senkt und daher eine kostenlose Abgabe von stets größeren realen Überschüssen bewerkstelligt. Diese verbessern die Situation des Transfers von Handelsüberschüssen keineswegs, sondern ziehen die Schraube immer noch mehr an. Trotzdem führen sie auf die Dauer dazu, daß das, was man als das Maximum des aus Lateinamerika transferierbaren Überschusses ansehen darf, sich vermindert. Aber dies wird einzig dazu dienen, daß noch mehr Druck in Richtung einer maximalen Produktion von transferierbaren Überschüssen ausgeübt wird. Die Schraube ist ohne Ende.

Aus der strukturellen Anpassung ergibt sich eine Wirtschaft der Maximalisierung des Transfers von Überschüssen in die Zentralländer, die von ihrem Standpunkt aus eine Wirtschaft der maximalen Entnahme von Überschüssen darstellen. Mit anderem Gesicht werden frühere ökonomische Situationen wiederholt, die sich aber ebenfalls schon nach Maßgabe der Abschöpfung von maximalen Überschüssen herausgebildet hatten. Einerseits handelt es sich dabei um die Kolonialwirtschaft, deren oberstes Ziel die Gewinnung von Überschüssen in Gestalt von Edelmetallen war. Auf diese folgte im 19. Jahrhundert die liberalistische Ökonomie, welche die Entnahme von Rohstoffen zu einem Höchstmaß führte. Die Ökonomie der Entnahme von Überschüssen wurde durch die Entwicklungskonzeption der Jahrzehnte ab 1950 und 1960 abgelöst, welche bei einigen Ländern schon in den 30er Jahren eingesetzt hatte. Diese Entwicklungskonzeption unterbrach die hauptsächlichliche Ausrichtung der lateinamerikanischen Wirt-

schaft auf eine Entnahme von Überschüssen zugunsten einer Entwicklungspolitik, die auf einer nach außen sich im Gleichgewicht befindlichen Wirtschaft basierte, d. h. einer Wirtschaft, die weder Überschüsse von außerhalb bekam, noch solche nach außen abführte. Trotzdem führte die beherrschende Rolle des Auslandskapitals zur heutigen Situation, in welcher die Wirtschaft Lateinamerikas erneut in eine Wirtschaft der maximalen Gewinnung von Überschüssen umgewandelt wurde. Vor allem bleibt sie weiterhin eine Wirtschaft der Förderung von Rohstoffen, was diesmal jedoch hinter dem Titel einer Eintreibung unbezahlbarer Schulden kaschiert wird.

Die Tatsache, daß die Schuld unbezahlbar sein dürfte, ist von entscheidender Bedeutung. Es geht darum, das maximal Mögliche herauszuholen. Daß die Schuld als unbezahlbar gilt, hat auch Vorteile. Obwohl man nämlich aus Lateinamerika ein Maximum an Überschüssen herausholt, kann man parallel dazu eine Politik offensichtlicher Großzügigkeit betreiben – in Form der «Hilfe», welche die unbezahlbaren Teile der Schuld schenkt, ohne allerdings darauf zu verzichten, sich das maximal Mögliche an Überschüssen anzueignen. Während Lateinamerika dieses Maximum bezahlt, muß es seinen Ausbeutern noch dafür danken, daß sie ihm für jenen Teil, der auf gar keine Weise einzutreiben ist, großzügige Bedingungen einräumen. Obwohl Lateinamerika seit 1982 mehr als 100 Milliarden Dollar bezahlt hat, ist seine Schuld um weitere 100 Milliarden gestiegen. Es erhielt also eine «Hilfe» im Wert dieser Summe, auch wenn es das maximal Mögliche an Überschüssen in die Länder des Zentrums transferiert hatte. Wegen der Großzügigkeit dieser Hilfe sollte es Dankbarkeit zeigen. Habgier und Raub erhielten einen neuen Namen: Sie heißen nun Hilfe. Derjenige, der das Opfer einer mitleidlosen Ausplünderung ist, soll demjenigen, der sie durchführt, dafür danken, daß er ihm geholfen hat. Wenn Lateinamerika fortfährt, diese Art von Hilfe zu bekommen, wird es gegen Ende des Jahrhunderts eine Schuld von mehr als einer Billion Dollar haben, dazu eine absolute Verarmung seiner Bevölkerung und eine Erschöpfung seiner natürlichen Ressourcen. Man kann daher, ein Wort von Kant abwandelt, sagen: Gott rette Lateinamerika vor seinen Freunden,

denn gegen seine Feinde wird es sich alleine wehren können! Es geht hier um die ewig gleiche Politik des Wucherers. Der Wucherer sorgt immer dafür, daß der Schuldner seine Schuld nicht bezahlen kann. Während er den Eindruck der Großzügigkeit zu vermitteln sucht, beutet er den Schuldner bis aufs Blut aus. Bis aufs Blut soll der Schuldner dem Wucherer dafür danken, daß dieser ihn nicht davon befreit hat, von ihm das Unmögliche zu verlangen.

4. Die Auslandsschulden Lateinamerikas in der Zukunft

Im Rahmen des gegenwärtig bestehenden internationalen Finanzsystems gibt es für die Auslandsverschuldung keine Lösung. Jede Bemühung um eine Lösung hat bis heute nur zur Verschlimmerung des Problems geführt. Deswegen zeigt die Auslandsverschuldung nicht nur eine Krise Lateinamerikas und der Dritten Welt an, sondern darüber hinaus eine Krise des ganzen internationalen Finanzsystems und der Beteiligung des Auslandskapitals an der Entwicklung der Dritten Welt. Das ganze System befindet sich in der Krise. Wenn es heute unbezahlbare Schulden gibt, dann ist dies nicht durch das unverantwortliche Verhalten von einzelnen verursacht und auch nicht durch eine pure Böswilligkeit von Ländern des Zentrums. Das System der internationalen Beziehungen selber schafft die Krise.

Wir werden nun auf drei Lösungsvorschläge eingehen, die immer wieder in der Diskussion auftauchen. Wir werden ebenfalls verdeutlichen, in welche Sackgasse man dabei gerät. Prinzipiell sucht man eine Lösung erstens durch teilweise Schuldenstreichung, zweitens durch ihre Umwandlung und drittens durch die Erleichterung des Zugangs zu neuen Krediten.

4.1 Die teilweise Streichung der Schuld

Die Auswirkung, welche eine teilweise Streichung der Schuld für Lateinamerika haben kann, hängt ab von der Beziehung zwischen dem maximal transferierbaren Überschuß und den Schuldzinsen. Wir haben schon den Tatbestand erwähnt, daß in den

letzten Jahren der von Lateinamerika in die Zentren transferierte Überschuß ungefähr die Hälfte der Schuldzinsen abdeckte. Bei dieser Lage der Dinge konnte also nur die Hälfte der Schulden mit den Überschüssen eingelöst werden, die von Lateinamerika kamen, während die andere Hälfte über neue Kredite oder einfach durch die Kapitalisierung der nicht bezahlten Zinsen beglichen wurde. Bei den geltenden Zinssätzen aber kann mit dem transferierten Überschuß nicht mehr als die Hälfte der Schuldzinsen aufgebracht werden. In ökonomischen Begriffen ausgedrückt bedeutet dies, daß die Hälfte der Auslandsschuld Lateinamerikas ganz einfach fiktiv ist. Sie ist nicht einlösbar. Wenn also die Hälfte der Schuld Lateinamerikas gestrichen würde, änderte sich an der Zahlungslage trotzdem nichts, denn bei den geltenden Zinssätzen würde ja das Maximum der transferierbaren Überschüsse Lateinamerikas gerade ausreichen, um die auf die Hälfte reduzierte Schuld einzulösen. Lateinamerika müßte also nach einer solchen Schuldenkürzung genau das als Zinsen zahlen, was es heute ohnehin schon zahlt. Der einzige Effekt, den eine solche Halbierung hätte, wäre nur eine Festschreibung der Schuld, ihr automatisches Wachstum würde zum Stillstand gebracht.³

Bei den heute gegebenen Zinsen hat die Auslandsschuld Lateinamerikas einen Handelswert, der die Hälfte ihres Nominalwertes ausmacht. Tatsächlich muß man heute auf den Märkten, wo die Titel auf die lateinamerikanischen Schulden gehandelt werden, diesen gewöhnlich einen Marktwert von ungefähr 50 % ihres Nominalwertes zuschreiben (dies gilt z. B. für die Fälle Mexiko und Brasilien). Das bedeutet genauerhin, daß ein Schuldennachlaß für Lateinamerika insgesamt nur ins Gewicht fallen würde, wenn er mehr als 50 % des Nominalwertes der Schulden betragen würde. Dies setzt aber voraus, daß in Zukunft auch wirklich ein Transfer von Handelsüberschüssen aufrechtzuerhalten ist, der

³ Auch ohne eine Streichung von Schulden ließe sich der gleiche Effekt durch eine Halbierung des Zinssatzes erreichen. In diesem Falle würde sich die Schuld ebenfalls stabilisieren, weil jetzt über den transferierten Überschuß die Schuldzinsen ganz aufgebracht werden könnten. Natürlich kann man sich auch noch Zwischenlösungen zu diesen beiden Extremen vorstellen. Wir werden jedoch weiterhin unter der Voraussetzung der bestehenden Zinssätze argumentieren.

dem entsprechen müßte, was zwischen 1982 und 1987 durchsetzbar war. Das ist aber nicht sehr wahrscheinlich.

Dies zeigt, daß der Vorschlag einer teilweisen Schuldenstreichung vielmehr im Interesse der Bank liegt, welche die Schuld einklagt, als im Interesse Lateinamerikas, welches die Schuld zahlen muß. Für die Bank gibt es offensichtlich Vorteile. Indem sie die Hälfte der Schuld erläßt, kann sie sich vor der ganzen Welt als großzügig erweisen, ohne wirklich auf irgendeine Zahlung zu verzichten. Sie kann es daher als legitim erscheinen lassen, daß sie den Rest der Schuld einfordert. Aber wegen des Restes der Schuld bleibt weiterhin die Verpflichtung zum maximalen Transfer von Überschüssen in die Zentrumsländer. Das Zentrum bekommt daher das Gleiche wie vorher, kann aber den Anschein erwecken, bis an die Grenze der ihm zumutbaren Hilfsbereitschaft zu gehen. In Wirklichkeit hat sich nichts geändert, jedoch der Augenschein ist nun ein anderer.

Bei einer teilweisen Schuldenstreichung ergibt sich für die Bank noch ein weiterer Vorteil. Obgleich es vom Standpunkt des Zentrums aus wegen der Ausschaffung der Überschüsse nützlich und ausgezeichnet ist, daß die Schuld nicht abzahlbar ist, so hat die Sache doch einen Haken. Der Schuldenautomatismus läßt den nicht bezahlten Teil der geschuldeten Zinsen in exponentieller Form anwachsen und erzeugt so ein immer größer werdendes fiktives Kapital. Dieses fiktive Kapital bildet notwendigerweise einen Bestandteil der Aktivposten der Bank. Je offensichtlicher jedoch sein fiktiver Charakter wird, desto stärker schafft es eine Vertrauenskrise und kann sogar die Existenz der Bank selbst gefährden. Daher muß sich die Bank darum kümmern, daß das fiktive Kapital nicht allzusehr zunimmt. Ein teilweiser Schuldenerlaß kann für diesen Zweck ein hilfreiches Mittel sein. Beim gegenwärtigen Entwicklungstempo würde die Schuld bis zum Jahre 2000 auf eine Summe von 1000 Milliarden Dollar, also eine Billion, anwachsen. Diese offensichtlich fiktive Ausweitung kann zu einer Bedrohung für die Existenz der Banken werden.

Jeder teilweise Schuldenerlaß, der nicht spürbar über die 50 % der Nominalschuld hinausgeht, entspricht in jeder Hinsicht mehr den Interessen der Banken als den Interessen der Länder Latein-

amerikas, ohne deswegen schon gegen deren Interessen zu sein. Damit ein Schuldenerlaß eher im Interesse der Länder Lateinamerikas läge, müßte er auf eine völlige Streichung hinauslaufen oder zumindest sich einer solchen nähern. Denn nur in diesem Falle nimmt der Transfer von Überschüssen in die Zentrümländer wirklich und in entscheidendem Maße ab.

4.2 Die Umwandlung der Auslandsschulden

Der Befund lautet nach den vorangegangenen Hinweisen, daß die Hälfte der Schuld völlig unbezahlbar ist und daß auch keine Verstärkung der Repression die Zahlung erzwingen kann. Aber dieser Tatbestand bezieht sich eher auf die Zahlbarkeit in Devisen, die in die Länder des Zentrums transferiert werden können. Die Banken müssen sich des größten Teils dieser Schulden entledigen, damit der Schuldenautomatismus sie nicht selber in Gefahr bringt.

Auch wenn die Hälfte der Auslandsschuld nicht mit Devisen zahlbar ist, so ist sie trotzdem nicht unbezahlbar in den Landeswährungen Lateinamerikas. In den letzten Jahren hat sich die Weltbank davon überzeugt, daß diese Hälfte der Schulden nur in Landeswährung eingetrieben werden kann. Da man ihre Eintreibung in transferierbaren Devisen nicht erzwingen kann, übt man jetzt immer stärkeren Druck auf ihre Zahlung in Landeswährung aus. Über den maximalen Transfer von Überschüssen Lateinamerikas hinaus kann nun der fiktive Teil der Schuld in Form eines gleichwertigen Betrages in Landeswährung kassiert werden. Nach Belieben der Banken können diese nun Teile der Schuld selbst für Käufe im Inland in Landeswährung umwandeln oder die Zinsen in Landeswährung eintreiben, um sie für die gleichen Zwecke aufzuwenden. Die von Lateinamerika geschuldeten Zinsen machen ungefähr 5 % des inländischen Bruttosozialproduktes aus. Um den Transfer der Hälfte der Schuldzinsen zu erreichen, kann die Bank dann ungefähr 2,5 % des Bruttosozialproduktes von Lateinamerika in Landeswährung ausgeben. Genausogut vermag sie aber auch einen Teil der Schuld selber, des Grundkapitals, in Landeswährung umzuwandeln. Also kann sie irgendwann Beträge im Wert von 25 % des Bruttosozialproduktes verausgaben, wenn die

Gesamtschuld ungefähr 50 % des inländischen Bruttosozialproduktes ausmacht. Diese Verausgabung des fiktiven Teils der Schuld bzw. der dafür anfallenden Zinsen in Landeswährung nennt man heute *Swap*. Es handelt sich um Schuldenumwandlung.

Die Umwandlung in ausländische Direktinvestitionen ist heute die bedeutendste Form. Das Schuldnerland zahlt die Schuldtitel in Landeswährung, damit die so erzielten Beträge im Lande selber durch Kauf von Firmen oder Firmentiteln wieder angelegt werden können. Eine Schuld, die nichts wert war, wurde gegen den noch verbleibenden Reichtum der Länder Lateinamerikas eingetauscht.

In diesem Fall wird die Auslandsschuld durch eine ausländische Direktinvestition ersetzt. Die Schuld wird geringer, während die Direktinvestition zunimmt. Auch diese Lösung ist eher eine scheinbare. Sie erleichtert in gar keiner Weise die Zwangslage des Überschußtransfers in die Zentrumsländer, sondern ändert nur die Rechtstitel, in deren Namen ein solcher Transfer stattfindet. Ökonomisch besteht überhaupt kein Unterschied, ob man Zinsen für Kredite zahlen oder Kapitelgewinne transferieren muß. Die Situation kann sich sogar verschlimmern. Die Kredite haben immerhin ihren festen Preis, und daher kann man aus ihnen genau erkennbare Zahlungen ableiten. Die Direktinvestition dagegen kann und wird auch in vielen Fällen Transferierungen von Einkünften hervorrufen, die bedeutend höher sind als die geltenden Zinssätze. Auch eine generelle Lösung kann hier in keiner Weise eine Besserung bringen. Selbst wenn ganz Lateinamerika in ausländische Direktinvestitionen verwandelt würde, könnte damit nicht einmal der fiktive Anteil der bestehenden Auslandsschulden beseitigt werden. Der Ausverkauf von ganz Lateinamerika erbringt noch nicht den Wert seiner Auslandsverschuldung.

Außerdem stellt dieser Lösungsvorschlag die Tatsache nicht in Rechnung, daß ja genau der Transfer der Einkünfte aus den Direktinvestitionen die eigentliche Ursache für das Entstehen der gesamten Auslandsverschuldung Lateinamerikas darstellt. Wenn man die ausländischen Direktinvestitionen erweitert, dann heißt dies, daß die Gründe für das Entstehen der Schuld in noch größerem Maß reproduziert werden.

Wahrscheinlich sind 10 % der Schuld ausreichend, um alle Industrien Lateinamerikas, die für einen ausländischen Käufer interessant sind, aufzukaufen. Wenn das getan ist, bleibt noch sehr viel Geld übrig, um Lateinamerika mehr Wirtschaftshilfe zu geben, die allerdings von den Lateinamerikanern selber finanziert wird. Die Banken können beinahe unbeschränkte Mittel für Fonds ausgeben, um in die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und religiösen Tätigkeitsfelder bestimmend einzudringen. Sie können sich dann auch voll der Erziehung der Lateinamerikaner zur Demokratie widmen. Es können Wahlkampagnen veranstaltet werden. Karitative Werke werden entstehen. Grund und Boden wird nicht fehlen, und man braucht bei der Bank nichts für sie zu bezahlen. Die Vereinigten Staaten von Lateinamerika werden alles bezahlen, indem sie den fiktiven Teil der Schulden in Landeswährung begleichen. Zugleich werden die Banken fortfahren, den größtmöglichen Überschuß zu transferieren. Sie brauchen auf nichts zu verzichten.

Gegenwärtig wird eine zusätzliche Variante der Schuldenumwandlung diskutiert. Es geht dabei darum, daß die Regierungen der Gläubigerländer den unbezahlbaren Teil der Schulden kaufen. Die entsprechenden Staaten würden den Banken die Schuldentitel abkaufen und erklären, es handle sich um eine Hilfeleistung gegenüber den Entwicklungsländern. So könnte eine neue Entwicklungsmystik eingeleitet werden, die einmal mehr in einer simplen Zirkulation von Geldwerten innerhalb der Zentrumsländer bestünde. Der Präsident von *American Express*, James Robinson, schlug die «Schaffung einer neuen internationalen Finanzorganisation» vor, welche «die Schuldenkrise der Entwicklungsländer vermindern sollte, indem sie deren Schulden kauft» (nach *La Nación*, Costa Rica, 1. März 1988). Nun werden aber die Schulden nicht den Entwicklungsländern, sondern den Banken abgekauft, welche die Schuldentitel besitzen. Statt um Entwicklungshilfe handelt es sich hier um eine Bankenhilfe. Die Orwellianer werden jedoch fortfahren, von Entwicklungshilfe zu sprechen.

Zuerst wurden die lateinamerikanischen Staaten gezwungen, die Schulden bei den Privatbanken in öffentliche Schulden umzuwandeln, für die sie die Garantie übernahmen. Jetzt werden die

Staaten des Zentrums angehalten, daß sie jenen Teil der Schuld von den Banken übernehmen, den auch die lateinamerikanischen Staaten nicht zu zahlen vermögen. Diese neoliberalen Antiinterventionisten haben niemals aufgehört, mit dem Geschäft der Staatsinterventionen zu spekulieren. Tatsächlich denken sie in keiner Weise daran, die Interventionen des Staates in die Wirtschaft zurückzuschrauben. Das, was sie eigentlich wollen, ist das Geschäft.

4.3 Der Zugang zu neuen Krediten

Ausgehend von den vorangegangenen Überlegungen können wir das Problem neuer Kredite für drei Stufen diskutieren:

Stufe A: Kredite zur Neufinanzierung jener Zinsen, die auch ein Maximum an Überschüssen nicht zu finanzieren erlaubt. Es geht dabei wirklich um Kredite, auf deren Höhe die Bank nicht den geringsten Einfluß hat, weil sie nämlich die Differenz zwischen dem transferierten Maximalüberschuß und den geschuldeten Zinsen überbrücken müssen. Wenn die Bank die Kredite nicht freiwillig geben will, so muß sie diese gezwungenermaßen geben, denn sie sind eine Folge der Kapitalisierung unbezahlter Schulden. Die Mehrheit der Länder Lateinamerikas bekommt heute Kredite dieser Art, wobei Zentralamerika nur die Ausnahme der Regel darstellt. Normalerweise werden sie zum Kurs des Wiederverkaufswertes der Schuld ausgegeben. Gewöhnlich spricht man von «frischem Geld» (*fresh money*), was eher eine verniedlichende Bezeichnung ist und die eigentlichen Tatsachen verbirgt. Die Bank gibt solche Kredite, um die fiktive Solidität des Nominalwertes der Gesamtschuld aufrechtzuerhalten. Die Länder Lateinamerikas fragen um solche Kredite nach, um nicht in offene Zahlungsunfähigkeit zu geraten, was etliche negative Konsequenzen, von rechtlichen Schritten bis zum Boykott durch die Kreditgeberländer, nach sich ziehen kann. Aber auch dies ändert nichts an der Tatsache, daß die Bank die Kredite gegen ihren Willen geben muß, wenn sie diese nicht freiwillig geben will. Solange ein Eintreiben der Schuld in Form eines Transfers zusätzlicher Überschüsse unmöglich bleibt, werden die unbezahlten Zinsen kapitalisiert. Die

Auslandsschuld steigt im allgemeinen Fall der Kapitalisierung von Zinsen, sei es bei Bankkrediten oder offener Zahlungsunfähigkeit, mit einer geringeren Rate als dem Zinssatz. Der Unterschied wird festgelegt durch das Verhältnis zwischen transferiertem Maximalüberschuß und geschuldeten Zinsen. Heute besteht jedoch die Tendenz, diese Kredite in Form des *Swap* durch in Landeswährung eintreibbare Forderungen zu ersetzen.

Stufe B: Zusätzliche Kredite, um den Umfang der in die Zentrümländer transferierten Überschüsse zu vermindern. Es würde sich um freiwillige Kredite handeln, die es gestatten, die Last zu erleichtern, welche die Schuld gegenwärtig bedeutet. Diese Lösung kann bis zu dem Punkt gehen, daß Lateinamerika keine Überschüsse transferiert und auch keine erhält – eine Situation, die in den 50er und 60er Jahren gegeben war. In diesem Fall würde der ganze Schuldendienst mit neuen Krediten bestritten. Die Auslandsschuld Lateinamerikas würde dabei exponentiell anwachsen, wobei die Wachstumsrate dem Zinssatz gleich ist.

Stufe C: Neue Kredite, welche einen Transfer von Überschüssen aus den Ländern des Zentrums in die Länder Lateinamerikas ermöglichen würden. Es würde sich um Kredite handeln, die nicht nur den ganzen notwendigen Schuldendienst, sondern außerdem einen Negativsaldo der Handelsbilanz abzudecken hätten. Dadurch könnten Überschüsse nach Lateinamerika transferiert werden, um dessen Entwicklung Impulse zu verleihen. Die Bewilligung neuer Kredite auf diesem Niveau würde bedeuten, daß die Schulden Lateinamerikas exponentiell steigen, und zwar mit höheren Steigerungsraten als den Zinssätzen. Nur in diesem Fall könnte man, und das ist nicht zynisch gemeint, von Wirtschaftshilfe sprechen. Abschließend sei gesagt, daß es für Lateinamerika nie Kredite dieser Art über längere Zeiträume gegeben hat.

Nach der heutigen Lage der Dinge beziehen sich alle Vorschläge zu einer Vergabe neuer Kredite auf den im Fall A analysierten Kredittyp. Das war auch schon der Sinn des Baker-Plans. Bei dem gegebenen Schuldenautomatismus handelt es sich um Kredite, welche für die Entwicklung Lateinamerikas (das durch den Transfer eines Maximums von Überschüssen in die Zentrümländer gelähmt ist) unerheblich sind. Außerdem sind sie in der gegenwärtig-

gen Situation Lateinamerikas auch nicht fähig, den Verschuldungsautomatismus aufzuhalten. Die Schuld wächst weiterhin stärker als die zukünftigen Zahlungsmöglichkeiten, wobei immer mehr fiktives Kapital geschaffen wird.

Theoretisch betrachtet besteht nur *eine* Möglichkeit, die Schuld zu refinanzieren, ohne daß die Zahlungsfähigkeit in der Zukunft beeinträchtigt wird. Dies wäre der Fall, wenn der Zinssatz der Wachstumsrate der Exporte entspräche. Die Finanzierung des Schuldendienstes würde so durch neue Kredite das Verhältnis zwischen Schulden und Exporten nicht beeinträchtigen. Die Schuld würde im Rhythmus der Exporte wachsen. Es handelt sich hierbei um den einzigen zweckmäßigen Zinssatz, der nicht durch seine eigene Dynamik das finanzielle Gleichgewicht zerstört.

Ohne Zweifel ist das gegenwärtige Finanzsystem außerstande, sich an einem solchen Zinssatz zu orientieren. Unter den gegebenen Bedingungen würde es um einen Zinssatz nahe bei Null gehen. Indem es diesen Zinssatz nicht zusichern kann, beweist das internationale Finanzsystem erneut, daß es eine optimale Zuteilung der Mittel nicht vornehmen kann. Es muß vielmehr von der schlechtest möglichen Zuteilung gesprochen werden.

Der Verschuldungsautomatismus läßt die Schuld für die Zukunft über das voraussichtliche Wachstum sowohl der Exporte als auch des Bruttosozialproduktes Lateinamerikas hinaus anwachsen. Die Relation von Schulden und Exporten erhöht sich, was bedeutet, daß die Zahlungsfähigkeit geringer wird (vgl. Schaubild 2). Haben wir beispielsweise eine Situation, wo bei einem Zinssatz von ungefähr 10 % und beim maximalen Überschuß nur die Hälfte der Schuldzinsen bezahlt werden kann, dann wächst die Schuld kraft ihres eigenen Automatismus um 5 % jährlich. Nur bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Ausfuhrkapazität um 5 % könnte sich die Relation von Schulden und Exporten stabil gestalten, so daß auch für die Zukunft die heutige Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten bleibt. Die Exporte zeigen jedoch eher die Tendenz zur Stagnation. Daher wird sich die Zahlungsfähigkeit verringern, und jener Teil der Schuld, den wir als fiktiv betrachten müssen, wird ansteigen.

Die gleiche Argumentation trifft noch mehr für die zusätzlichen

Kredite der beiden anderen Stufen zu. Bei einer Senkung des von Lateinamerika transferierten Überschusses wird die Schuld mit noch größerer Schnelligkeit anwachsen, und zwar bis zu einem Punkt, wo sie wegen ihres Automatismus mit der Geschwindigkeit des Zinssatzes zunimmt, wenn der Transfer von Überschüssen eingestellt wird. Nur in dem einen Fall, wo der Zinssatz der Wachstumsrate der Exporte Lateinamerikas gleich ist, würde die Relation Schulden/Exporte nicht in Mitleidenschaft gezogen, und die zukünftige Zahlungsfähigkeit würde auch durch eine solche Verschuldungspolitik nicht beeinträchtigt. Leider geht die Entwicklung der Zinssätze eher auf Größenordnungen zu, welche die Wachstumsraten der lateinamerikanischen Exporte mehrfach übersteigen. Daher würde jede größere Erleichterung des Zugangs zu neuen Krediten sehr schnell in eine neue Krise des Finanzsystems münden, die der Krise von 1972/74 bzw. 1982 gleich oder noch schlimmer wäre. Es wäre eine Politik einer absoluten Unterschätzung der Krise, womit die Schwankungen noch erhöht würden, die stets Druck in Richtung einer neuen Krise ausüben.

Aus all dem ergibt sich, daß die Krise der Auslandsverschuldung Lateinamerikas in gar keiner Weise einfach eine Schuldenkrise ist. Es handelt sich eher um eine Krise des Auslandskapitals und seiner Beteiligung an der Entwicklung sowie um eine Krise des internationalen Finanzsystems selber. Die Verschuldung ist ein Produkt dieses Systems und wird nur mit ihm selber verschwinden. Die Auslandsschuld darf in keiner Weise so gesehen werden, als ob die Länder des Zentrums reale Guthaben in Lateinamerika investiert hätten. Es wurden nämlich nie irgendwelche in den Zentrumsländern gesparten Gelder investiert, was man aus der Zahlungsbilanz Lateinamerikas genau ablesen kann. Im einzigen Zeitraum, wo es einen ins Gewicht fallenden Fluß von Überschüssen nach Lateinamerika gab, ging es auch nicht um Überschüsse der Zentrumsländer, sondern der Erdölländer des Vorderen Orients, welche durch die Banken der Zentrumsländer geschleust wurden. Auch dieser Zufluß dauerte nicht länger als sieben Jahre (von 1974 bis 1981). Und schon bis 1985 hatte Lateinamerika wieder erneut mehr Überschüsse in die Zentrumsländer abgeführt, als es selber in dieser ganzen Periode erhalten hatte.

In der Tat gibt es also eine dreifache Krise. Es liegt eine Krise des internationalen Finanzsystems vor, des Auslandskapitals und des Systems der Weltmärkte. Sie können jedoch zusammengefaßt werden in der Krise des internationalen Finanzsystems, welche die Wurzel der anderen bildet. Das internationale Finanzsystem wirkt durch das Auslandskapital und hängt ab von der Existenz des geltenden Systems der Weltmärkte. Innerhalb dieses Systems taucht als sein Produkt die Verschuldung auf. Denn das internationale Finanzsystem verwandelt die ökonomischen Beziehungen zwischen Lateinamerika (der Dritten Welt) und den Ländern des Zentrums in eine unbezahlbare Schuld. Diese Beziehungen aber enthalten an sich keinen einzigen Grund für das Bestehen einer Verschuldung. Das Finanzsystem dagegen ist so beschaffen, daß es unausbleiblich zu einer solchen Art der Verschuldung führt.

Auch der Fluß von Überschüssen erklärt das Entstehen der Schuld nicht. Erst die ökonomischen Formen, in denen sich die Überschußströme bewegen, erklären sie. Das Finanzsystem hat einen relativ ausgeglichenen Strom von Überschüssen in eine von der einen Teilnehmerseite nicht mehr bezahlbare Schuld verwandelt. Es transformiert ökonomische Probleme des Augenblicks in ewige Schulden, so wie die Hölle zeitliche Vergehen zu ewigen Züchtigungen werden läßt. Das ist es, was erklärt werden muß. Der Prozeß führt vom Transfer der Gewinne aus den ausländischen Direktinvestitionen zur Verschuldung und bildet diese in Form einer Exponentialkurve aus, was ihre Unbezahlbarkeit zur Folge hat. Dann muß aber immer noch die Absicht aufrechterhalten werden, sie dennoch zu bezahlen, womit wieder die *Terms of Trade* auf den Exportmärkten ruiniert werden.

So verbinden sich untereinander die Anwesenheit von Auslandskapital, die Entstehung einer unbezahlbaren Schuld, die an völlig irrationale Zinssätze geknüpft ist, und der Verfall der *Terms of Trade*. Die Anwesenheit des Auslandskapitals führt zu seiner ständigen Verstärkung und mündet schließlich darin, daß es zu einem entscheidenden Faktor sowohl der Zerstörung der sozialen Arbeitsteilung und der Entwicklung als auch des internationalen Handels wird. Das Auslandskapital, das herbeigerufen wurde, um die Entwicklung der unterentwickelten Länder zu unterstützen,

wird schließlich zum Haupthindernis dieser Entwicklung und zum entscheidenden Faktor der Stagnation, besonders seit 1982.

Aus diesen Gründen offenbart die unbezahlbare Schuld Lateinamerikas eine Krise des internationalen Finanzsystems selber. Dieses System läßt die Schuld entstehen, ohne daß es irgendeinen der Sache selber innewohnenden Grund für deren Auftauchen gäbe. Keiner der diskutierten Lösungsvorschläge zur Behebung der Verschuldungskrise eröffnet auch nur die geringste Perspektive, wenn er im Rahmen dieses internationalen Finanzsystems verbleibt. Eine mögliche Lösung der Verschuldungskrise muß genauso radikal ansetzen, wie es auch das Problem selber ist. Es geht weder nur um einen Schuldenerlaß, noch ist dieser das wichtigste. Jede denkbare Schuldenstreichung oder jedes Moratorium kann nicht anders als Druck ausüben, damit die gesamte Weltwirtschaftsordnung neu durchdacht wird, wobei von einer Infragestellung des internationalen Finanzsystems auszugehen ist. Eine einfache Schuldenstreichung schafft nur einen neuen Ausgangspunkt für das Auftauchen der gleichen Problematik einige Jahre später, auch wenn sie immer eine Erleichterung bedeutet. Außerdem ist die Schuld als solche nicht an sich unbezahlbar. Sie ist es nur im gegenwärtigen internationalen Finanzsystem. Im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung könnte die gleiche Schuld zahlbar sein, wenn diese Ordnung eine die Märkte betreffende Verfügung enthielte, durch die eine notwendige Garantie für die Exportpreise der Dritten Welt gewährleistet wäre.

Die Untersuchung der Wurzeln der Verschuldung hat uns die entscheidenden Weichenstellungen gezeigt, die wir beachten müssen, wenn wir einer möglichen Lösung des Problems näher kommen wollen. Vergewärtigen wir uns einige davon:

1) Fernhaltung des Auslandskapitals, einschließlich der ausländischen Direktinvestitionen aus dem Aufgabenbereich der Entwicklung. Das Auslandskapital kann nur in Ausnahmefällen und sehr begrenzt zur Entwicklung beitragen. Die allgemeine Ausweitung der ausländischen Direktinvestitionen trägt nur zur Verschuldung und schließlich zur Lähmung jeder Entwicklung bei. Genau dies wird durch den einzigen Fall einer gelungenen kapitalistischen Entwicklung in diesem Jahrhundert belegt: Japan entwik-

kelte sich mittels eines absoluten Ausschlusses jeglichen Auslandskapitals.

2) Das Kreditsystem ist absolut ungeeignet für einen Transfer von Überschüssen der Zentralländer in die Peripherie. Jede Anstrengung führt mittels der Kreditmechanismen selber zur Umkehrung der Transferrichtung. Deshalb kann man sich nicht an der Entwicklung über Kredite beteiligen, die diese finanzieren sollen. Denn nach einer gewissen Zeit verwandeln sich die Kredite selber in ein Hindernis der Entwicklung, zu deren Förderung sie doch gegeben worden waren. Die Kredite müssen daher auf kurzfristige Kredite zur Finanzierung des Außenhandels beschränkt werden, langfristige Kredite sollen die Ausnahme bilden.

3) Die Zinspolitik muß in Rechnung stellen, daß die Zinssätze im zukünftigen Verlauf Exponentialkurven ausbilden. Über diese Exponentialkurven entstehen unbezahlbare und insofern auch fiktive Schulden, wenn die Zinssätze höher liegen als die Wachstumsraten der Volkswirtschaften, auf welche die Kredite bezogen sind. Dies gilt sowohl für die Binnenwirtschaft jedes einzelnen Landes wie auch für die internationalen Beziehungen. Daher muß sich der höchste Zinssatz den geltenden Wachstumsraten anpassen, was bezogen auf die internationalen Beziehungen heißt, daß die Zinsen sich nach den Wachstumsraten der Exporte zu richten haben. Für die Banken muß die Goldene Regel lauten: Man darf die Zinssätze nie über die Wachstumsraten der Volkswirtschaften, auf die sie sich beziehen, hinausschießen lassen.⁴

⁴ Dieses Prinzip, wonach der Zinssatz die Rate des Wirtschaftswachstums als seine obere Grenze hinnehmen muß, führt in einer Wirtschaft mit Nullwachstum zum Verbot der Erhebung von Kreditzinsen. Im Altertum und im Mittelalter wurde diese Konsequenz offen gezogen. Die Alten taten dies nicht, weil sie die wirtschaftlichen Gesetze ihrer Zeit nicht verstanden, wie die neoklassischen Ökonomen unterstellen, sondern gerade weil sie diese verstanden. Sie schrieben jedoch für ihre Zeit und nicht für heute. Daher nahmen sie auch nie wahr, daß es in einer Wachstumswirtschaft einen positiven Zinssatz geben kann, dessen maximal erreichbare Höhe auf Dauer genau die Wachstumsrate dieser Wirtschaft sein müßte. Die neoklassischen Ökonomen haben jedoch, insofern sie einen unbegrenzten Zinssatz unterstellen, die Gesetze der heutigen Wirtschaft überhaupt nicht begriffen. Deswegen ist die aktuelle Verschuldungskrise nicht nur die Krise des geltenden Finanzsystems, sondern auch die Krise der

4) Zwischen Zentren und Peripherien des Weltsystems muß es eine Marktordnung geben, ähnlich wie sie sich im Innern der Länder des Zentrums für das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft herausgebildet hat. Diese Markt- und Preisordnung muß in groben Umrissen die Ströme der Überschüsse zwischen Zentren und Peripherien festlegen. Erst mit einer solchen Marktordnung läßt sich die Frage der Schuldzahlung entscheiden. Eine mögliche Bezahlung der Schuld setzt voraus, daß bei der Festlegung der Preise vorhergesehen wird, wieviel Überschuß notwendig ist, um die Schuld bezahlen zu können.

5) Die Länder der Peripherie müssen freien Zugang zu den Technologien bekommen, die heute kommerzialisiert werden. Die Technologien sind Erkenntniserrungenschaften der Menschheit, für die man nicht bezahlen muß.

Es liegt auf der Hand, daß eine Aufstellung dieser Art heute die größten Widerstände auf Seiten derjenigen Länder hervorruft, die in einer schon Jahrhunderte andauernden Geschichte für sich das Monopol des Zugangs zu den Reichtümern der Welt beanspruchen. Die Dritte Welt dagegen hat viel weniger Waffen in der Hand. Eine ihrer wirkungsvollsten Waffen ist gerade ihre unbezahlbare Auslandsschuld. Sie muß sie dazu benutzen, die Länder des Zentrums zu zwingen, daß eine neue Weltwirtschaftsordnung ausgehandelt wird. Die glaubwürdige Drohung mit einem solidarisch organisierten Moratorium könnte ein entscheidender Schritt auf diesem Weg sein.

heute vorherrschenden neoklassischen Kapitaltheorie. Diese Theorie trägt nicht das Mindeste zum Verständnis jener Menschheitskatastrophe bei, welche die Auslandsverschuldung der Dritten Welt darstellt. Sie kann sie im übrigen auch gar nicht erklären. Ihre größte Schwäche liegt in der Tatsache begründet, daß sie die Zinsen als einen Preis ansieht, der genau so ist wie alle anderen Preise. Daher kann sie die Tatsache nicht begreifen, daß der Zinssatz eine Exponentialkurve darstellt und nicht einen mittleren Preis, der nach dem Zeitpunkt des Kaufs bemessen ist.

5. Der Teufelskreis der Abhängigkeit: die Auslandsfinanzierung als bestimmende Größe der lateinamerikanischen Gesellschaft

Wir haben gesehen, daß die Schulden Lateinamerikas sich in keiner Weise aus den Bewegungen der Handelsbilanz erklären lassen, also aus dem Verhältnis zwischen Export und Import des Kontinents. Die Bewegung der Handelsbilanz weist zwischen 1950 und 1986 Schwankungen auf. Insgesamt besitzt die Handelsbilanz für diesen gesamten Zeitraum, wenn man alle Exporte auf der einen und alle Importe auf der anderen Seite addiert, einen Positivsaldo von mehr als 60 Milliarden Dollar. Durch die Exporte können alle Importe, seien es Konsumgüter, technische Ausstattungen und Waffen, mehr als reichlich bezahlt werden. Nicht einmal für die wahnsinnigen Waffenkäufe der 70er und 80er Jahre entsteht für den betrachteten Zeitraum ein Defizit in der Handelsbilanz. Mit den Exporten werden auch alle Einkäufe von Ausstattungen und Einrichtungen bezahlt, die sich aus den ausländischen Direktinvestitionen ergeben, und es bleibt sogar noch ein Haushaltsüberschuß. Daher kann man die Schulden ausschließlich aus den Bewegungen der Kapitalbilanz erklären. Die Bewegungen gehen aus vom Transfer der Einkünfte aus den ausländischen Direktinvestitionen, wobei dieser mit ausländischen Krediten finanziert ist, während die Investitionen selber über die Flüssigmachung von Mitteln aus Lateinamerika bestritten werden, die sich damit in Auslandskapital verwandeln. Seitdem und deswegen wird der Kapitaldienst für diese Kredite mit neuen Krediten finanziert.

Die beiden Komponenten erklären schon fast ganz die Verschuldung der 50er und 60er Jahre. Sie behalten ihre Gültigkeit auch für die 70er Jahre, aber nun kommt eine weitere Komponente hinzu, nämlich der Transfer von Einkünften aus nationalem Kapital, die sogenannte Kapitalflucht. Diese war in den 50er und 60er Jahren ziemlich unter Kontrolle, aber in den 70er Jahren wurden ihr weitgehende Freiheiten gewährt. Die Kapitalflucht wird zu einer weiteren bedeutsamen Ursache für die Auslandsverschuldung Lateinamerikas.

Man muß zu ausländischem Kapital Zuflucht nehmen, um die Devisenlast tragen zu können, die entsteht, weil die auf das aus-

ländische wie inländische Kapital anfallenden Einkünfte transferiert werden und der Schuldendienst für die schon überfälligen Kredite geleistet werden muß. Daher bildet der Transfer der Gewinne und der Zinsen für die bestehenden Schulden den hauptsächlichen Grund für die Verschuldung Lateinamerikas. Die einlaufenden Kredite jedoch reichen gerade aus, um den Kapitaltransfer zu finanzieren, während der ganze Handel über die lateinamerikanischen Exporte finanziert wird, die immer noch einen bedeutsamen Haushaltsüberschuß stehen lassen. Die von den Zentrumsländern gegebenen Kredite verlassen diese Länder nur, um als ausländische Kapitaleinkünfte wieder zurückzukommen – als Zinsgutschriften der Weltbank, Bankeinlagen sowie andere Arten finanzieller Investitionen der Lateinamerikaner bei der Weltbank oder direkt in den Zentrumsländern. Sie verlassen den einen Geldbeutel nur, um den anderen zu füllen. Aber immer bilden sie Zahlungskreisläufe aus, die im Innern der Zentrumsländer selber verlaufen. Alle von den Gläubigerländern gewährten Kredite tauchen bei diesen wieder als Einnahmen auf, seien es Investitionseinkünfte, Zinsen oder lateinamerikanische Bankeinlagen.

Das alles geht aus der Zahlungsbilanz Lateinamerikas deutlich hervor. Die täglichen Erfahrungen scheinen diesem Tatbestand jedoch zu widersprechen. Die Kredite werden für konkrete Projekte gegeben, die einen Import von Gütern beinhalten. Zumindest in den ersten Jahrzehnten des kommentierten Zeitraums wurden keine Kredite zur direkten Finanzierung der Kapitalbilanz gegeben. Diese Diskrepanz können wir mit Hilfe der folgenden Schaubilder verständlich zu machen versuchen:

Der als Alternative I bezeichnete Teil des Schaubildes 8 verdeutlicht uns den Gesichtspunkt der Zahlungsbilanz. Er entspricht der Situation Lateinamerikas in den letzten Jahren bzw. im gesamten Zeitraum von 1950 bis 1986. Mit den Exporten werden alle Importe und ein Teil des Kapitalsdienstes bezahlt. Dazu kommt eine Finanzierung mit Krediten, welche das durch den Positivsaldo der Handelsbilanz nicht abgedeckte Defizit der Kapitalbilanz abdecken muß. In den letzten Jahren machen diese Kredite für Lateinamerika ungefähr 2,5 % seines Bruttosozialproduktes aus. Es handelt sich um die 20 Milliarden Zinsschulden, zu deren Zahlung das

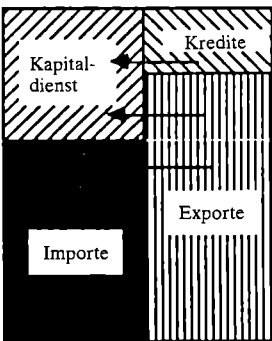
Maximum der transferierten Überschüsse nicht mehr ausreicht. Wenn man das Bruttosozialprodukt in Lateinamerika auf 800 Milliarden schätzt, dann entsprechen diese 20 Milliarden genau 2,5%.

Die Kredite gehen jedoch nur teilweise explizit in die Rechnung der Finanzierung des Kapitaldienstes ein. Der größere Teil, und in den 50er und 60er Jahren fast ausschließlich, wird bei der Finanzierung von konkreten Entwicklungsprojekten auf die Rechnung gesetzt und bestimmt aus diesem Grund direkt die Importstruktur. Die tägliche Verwaltung der Ausgaben entspricht dagegen eher dem mit Alternative II bezeichneten Teil des Schaubildes. Die Kredite finanzieren einen Teil der Importe, während mit den Exporten der ganze Kapitaldienst und jener Teil der Importe finanziert wird, der nicht mit den Krediten aufgebracht werden kann.

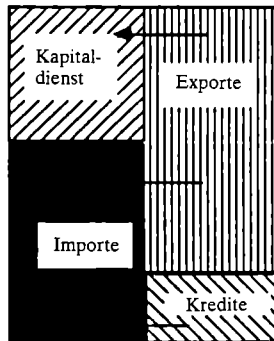
Vom einfachen Buchführungssystem her unterscheiden sich die beiden Schemata nicht. Ihr Unterschied ist zufällig. Im Sinne von Wirtschaft und Politik unterscheiden sie sich aber gewaltig. Das Schema von Alternative II legt genau die Machtmechanismen offen, welche der Realisierung dessen zugrunde liegen, was durch das Schema der Alternative I beschrieben wird. Gegeben der Fall,

Schaubild 8: Die Finanzierung der Importe und des Kapitaldienstes

Alternative I



Alternative II



daß die Kredite nur kommen, wenn sie an konkrete Projekte gebunden sind, dann muß das Land irgendwelche Projekte durchführen, damit es Kredite erhält. Es muß dies tun, um die beim Export gewonnenen Devisen freizubekommen, die ihm gestatten, die Finanzierung des Kapitaldienstes anzugehen. Dem Augenschein nach handelt es sich um die Finanzierung konkreter Projekte. Doch hinter diesem Schein tritt der Tatbestand hervor, daß es um die Finanzierung des Kapitaldienstes geht, die nur durch die Finanzierung konkreter Projekte vermittelt ist. Die Kredite erleichtern die Zugangsbedingungen für die Exporte, die bloß für den Kapitaldienst genutzt werden können. Ihre Notwendigkeit aber ergibt sich ausschließlich aus dem Defizit der Kapitalbilanz. Die Kredite wären also überflüssig, wenn nicht der Kapitaldienst geleistet werden müßte.

Diese Finanzierung durch Kredite, die an konkrete Projekte gebunden sind, zerstört die innere Souveränität des Landes, das von diesen Krediten abhängt. Um den Kapitaldienst erfüllen zu können, muß das Land irgendwelche Projekte durchführen, die für die Kreditgeber interessant sind. Schon seit den 50er Jahren wird ganz Lateinamerika von Entscheidungen beherrscht, welche in den Zentrumsländern gefällt werden und die einfachsten Schritte der lateinamerikanischen Innen- und Außenpolitik festlegen. Lateinamerika bezahlt alle diese Projekte. Aber es bezahlt sie unter Bedingungen, die von den ausländischen Kreditgebern festgelegt werden. Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten, Kommunikationsmedien, Fabriken: allem werden jetzt Bedingungen von irgendeinem Büro aus dem Ausland, sei es staatlich oder privat, diktiert. Die ganze Entscheidungsstruktur im Innern wird auf den Kopf gestellt. Die Exporte sind ausreichend, um jeden Handelsvorgang zu finanzieren, aber der Kapitaldienst gestattet es nicht, dies im Rahmen souveräner Entscheidungen wahrzunehmen. Der ausländische Kreditgeber verkehrt die Souveränität in ihr Gegenteil, indem er sich jede Entscheidung über das ökonomische, soziale und politische Leben in den Kreditnehmerländern anmaßt. Daher werden auch die internen Behörden völlig entmachtet. Wenn man eine Brücke bauen will, dann nutzt es wenig, wenn man mit dem Verkehrsministerium spricht. Man muß mit

der AJD (*Agency for International Development*; Behörde für internationale Entwicklung) oder mit einer Regierung in Westeuropa reden. In irgendeinem, weit von der Realität der betroffenen Länder entfernten Büro wird entschieden, ob man die Brücke bauen kann oder nicht. Dasselbe gilt für Krankenhäuser und Schulen, aber auch für die großen Investitionen in die Infrastruktur und selbst für den Produktionsapparat. Die Strategie der landwirtschaftlichen Erzeugung muß in den Hauptstädten anderer Länder diskutiert werden, und von dort kommt dann die Anweisung, was zu tun ist. Es ist nicht die Universitätsleitung, die über einen neuen Studiengang entscheiden darf, sondern es sind die Ford-Stiftung, spezielle Einrichtungen der westeuropäischen Regierungen oder die Volkswagenstiftung. Wenn die Universitätsleitung eine eigene Strategie zu verwirklichen sucht, welche in Konflikt gerät mit irgendeinem von diesen ausländischen Instanzen finanzierten Projekt, steht sie unter einem fürchterlichen Druck. Es heißt dann: Das Land braucht Devisen, es gibt Geld, man muß sich seiner bedienen. Am Ende gibt sie nach und verzichtet auf jede eigene Vorgehensweise. Gegenwärtig existiert kein einziges universitäres Forschungsinstitut, das seinen Forschungsbereich eigenständig festlegen kann. Forschungsbereiche werden nach den Möglichkeiten ihrer Finanzierung bestimmt. Die einzigen Finanzierungsquellen bilden jedoch ausländische Stiftungen. Da die Forschungstätigkeit den Interessen dieser Stiftungen entsprechen muß, kann nicht von einer eigentlichen Forschungspolitik gesprochen werden.

Erschwerend kommt der Sachverhalt hinzu, daß die Bürokratien der Stiftungen sich von klar empiristischen Kriterien leiten lassen. Deshalb verunmöglichen sie notwendigerweise theoretisch orientierte Forschungen, denen angesichts der gegenwärtigen Krise entscheidende Bedeutung zukäme. Die von den Stiftungen beschnittene Forschung bringt daher sehr wenig für die Diskussion von Alternativen, mit denen sich Lateinamerika auseinandersetzen muß. Schließlich lassen sich nicht einmal alternative Konzeptionen entwickeln, unter denen eine Wahl getroffen werden könnte. Was man nicht denken kann, das kann auch nicht realisiert werden. Daraus resultiert der Zwang eines einzigen Weges.

Die Behörden verwandeln sich in völlig formale Einrichtungen,

die nur noch Projekte abzeichnen, welche im Ausland bewilligt und finanziert werden. Sie ergänzen diese dann bloß durch die geringen Eigenmittel, über die sie verfügen. In vielen Teilen Lateinamerikas befinden sich heute die Planungsministerien genau in dieser Lage. Sie müssen gute Miene zu dem machen, was schon in den Büros des Auslands beschlossen worden ist. Dies geht schließlich sogar bis zu den Gruppen, die sich einer derartigen Abhängigkeit widersetzen möchten, denn auch das können sie nur, wenn sie vom Ausland finanziell unterstützt werden.

Aber in Wirklichkeit finanzieren die ausländischen Instanzen das, was sie bewilligen, überhaupt nicht. Sie finanzieren den Transfer des Kapitaldienstes und zwingen das jeweilige Land, die von ihnen bewilligten Projekte aus seinen eigenen Einnahmen zu bestreiten. Die Vermittlung über den Umweg der Einnahmen aus den Exporten Lateinamerikas verbirgt diesen Tatbestand bzw. verschleiert ihn.

Die ausländischen Regierungen rechtfertigen die Bindung ihrer Kredite an konkrete Projekte mit ihrer vermeintlichen Sorge um die Sicherstellung eines vertretbaren Ertrages des geliehenen Kapitals. Niemals aber rechtfertigen sie, wieso Angestellte von Privatbanken oder des Staates von ihren Büros in Washington, Bonn, Paris oder London aus besser beurteilen können, was für das Land angebracht ist, als die Behörden der lateinamerikanischen Länder selber. Deswegen sind auch viele Entscheidungen so verheerend. Am Schluß zeigt sich, daß sie allein für das Kreditgeberland von Vorteil sind. In Lateinamerika gibt es Tausende von Investitionsruinen, die für die Wirtschaft völlig zwecklos sind, die aber durch Auslandsverschuldung bezahlt wurden. Sie stellen dagegen für die Kreditgeberländer gute Absatzmöglichkeiten in Lateinamerika dar.

An Stelle einer rationalen Entwicklungsstrategie ergibt sich ein Kreislauf der Abhängigkeit, der die Gesellschaft durchdringt und jede Entscheidungsmacht auslöscht. Um ein Kapital bezahlen zu können, das man nie erhalten hat, muß um gebündelte Kredite gebettelt werden, welche das gesamte Leben der Gesellschaft in all seinen Ausdrucksformen daraufhin konditionieren, daß für diese Kredite und diese völlig lächerlichen Kapitaldienste die ent-

sprechenden Dankesleistungen bezahlt werden. Wie die Länder den Kapitaldienst aufbringen müssen, so müssen sie auch mit ihren eigenen Mitteln all jene Projekte bezahlen, die von ausländischen Bürokratien, ohne die geringste Ahnung von Lateinamerika und in erster Linie auf den Zinsgewinn ihrer eigenen Länder erpicht, bewilligt wurden. Der Kapitaldienst leitet sich von einem Auslandskapital ab, welches nichts anderes darstellt als flüssig gemachte Inlandsguthaben Lateinamerikas. So sieht der Teufelskreis der Abhängigkeit aus. Man kann verschiedene Abschnitte dieses Kreislaufs der Abhängigkeit untersuchen.

Die Jahrzehnte nach 1950 und 1960 können als ein erster Abschnitt angesehen werden. Das transnationale Kapital beginnt, auf dem Binnenmarkt Lateinamerikas zu investieren, und braucht daher einen Transfer seiner in Inlandswährung gemachten Gewinne zu einer im Zentrum umsetzbaren Währung. Die Umwandlung geschieht mit Hilfe von Krediten der Zentrumsländer. Dazu beteiligt sich das transnationale Kapital an der Mystifizierung des in dieser Zeit geborenen Entwicklungsdenkens und verstärkt sie noch. Das Bündnis zwischen den Wortführern dieser Mystifizierung der Entwicklung und dem transnationalen Kapital führt zu einem Strom von Krediten, die in der öffentlichen Meinung als Entwicklungshilfe angesehen werden, in Wirklichkeit aber eine Hilfe für das transnationale Kapital darstellen, damit es seine Einkünfte in einer konvertiblen Währung ausdrücken kann. Die Kredite sind an die Durchführung konkreter Projekte gebunden, die von unterschiedlichen Bürokratien der Zentrumsländer angeordnet und bewilligt wurden. Sie fangen daher an, die ganze innere Entscheidungsstruktur Lateinamerikas umzukrempeln. Schon in den 60er Jahren ist jede Gesellschaft durch und durch erfaßt von der Auflösung ihrer Leitungsorgane, so daß diese immer mehr nur noch formale Funktionen wahrnehmen. Doch der Umsturz der inneren Entscheidungsstrukturen durch das Auslandskapital konzentriert sich in diesen Jahrzehnten eher auf die erwähnte Finanzierung von konkreten Projekten. Die Regierungen behalten einen Grad an Souveränität sowohl bei der Formulierung ihrer Wirtschaftspolitik wie auch im Sicherheitsbereich, sei es innere oder äußere Sicherheit.

Das Jahrzehnt der 70er Jahre ist die Periode des Übergangs. Es bleibt bei der Auslandsfinanzierung in Form des Transfers von Einkünften aus ausländischen Direktinvestitionen und der Bezahlung von Zinsen auf die wachsende Auslandsschuld, gestützt auf die Liquidität des internationalen Bankensystems, die durch die Erdölkrise hervorgerufen wird. Es bleibt auch bei der Orientierung der Auslandsfinanzierung an konkreten Projekten. Doch diese prinzipielle Ausrichtung wird nun auf zwei Linien abgeschwächt, welche die Basis bilden für das, was sich dann in den 80er Jahren ereignen wird. Immer mehr tauchen undurchsichtige Projekte auf, welche von einer Bank finanziert werden, obwohl diese weiß, daß sie niemals verwirklicht werden. Ganz offensichtlich legen die Banken eine große Lässigkeit bei der Kreditvergabe an den Tag, ohne sich um die Kontrolle der effektiven Kosten zu kümmern. Diese Lässigkeit und Sorglosigkeit zeigten die Banken jedoch nur in solchen Fällen, wo es darum ging, Kosten zu verdecken, welche nicht im Sinne einer sauberen Geschäftspolitik auszuweisen waren.

Es geht dabei in erster Linie um die Verschwendung der Militärjanten, insbesondere um ihre sinnlosen Waffenkäufe. Gegenüber den Militärdiktaturen bestanden die Banken auf keinerlei Kontrolle. Es handelte sich um jene Gruppierung der lateinamerikanischen Gesellschaft, von der in Zukunft die Eintreibung der Auslandsschulden abhängig sein würde. Die Banken arbeiteten voll an ihrer Etablierung und an ihrer Verwandlung in die wirklichen politischen Herren Lateinamerikas mit.

In zweiter Linie handelt es sich um das Geschäft der Kapitalflucht, welche in den 70er Jahren ein ungewohntes Ausmaß annimmt. Die Banken selber wickelten dieses Geschäft ab und verschleierten es durch die Finanzierung von konkreten Projekten, bei denen von vornherein feststand, daß sie nicht durchgeführt würden. Es waren Hehlerprojekte, die gemeinsam von den Banken, lateinamerikanischen Militärs und Wirtschaftskreisen zur Verschleierung der Kapitalflucht ausgeheckt wurden. Zwischen den Banken und diesen Gruppierungen bildete sich ein Korruptionsbündnis heraus, durch das beide Gewinne machten. Die Kapitalflucht wurde in jenen Jahren zum großen Geschäft, das von

der Bank selber organisiert wurde und an dessen Gewinnen sie beteiligt war. Grundlage stellte die Lockerung des Devisenhandels auf Druck des IWF dar. Seine Stütze war in vielen Ländern, wie in Chile und Argentinien, eine Politik der festen Wechselkurse, welche es gestattete, von den großen Unterschieden zwischen inländischen und ausländischen Zinssätzen zu profitieren. Sie ermöglichten Dollargewinne von mehr als 50 % und in manchen Fällen sogar bis zu 100 % auf Kapital, welches in den lokalen Märkten investiert und dann wieder in Dollar zurücktransferiert wurde. Sogar der damalige Präsident der chilenischen Zentralbank, Bardon, brüstete sich öffentlich, bei diesen Dollargeschäften mitzumachen, wozu Beträge verwendet wurden, die man im Ausland geliehen hatte. Man bewahrte nicht einmal mehr ein Minimum an Ehrgefühl – in jedem zivilisierten Land würde es als ein schweres Verbrechen angesehen, wenn der Präsident der Zentralbank selber Devisengeschäfte tätigte.

Es handelte sich um ein richtiges Goldfieber, bei dem alle Beteiligten ihr Verantwortungsgefühl verloren und sich auf eine äußerst dreiste Korruption einließen. Aber diese Korruption ist völlig gleichmäßig verteilt zwischen den internationalen Banken und den führenden Wirtschaftskreisen Lateinamerikas. Der pseudo-religiöse Dogmatismus der Monetaristen und Neuliberalen wird damit verständlich: Er verbarg ihre abgrundtiefe Korruptheit und war zugleich höchst einträglich. Das internationale Finanzsystem war Piraten in die Hände gefallen. Der IWF dagegen tat, als sehe er nichts. Anstatt im Finanzsystem aufzuräumen, überprüfte er die Subventionierung von Brot und öffentlichen Verkehrsmitteln zugunsten einkommensschwacher Gruppen mit dem Ergebnis, daß er diese untersagte. Werden Millionen von Unschuldigen in Lateinamerika und der Dritten Welt jetzt nicht mit ihrem Leben bezahlen, was diese Piraten angerichtet haben?

Der dritte Abschnitt ist derjenige der Eintreibung der Auslandsschulden und der Strukturanpassung, welcher von 1982 bis zur Gegenwart reicht. In diesem Abschnitt werden die militärischen Apparate in ihrer Macht bestätigt – eine Macht, die bisher keine zivile und demokratische Regierung erreichen konnte.

Auf der anderen Seite bestimmen die Forderungen der Schuldenbegleichung nun die Gesellschaften Lateinamerikas völlig. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Länder leitet sich von den Schulden her und wird durch deren Bezahlung bestimmt. Die Regierungen Lateinamerikas verlieren die Souveränität über die Ausrichtung ihrer Politik, welche nunmehr in ihren Grundlinien von den Gläubigerländern festgelegt wird. Weiter verfolgt wird auch die Politik, die Auslandsfinanzierung an konkrete Projekte zu binden. Darüber hinaus ist aber jetzt der gesamte Komplex der Auslandsfinanzierung an die Festlegung der Wirtschafts- und Finanzpolitik durch die ausländischen Regierungen gebunden. Garant dieser Unterordnung ist genau jener Militärapparat geworden, der durch die Erpressung mit der Auslandsfinanzierung unterstützt wurde.

In diesem Abschnitt wird die Schuld auch durch die *Swaps* in inländische Währung umgewandelt, welche bevorzugt für ausländische Direktinvestitionen ausgegeben wird. Immer mehr üben IWF und Weltbank Druck in dieser Richtung aus. Auf die Auslieferung der Entscheidungen an die ausländischen Instanzen, welche in den 50er Jahren einsetzte, folgt nunmehr die Auslieferung des Besitzes an das Auslandskapital. Die staatlichen Unternehmen, die bis dahin eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit vorgetäuscht hatten, werden jetzt aufgelöst und übergeben. Alles, worauf das Auslandskapital Appetit hat, fällt in seine Hände. Nichts kann sich mit legitimen Mitteln davor retten. Die Lateinamerikaner verwandeln sich erneut in Eingeborenenvölker, welche auf den Besitzungen der Konquistadoren arbeiten müssen, um aus ihrem eigenen Land ein Maximum von Überschüssen herauszupressen, die in die Zentren abgeführt werden. Und das alles geschieht natürlich nur, um diese Völker zu zivilisieren, zu befrieden und zu demokratisieren. «Die Last des weißen Mannes» (*the white man's burden*) ist wiedergekommen. Und die Rechtsgerichteten des Kontinents, Vargas Llosa eingeschlossen, können sich gar nichts Bessers vorstellen als dies.

Dieser Abschnitt ist aber auch derjenige, in welchem die Regierung der USA wieder dazu zurückkehrt, den Kontinent zu

demokratisieren, dem sie in den 60er und 70er Jahren die Demokratie weggenommen hatte. So versteckt und widerrechtlich, wie man sie damals in Washington beseitigt hatte, wird sie heute auch wieder zurückgebracht. Aber es handelt sich um demokratische Regierungen, die für ihre Entscheidungen nur einen äußerst engen Spielraum haben und die bezüglich der Erfüllung der Bedürfnisse und des Willens ihrer Völker völlig entmündigt sind.

Wegen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die durch die internationalen Organisationen im Interesse der Regierungen des Zentrums bestimmt wird, und wegen der Sicherheitspolitik, die ausschließlich Sache der eigenen Militärapparate ist, gelingt es den demokratischen Regierungen Lateinamerikas nicht, mehr zu sein als Zivilregierungen, die jedoch von anderen Instanzen abhängen, welche die Richtlinien ihrer Politik festlegen. Ihre Entscheidungen sind genau eingegrenzt auf Zuständigkeitsbereiche, die von der Koalition zwischen den eigenen Streitkräften und den Regierungen der ausländischen Kreditgeber ausgearbeitet worden sind.⁵

Weder die Verschwendung der Militärs noch die Geschäfte mit der Kapitalflucht aber können die Verschuldung erklären. Sie bilden allerdings einen Teil ihrer Entfesselung. Auch ohne diese Faktoren wäre Lateinamerika in unbezahlbare Schulden geraten. Der Grund der Verschuldung bleibt nach wie vor, daß Lateinamerika darauf verzichtet, seine Entwicklung selber in die Hand zu neh-

⁵ Nach der spanischen Zeitung *El País* wurde soeben zwischen Spanien und Argentinien ein «gemeinsames Programm des ökonomischen Wiederaufbaus und der Stützung der argentinischen Demokratie» ausgehandelt, «welches bis 1992 in jedem Land Investitionen in einer Höhe von 3 Milliarden Dollar miteinschließt». Es beginnt mit der «Umwandlung der 700 Millionen Dollar der Schuld Argentiniens bei Spanien in eine Investition in den produktiven Sektor des besagten Landes» (*El País*, 22. 1. 88). Somit wird eine überfällige und unbezahlbare Schuld von 700 Millionen in eine ausländische Direktinvestition umgewandelt, welche bis 1992 auf 3 Milliarden anwachsen wird. Wahrscheinlich wird auch nicht eine Peseta von Spanien nach Argentinien fließen. Es ist ein Programm des Abbaus der Demokratie, das mit einer Orwellschen Sprache verschleiert wird, ohne die man gar nicht ausdrücken könnte, was da gelaufen ist. Krieg wird zu Frieden, Sklaverei zu Demokratie, Lüge zur Wahrheit.

men, und statt dessen die Verantwortung dem Auslandskapital überträgt.

Mit dem Interessenumschwung des Großkapitals ändert sich auch das herrschende Bewußtsein in der westlichen Gesellschaft. In den Jahrzehnten nach 1950 und 1960 bildeten die Interessen des Kapitals und die Mystifizierung der Entwicklung eine Einheit. Deswegen war es auch möglich, diese Jahrzehnte als Entwicklungsdekaden zu bezeichnen. Heute aber stehen die Interessen des Großkapitals im Gegensatz zur Entwicklung der unterentwickelten Länder. Die für eine Entwicklung optierenden Gruppierungen sind eher an den Rand gedrängt, und das herrschende Bewußtsein hat sich gewandelt. Heute wird man schief angesehen, wenn man von Entwicklung redet. Man spricht vom Markt, seinen Gesetzen und seiner Rationalität. Die herrschende Ideologie formiert sich als Ideologie des totalen Marktes und eines scheinbaren Antietatismus. Aber in Wirklichkeit steckt hinter diesem Schein die Ausbildung von totalitären Staaten der nationalen Sicherheit. Es ist die Stunde des Kassierens und des Bezahlens.⁶ Dies ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt der letzte Abschnitt des Kreislaufs der Abhängigkeit.

⁶ Dies spiegelt sich auch in den Ideologien der Kirchen selber wider. Man muß nur einmal das Entwicklungsdenken der Enzyklika *Populorum Progressio* von Paul VI. vergleichen mit den Ansprachen des gegenwärtigen Papstes über Entwicklung und über die Aufgabe der Unternehmen auf dem Markt, um sich ein Bild zu verschaffen von der zerstörerischen Kraft der herrschenden Ideologie des Großkapitals. Der gegenwärtige Papst scheut sich nicht, in dieser Periode des totalen Marktes die Unternehmer als die Priester der irdischen Ökonomie zu bezeichnen, analog den Priestern der Kirche, welche der Heilsökonomie dienen. (In seiner Ansprache an die argentinischen Unternehmer im Luna-Park von Buenos Aires im Jahre 1988). Priester des Marktes, welche Kredit aufnehmen bei der Bank des Heiligen Geistes (*Banco del Espiritu Santo*, der Name der Vatikanbank!). Die fundamentalistischen protestantischen Sekten machen das Nämliche. – In der Enzyklika *Sollicitudo Rei Socialis* vom 30. Dezember 1987 ist ein Wandel zu verzeichnen, der bei *Populorum Progressio* anknüpft. Es ist also ein gewisser Bruch in den päpstlichen Aussagen festzustellen. Allerdings läßt sich dieser zur Zeit nur schwer beurteilen.

6. Die unbezahlbare Auslandsschuld Lateinamerikas

Als im Jahre 1985 Fidel Castro eine öffentliche Kampagne über die unbezahlbare Schuld in Gang brachte, sagte er etwas, was für die öffentliche Meinung des Kontinents neu war. Für die Weltbank jedoch sagte er nichts Neues. Für die öffentliche Meinung machte er einen für Lateinamerika katastrophalen Tatbestand offenbar. Für die Weltbank handelte es sich nur um das Verkünden ihres vollständigen Sieges. Daß die Auslandsschulden Lateinamerikas unbezahlbar sind, bedeutet nämlich, daß es bezüglich der Weltbank und der Industrieländer des Zentrums in völlige Abhängigkeit geraten ist.

Daß eine Schuld unbezahlbar sei, ist überhaupt keine Katastrophe für den Kreditgeber, im Gegenteil. Wer nämlich seine Schuld bezahlen kann, bezahlt sie und bleibt ein freier Mann. Niemand kann ihm Bedingungen aufzwingen, die er nicht erfüllen kann. Wer jedoch in unbezahlbare Schulden gerät, verliert seine Freiheit. Es gibt keinen einzigen Augenblick mehr in seinem Leben, den er selber bestimmen dürfte. Alles liegt in den Händen des Gläubigers. Weil ihm etwas Unmögliches auferlegt ist, wird der Schuldner niemals mehr seinen Verpflichtungen entkommen können, und keine von ihnen findet ein Ende. Immer muß er mehr geben als er kann. Er gerät in die Sklaverei, und historisch war es ja auch immer so, daß unbezahlbare Schulden einen der Hauptgründe für Versklavung bildeten. Die unbezahlbare Schuld macht aus Lateinamerika einen Sisyphus, der niemals erreichen wird, was er will, der aber auch nie zur Ruhe kommt. Er sieht sich mit etwas Unmöglichem konfrontiert, was nicht befreit, sondern versklavt. Daher war das Verkünden der Unbezahlbarkeit der Schuld für die Weltbank und für die Länder des Zentrums die Proklamierung ihres endgültigen Sieges, während es für Lateinamerika die Erklärung einer Niederlage auf lange Sicht war. Für Lateinamerika ist die Bezahlung der Schuld ein Krieg, der im voraus verloren ist.

In der Scholastik gibt es einen alten ethischen Grundsatz, welcher besagt: Man muß nicht tun, was man nicht tun kann. Seine Gültigkeit verband sich im Mittelalter mit dem Verbot, Zinsen zu

verlangen, was ein Verbot der Eintreibung von etwas Unbezahlbarem darstellte. Was man nicht kann, muß man auch nicht: Dieser Grundsatz setzt ebenfalls fest, daß man niemandem gegenüber sich unmöglichen Forderungen unterwerfen muß. Zu fordern, daß das Unmögliche erfüllt wird, heißt das mögliche Leben zu zerstören. Die Eintreibung von unbezahlbaren Schulden ist verbunden mit dem Problem des Utopismus im allgemeinen, welcher das Unmögliche verlangt, um dabei das mögliche Leben zu zerstören.

Unsere jüngste geschichtliche Vergangenheit fordert hier Beachtung. Die Machtübernahme durch die Nazis 1933 in Deutschland und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sind geradewegs verknüpft mit der unbezahlbaren Schuld, die in Form der Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg, welche im Versailler Vertrag festgelegt worden waren, auf Deutschland in den 20er Jahren lastete. Die unbezahlbare Schuld zerstörte die erste demokratische Republik in Deutschland. Erst nachdem diese schon zerstört war, akzeptierten die Gläubigerländer von Nazi-Deutschland ein vollständiges Moratorium für die Schuld, das 1934 ausgesprochen wurde.

Die unbezahlbare Schuld zersetzt eine Gesellschaft völlig und stürzt sie um. Mit ihr ist keine soziale Stabilität mehr möglich, und keine Selbstbestimmung kann mehr stattfinden. Die Regierungen verwandeln sich in Ausführungsorgane eines fremden Willens. Ob sie frei gewählt sind oder nicht, spielt dann beinahe keine Rolle mehr. So kann keine Demokratie aufkommen. Wie die unbezahlbare Schuld die deutsche Demokratie der 20er Jahre ausgehöhlt hat, so wirft heute die unbezahlbare Schuld Lateinamerikas die Demokratie zu Boden.

Aber die unbezahlbare Schuld führt nicht automatisch zu einer entsprechenden Bewußtseinsbildung, sondern lähmt auch. Da es keinen Ausweg zu geben scheint, erscheint die Unterwerfung als die einzig mögliche Handlungsform. Aber solch eine Lähmung kann zugleich auch der Nährboden für unvorhersehbare Ausbrüche von Irrationalität sein. Eine äußerste Passivität schlägt in eine völlig unkontrollierte Aktivität um. Daher ist es heute so wichtig, ein Bewußtsein von dem zu schaffen, was diese unbe-

zahlbare Schuld bedeutet und welche Handlungsmöglichkeiten man ihr gegenüber hat.

Es ist nötig, diese Lähmung, die eine wirkliche Bedrohung darstellt, zu überwinden. Die Bewußtmachung aber ist heute so schwierig, weil sie genau die Forderung einer Befriedigung der Grundbedürfnisse des Volkes zu ihrem Ausgangspunkt machen muß. Dies stellt eine Herausforderung der vorhandenen bürgerlichen Gesellschaft dar, welche, mit oder ohne Schulden, unfähig ist, diese Aufgabe zu meistern. Es müssen neue Gesellschaftsformen entwickelt werden, die auf sozialistische Formen des sozialen Lebens hinauslaufen müssen, um Bestand haben zu können. Diese Tatsache erschwert die Bewußtseinsbildung, denn sie verbindet sich mit einer Perspektive, die weit über die Verschuldung hinausreicht. Es ist jedoch die einzige Art und Weise, wie man die Unabhängigkeit wiedergewinnen kann. Wenn heute Nicaragua eine Lösung in diesem Sinne sucht, dann ruft es den größten Zorn der Weltmacht USA hervor, weil es auf dem einzigen vernünftigen und vielversprechenden Weg zu diesem Ziel der Unabhängigkeit ist: die unabdingbare Voraussetzung jeder Form von Demokratie, die diesen Namen verdient.

Die Bewußtmachung dessen, was die Schuld bedeutet, beinhaltet einen neuen lateinamerikanischen Nationalismus. Wenn aber dieser Nationalismus seine Bestätigung nicht in einer Befriedigung der Grundbedürfnisse des Volkes findet, dann kann er genau so unheilvoll sein wie die gegenwärtige Situation. Daher muß ein Bewußtseinsbildungsprozeß über die Schuld zugleich auch ein Bewußtsein des Weges bilden, der aus dieser Schuld herausführt. Angesichts der Schuld ist es erforderlich, das Projekt einer neuen Gesellschaft in Angriff zu nehmen.

7. Einige theologische Aspekte der Schuldenforderung

Die Einforderung der Auslandsschulden der Dritten Welt und Lateinamerikas darf keineswegs mit den normalen Beziehungen zwischen kapitalistischen Ländern verglichen werden. Sie erzeugt eine neue Welle der Ruinierung der Schuldner, die man nur noch als Wucher in der schlimmsten Bedeutung ansehen kann. Die Kre-

ditgeberländer wissen dies, und die Bourgeoisie Lateinamerikas weiß es ebenfalls, denn sie macht bei dieser Plünderung mit. Daher reagiert sie auch, aber nicht etwa gegen die Zahlung der Schuld (nur hie und da tut sie dies), sondern mit einer Neuinterpretation der spezifisch christlichen Tradition des Umgangs mit dem Schuldner.

Nichts ist in dieser Hinsicht auffälliger als die Abänderung eines geheiligten Textes der christlichen Tradition, der sich auf Schuld und die Begleichung der Schuld bezieht. Genauerhin gesagt, es geht um das Vaterunser, dessen spanische und portugiesische Übersetzung während des 70er Jahrzehnts in passender Weise verändert wurde.

Eine Bitte des Vaterunsers lautet in der alten Übersetzung, welche wörtlich dem Originaltext entspricht: «Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.» Die Übersetzung stimmt auch mit der traditionellen Übersetzung in anderen Sprachen überein. In den 70er Jahren wurde sie folgendermaßen abgeändert: «Vergib uns unsere Beleidigungen/Kränkungen (*ofensas*), wie auch wir denen vergeben, die uns beleidigen/kränken (*ofienden*).» Der Bezug auf die Schuld verschwindet in einem historischen Augenblick, wo er einen realen Einfluß auf das Verhalten hätte bekommen können.

Stellt man in Rechnung, welche Probleme die Abänderung von solchen Texten wie dem Vaterunser, die ein richtiges Ritual darstellen, ohnehin aufwirft, dann überrascht die Schnelligkeit, mit der die Durchsetzung der neuen Übersetzung erreicht wurde. Sie stimmt übrigens mit keiner bisher zu irgendeinem Zeitpunkt bekannten Bibelübersetzung überein. Die katholische Kirche, die protestantischen Kirchen und die Sekten waren sich alle einig in der Übernahme der Neuformulierung.

Die Tatsache dieser Abänderung des Textes belegt das schlechte Gewissen derjenigen, die für eine Bezahlung der Schulden sind und dies der Dritten Welt auferlegen möchten. Wenn man dabei bliebe, weiterhin von der Vergebung der Schulden als der Vorbedingung der Vergebung unserer Schulden gegenüber Gott zu sprechen, so könnte das diejenigen sehr teuer zu stehen kommen, welche die Schulden kassieren möchten. Da ist es doch viel billiger,

die Übersetzung eines Textes abzuändern, und sei es ein heiliger Text. Außerdem entspricht das viel besser einer Welt, in welcher eine solche Schuld auftritt. Denn es ist eine Welt, die alles Heilige dem einfachen Kalkül ihres Gewinns untergeordnet hat und die ihren Kurs nicht wegen des Problems der Übersetzung irgendeines heiligen Textes ändern wird. Es scheint, daß dies selbst den Kirchen klar ist, welche das Manöver ohne jeden Widerstand hinnehmen. Es gibt eine heilige Welt des Kapitals, die haushoch über jeder von ihr unterschiedenen Heiligkeit steht.

Die Bedeutung der beiden Übersetzungen ist klar. Bei der ersten erscheint die Eintreibung der Schuld als nicht gerechtfertigt, und das Schuldnerland muß sich widersetzen. Es muß sich widersetzen, damit es ihm wohlergeht, aber auch das Gläubigerland muß die Schuld erlassen, damit es ihm wohlergeht. Bei der zweiten, der Neufassung, ist tatsächlich alles umgekehrt. Die Schuld muß eingetrieben werden, und der Schuldner hat sie zu bezahlen, auch wenn er stirbt. Und wenn die Schuldner die Gläubiger beleidigen, die bis zum Tod die Schulden kassieren, dann müssen die Gläubiger den Schuldnern diese Beleidigungen verzeihen, sie können aber gleichfalls fortfahren, die Schulden einzustreichen.

Gleichzeitig beansprucht die neue Übersetzung, unpolitisch zu sein. Die traditionelle Übersetzung ist politisch und mischt sich in die Angelegenheiten dieser Welt ein. Beide sind jedoch hochgradig politisch. Was sie unterscheidet, ist einfach die Art und Weise der Politik, zu deren Gunsten sie eintreten. Dies bestätigt aber, daß die Schuld in der Tat einen theologischen Aspekt hat.

Die neue Übersetzung des Vaterunsers bringt eine ganze Auslegungstradition von Sünde und Erlösung zum Verschwinden. Sie erzeugt ein riesiges Vakuum in einem historischen Augenblick, wo diese Tradition in ihrer ganzen Fülle neu verstanden werden könnte. Es handelt sich um die Tradition, in der die Beziehung zu Gott und dem Nächsten in Analogie zum Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner gedacht wird. Der Dreh- und Angelpunkt dieser Analogie ist das Verständnis jeder Schuld als einer in sich unbezahlbaren. Diese Auffassung ist bezeichnend für jede vorkapitalistische Gesellschaft, in der tatsächlich jede Schuld unbezahlbar zu werden und damit den Schuldner selber zu versklaven droht. Des-

wegen ist der typische Schuldner ein Schuldner, der eine unbezahlbare Schuld trägt und daher zu einer Sisyphusarbeit verurteilt ist.

Das Vaterunser fußt auf dieser Analogie zur unbezahlbaren Schuld. Aber es erweitert diese Analogie in zweifacher Hinsicht. Die erste Analogie besteht zwischen dem Schuldner und dem Menschen als Sünder. Die gesamte christliche Tradition betrachtet den Menschen als ein gegenüber Gott verschuldetes Wesen, wobei diese Schuld als unbezahlbar angesehen wird. Der Mensch kann sich nicht aus eigener Kraft von ihr lösen. Keine Anstrengung wird jemals genügen, um sie zu bezahlen. Der Mensch ist völlig von ihr abhängig. Was auch immer er macht, er kann das nicht leisten, was er Gott schuldet. Allein der Erlass dieser Schuld kann ihn retten und erlösen. Schon das Wort *Erlösung* an sich verweist in seiner Bedeutung auf die Befreiung von einer unbezahlbaren Schuld. Jemand anderes hat sich verantwortlich erklärt für die Schuld, die dieser Mensch nicht bezahlen könnte.

Die zweite Analogie bezieht sich auf das Verhältnis des Menschen zu anderen Menschen, die bezüglich seiner eine unbezahlbare Schuld haben. Es geht also um eine unbezahlbare Schuld, die der betreffende Mensch nur zu vergeben braucht, wenn er selber es will. Niemand kann ihn also zwingen, sie zu erlassen. Er muß es selber tun, auch Gott tut es nicht an seiner Stelle. In dieser Hinsicht handelt es sich nicht um eine bloße Analogie. Die unbezahlbare Schuld spiegelt konkret jede Abhängigkeit eines Menschen von anderen, jede Versklavung, jede Ausbeutung und jede Ausnutzung des anderen wider. Alle diese Abhängigkeiten schaffen unbezahlbare Schulden des einen Menschen gegenüber den anderen und erhalten eine konkrete mit unserem täglichen Brot verknüpfte Bedeutung. Dieses Verhältnis der Abhängigkeit eines Menschen von einem andern aber bildet in der Tat wieder eine Analogie zum Verhältnis des Menschen zu Gott.

Das Vaterunser weist den Weg, dem man folgen muß, um die Verstrickung der Sünde aufzulösen. Gott vergibt die unbegleichbare Schuld, die der Mensch ihm gegenüber hat, wenn dieser Mensch bereit ist, die unbezahlbare Schuld zu erlassen, die andere Menschen ihm gegenüber haben. Wenn der Mensch den anderen Menschen Freiheit gewährt, gibt Gott ihm auch die Freiheit ge-

genüber sich selber. Gott befreit von der Sünde, wenn auch der Mensch die übrigen Menschen von jeder Abhängigkeit, Ausbeutung, Sklaverei und jeglicher Schuld befreit.

Jesus Werk der Erlösung ist die Ankündigung dieser von Gott dem Menschen geschenkten Befreiung, auf daß die Menschen einander Freiheit gewähren. Jesus macht die Menschen frei und zeigt so, daß er frei ist von der Sünde. Jesus wird ermordet, weil er die Menschen befreit. Indem er aufersteht, setzt er diese große Freiheit körperlich gegenwärtig, welche die Menschen für sich selber gewinnen können, wenn sie die anderen Menschen frei machen, was sie wiederum dank des Erlösungswerkes Jesu vermögen. Wenn aber der Mensch seinen Mitmenschen nicht Freiheit schenkt, wird er weder die Vergebung Gottes noch die Erlösung durch Jesus erlangen. Es wurde eine große Möglichkeit eröffnet, aber dabei gibt es nichts, was das menschliche Handeln einfach ersetzt hätte. Im Erlösungswerk Jesu kann der Mensch sich und andere befreien, und er ist dazu aufgerufen, dies zu tun, weil Befreiung möglich ist. Gott selbst ist auf seiten dieses befreienden Handelns; sein Wille ist, daß der Mensch es vollbringe. Der Heilige Geist ist in diesem Handeln als Vorwegnahme dessen anwesend, was wir erstreben. Aber der Mensch als solcher ist das Subjekt, welches im Heiligen Geist die Kraft erhält, es zu sein, und von ihm zu einem guten Gelingen geführt wird. Auch wenn demnach jede Befreiungshandlung vorläufig und nicht endgültig ist, so liegt doch in ihr die Möglichkeit beschlossen, daß Gott die Menschheit endgültig in den Zustand der neuen Erde versetzt.

Die Verfälschung des Vaterunsers, der wir heute begegnen, führt dazu, die Spuren dieser Befreiungsbotschaft zu verwischen. Es ist der letzte Akt eines Programms, das sich ab dem 11. Jahrhundert im europäischen Mittelalter als maßgeblich durchgesetzt hat. Ab da wird das Verhältnis des Sünders zu Gott im Zusammenhang des Verhältnisses eines Schuldners zu einer unbezahlbaren Schuld interpretiert. Die Vergebung Gottes ist jedoch nichts anderes als die Kehrseite, welche die Vergebung der Schulden der übrigen Menschen wegen eines erlösten Menschen darstellt. Damit tritt die Gestalt eines Erlösers auf den Plan, der die Bezahlung der Schuld auf seine Rechnung nimmt. Jesus bezahlt die Schuld mit

seinem Blut und löst damit die Schuld ab, die andere gegenüber uns haben. Die Schuld bei Gott ist schon bezahlt. Man kann auch nicht mehr verlangen, die Schulden der anderen bei uns nachzulassen.

Jetzt kehrt sich die Beziehung um. Wir haben Schulden bei den andern, welche wir aber völlig abtragen können, weil Jesus für uns gestorben ist. Wir lassen nicht den anderen ihre Schuld nach, sondern begleichen Jesus eine Schuld, die wir bei den anderen haben. Es ist die Schuld der Pflicht, sie zu bekehren, ihnen unseren Glauben zu vermitteln, sie zu Christen zu machen. Diese Schuld wird bezahlt, indem man gegen die anderen einen Kreuzzug unternimmt, sie von uns abhängig macht und sie ihrer Freiheit beraubt. Weil Gott uns unsere, gegenüber ihm unbezahlbare Schuld vergeben hat, treiben wir nun im Namen Gottes die Schulden der anderen ein. Das Erlösungswerk Jesu tritt nun an die Stelle der Befreiung der übrigen Menschen. Das Schicksal, welches die anderen verdienen, weil sie das Blut Jesu gering geschätzt haben, kann bis zur christlich begründeten Versklavung reichen.

Das Vaterunser sagt aber nicht: «Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir unsere Schuld bei den anderen bezahlen»; sondern: «Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.» Das erste wäre eine autoritäre und auf Unterwerfung abzielende Botschaft: Bezahlt hier, damit man die Schuld nicht drüben von euch einfordert. Bringt die verlangte Leistung, damit ihr nicht dem Zorne Gottes verfallt. Das zweite hingegen ist befreiend: Verlangt nicht von den anderen, daß sie das Verlangte erbringen, damit auch Gott nicht von euch verlangt, daß ihr dies tun müßt. Gewährt Freiheit, weil auch Gott die Menschen frei läßt. Legt den anderen keine Bindungen auf, da auch Gott sie nicht an euch bindet. Beutet die anderen nicht aus, da auch Gott sie nicht zu euren Gunsten ausbeutet.

Das Gesetz und die Autorität fordern Erfüllung und Unterwerfung. Sie legen Lasten auf, die niemand tragen kann, um etwas fordern zu können, was nie erfüllbar ist. Sie verwandeln den anderen in Sisyphus, in einen Unglücklichen, der immer mehr geben muß als er kann. Die Vergebung gegenüber den Schuldner aber wiederholt die Kritik Jesu am Gesetz, welche später dann von

Paulus ausgearbeitet wird. Daß der Mensch frei ist, bedeutet, daß er in seinem tiefsten Wesen an kein Gesetz irgendeiner Autorität gefesselt ist. Augustinus hält immerhin noch diese großartige Freiheitstradition aufrecht, wenn er sagt: *ama et fac, quod vis* (liebe, und dann tue, was du willst). Die Freiheit besteht darin, daß keine Leistungen oder Pflichten eingeklagt werden; sie ist die Verwirklichung einer Gemeinschaft der befriedigten Bedürfnisse. Deswegen vergib den anderen ihre Schuld, und Gott läßt sie frei, indem er ihnen ihre Schulden erläßt. Der Text des Vaterunsers löst alle Autoritäten auf, einschließlich derjenigen Gottes. Gott selbst verzichtet auf den Status der Allmacht, indem er als Gott die ihm vom Menschen zu erbringenden, aber unbezahlbaren Schulden erläßt. Er ist alles in allem.

Die Uminterpretierung der Erlösung hingegen richtet wieder eine Autorität auf. Jesus bezahlt mit seinem Blut die unbezahlbare Schuld bei Gott, damit der Mensch von nun an seine Pflicht erfüllen kann. Jesus bezahlt die Schuld, damit auch der Mensch seinerseits seine Schuld bezahlt. Wenn der Mensch leidet, soll er sich mit dem Leiden Jesu identifizieren, der mit seinem Tod, der ihn bis ans Kreuz führte, eine unbezahlbare Schuld beglich. Die Menschen sollen mit ihm sterben und so ihre unbezahlbare Schuld bezahlen. Dies alles mündet in eine Mystik des Schmerzes. Schließlich ergibt sich daraus: Die unbezahlbaren Schulden werden bezahlt, Gott selber fordert sie ein. Dieses Einfordern der Schuld bezieht sogar das Blut des eigenen Sohnes mit ein, damit so die unbezahlbare Schuld getilgt werden kann. Jesus bezahlt mit seinem Blut, so wie auch wir mit unserem Blut bezahlen werden. Alles wird völlig auf den Kopf gestellt, und aus der Erlösung wird der Verlust der Freiheit. Wer diesen Verlust der Freiheit nicht hinnehmen will, straft das Blut Jesu mit Verachtung. Damit aber gibt es auch keine Vergebung der Schuld. Wer dies trotzdem verlangt, mißachtet wiederum das Blut Jesu.

In dieser Richtung ist der Text des Vaterunsers viel stereotyper geworden. Zudem wird Schuld in der bürgerlichen Gesellschaft nicht automatisch im Sinne einer unbezahlbaren Schuld verstanden. Auf diese Weise geht auch das Gespür für den Sinn solcher Texte verloren. Mit dem Verschuldungsproblem der Dritten Welt

in den 70er Jahren dieses Jahrhunderts bekommen die Texte jedoch wieder ihren Sinn. Wer in unbezahlbare Schulden gerät, der kann sie verstehen, auch wenn alle um ihn herum dazu schweigen.

Um die genannte Art von Rechtgläubigkeit aufrechtzuerhalten, welche übrigens nichts zu tun hat mit dem Glauben, sondern etwas mit dessen Verrat, ist es natürlich nötig, den Text selber zum Verschwinden zu bringen. Die neue Übersetzung meistert diese Aufgabe. Wir verzeihen denen, welche die Schulden nicht bezahlen können, fahren aber fort, sie einzutreiben. Gott will, daß sie bezahlt werden. Wer dies zurückweist, ist ein Sünder. Wir möchten ihm verzeihen, schenken ihm jedoch weiter keine Beachtung. Man verzeiht dem Sünder, geht aber nicht auf seine Vorschläge ein. «Vergib uns unsere Beleidigungen, wie auch wir denen vergeben, die uns beleidigen.» Im Vaterunser ist es eine Beleidigung Gottes, unbezahlbare Schulden einzufordern. Für die Form von Rechtgläubigkeit, die zu der neuen Übersetzung geführt hat, ist es hingegen eine Beleidigung Gottes, die Schuld nicht einzutreiben.

II. Analyse der Verschuldung und Theorie des Kapitals

Die Analyse der Verschuldung setzt voraus, daß man zu ihrer Deutung einen bestimmten theoretischen Rahmen festlegt, durch den die kategorialen Bedingungen für ein Verstehenkönnen geschaffen werden. Wir möchten dies näher erläutern, weil der von uns verwendete theoretische Rahmen von der gegenwärtig in unseren Ländern vorherrschenden Theorie des Kapitals abweicht.

Mit der heute vorherrschenden Theorie des Kapitals meinen wir die neoklassische Theorie in ihren verschiedenen Ausformungen. Wenn man die Absicht hat, diese auf die Analyse der Verschuldung anzuwenden, ergibt sich, daß sie überhaupt nicht über ein angemessenes Instrumentarium verfügt, mit dem man dies tun könnte. Die neoklassische Theorie des Kapitals hat keinen *erklärenden* Charakter, sondern ist eine theoretische *Rechtfertigung* des Kapitals und der sich von ihm ableitenden Zinszahlungen. Sie teilt uns lediglich mit, daß Zinsen gezahlt werden müssen, sei es wegen einer Nutzungsfrist, sei es als Versäumniszuschlag oder als Risiko-

prämie. All dies ist aber für eine wie auch immer aussehende Erklärung völlig unerheblich. Wenn wir die Zinsrate verstehen wollen, sagt uns diese Theorie, daß die Rate von Verknappungen abhängt, womit uns kein Stück weitergeholfen ist. Ob die Zinsrate 5 %, 10 % oder 100 % ausmacht, stellt für eine solche Theorie bloß einen quantitativen Unterschied dar, und aus dem Preis folgt schlicht nur, daß der Käufer ihn zu zahlen hat. Die Theorie unterstellt, daß jeder Zinssatz, der sich in Folge einer Geldverknappung bildet, hinzunehmen ist, ebenso wie jedes beliebige Kapital Zinsen abwerfen kann und muß, damit die Zuteilung von Wirtschaftsgütern zweckmäßig und optimal sein kann. Auf diese Art wird die Diskussion tautologisch. Die empirischen Phänomene hören auf, durchschaubar zu sein. Die fällige Erklärung wird durch eine einfache Rechtfertigung ersetzt.

Daß jedes Kapital Zinsen bringen und jede vom Markt ausgeworfene Zinsrate bezahlt werden muß, erklärt überhaupt nichts, wenn gleich auch solche Meinungen sich mit gelegentlichen Anspielungen auf eine verschwommene optimale Bereitstellung knapper Wirtschaftsmittel rechtfertigen. Uns wird damit weiter nichts mitgeteilt, als daß Kapital und Zinsen wegen einer optimalen Zuweisung von Wirtschaftsgütern gerechtfertigt sind. So ersetzt man im ersten Anlauf eher moralisierend wirkende Rechtfertigungen durch solche, die vernünftig erscheinen. Anstatt etwas zu erklären, schafft die neoklassische Theorie eher ein neues Phänomen, wenn sie mit einer Berufung auf optimale Bereitstellung von Wirtschaftsgütern zu antworten sucht. Trotzdem bleibt dies ihrem Charakter nach ganz einfach eine Rechtfertigung.

Die Erfahrung mit der Krise der Auslandsverschuldung Lateinamerikas im Jahre 1982 bestätigt diese Auffassung. Der neoklassische Ökonom weiß nichts anderes zu sagen, als daß die Schulden gezahlt werden müssen. Das ist eine moralisch löbliche Haltung, aber mehr nicht. Ebenso überraschend jedoch ist die Tatsache, daß die neoklassischen Ökonomen die Krise weder vorausgesehen haben, noch sich von ihrem Eintreten überrascht zeigten. Entsprechend geht die Verschuldungskrise in eine Krise der neoklassischen Kapitalauffassung selber über. Eine ökonomische Theorie soll nämlich nicht nur die empirischen Gegebenheiten rechtferti-

gen, sondern sie auch erklären. Die gerade genannte Theorie hat sich bisher aber noch nicht einmal eine solche Erklärung vorgenommen.

Wenn man die Krise der Verschuldung erklären will, dann setzt dies eine erklärungs-fähige Theorie des Kapitals und der Zinsraten als Preise für das Kapital voraus. Eine solche Theorie fragt nicht nach Rechtfertigungsgründen für das Vorhandensein des Kapitals oder des Preises, den man dafür zahlen muß. Wenn es dem Zweck der Analyse der gegenwärtigen Verschuldungskrise dienlich sein soll, dann müssen wir uns fragen, wie es möglich und machbar ist, daß ein Kapital Zinsen abwirft; ebenso müssen wir fragen nach dem Rahmen, der bestimmte realistische oder auch nur vorstellbare Zinsraten möglich macht. Wir erhalten damit zwei Schlüssel-fragen: 1) Welche Bedingungen ermöglichen die Zahlung einer positiven Zinsrate für ein gegebenes Kapital? 2) Welche Zinsraten läßt der Markt überhaupt zu?

Ein Kapital wirft nur Zinsen ab, wenn dies überhaupt möglich ist, und ein zu zahlender Zinssatz muß auch zahlbar sein. Die neoklassische Theorie stellt solche einleuchtenden Fragen überhaupt nicht. Was nicht möglich ist, das kann man nicht, und das muß man auch nicht. Unmögliches läßt sich nicht rechtfertigen. Damit eine Rechtfertigung irgendeinen Sinn bekommt, muß sie sich auf mögliche Erscheinungen beziehen. Die neoklassische Theorie widmet sich völlig einseitig nur dem Rechtfertigungsaspekt, ohne sich über den Ermöglichungsrahmen der zu rechtfertigenden Phänomene Gedanken gemacht zu haben. Aber gerade diese Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit des Kapitals und der Zinsen, die es einbringt, liegt heute in Lateinamerika als Frage auf der Hand. Die Verschuldungskrise macht deutlich, daß die Auslandsschulden Lateinamerikas alle Grenzen übersteigen und heute unbezahlbar geworden sind. Wenn die Schuld unbezahlbar ist, stellt sich jedoch das Problem des Umgangs damit. Dabei kann eine Theorie wie die neoklassische, die unterstellt, daß alles möglich ist, keinen nützlichen Diskussionsbeitrag leisten.

Deswegen werden wir auf anderen, von der neoklassischen Theorie verschiedenen Wegen versuchen, ein für die Analyse der Verschuldung nötiges theoretisches Hilfsmittel zu gewinnen. Bei

diesen Überlegungen interessieren wir uns ausschließlich für den Zusammenhang zwischen Geldkapital und Zinsrate, wobei wir nicht beabsichtigen, in die Theorie des Kapitals tiefer einzudringen.

1. Kapital und Zinszahlung: einfache Verzinsung und Zinseszins

Kann das Kapital – wir verstehen hier darunter immer das Geldkapital – einen Zins abwerfen, mit welchem Zinssatz auch immer? Um ihre allgemeine Behauptung aufrechterhalten zu können, muß die neoklassische Theorie daran festhalten, daß die Zahlung von Zinsen für ein Kapital unter allen beliebigen Umständen möglich ist.

Aus der Geschichte wissen wir, daß die vorkapitalistischen Gesellschaften eine Zahlung von Zinseszinsen nur ganz am Rande kannten. Als ökonomische Kategorie erscheint der Zinseszins erst im 18. Jahrhundert. Den einzigen vorher auftretenden Fall von Bankeinrichtungen, die auf Geldeinlagen Zinseszins gewähren, haben wir im Frühkapitalismus von Florenz im 15. und 16. Jahrhundert. Es dauert ungefähr 100 Jahre, bis dieses Phänomen wieder verschwindet. Davor gibt es keinen geschichtlich bekannten Fall der Zahlung von Zinseszinsen, der in irgendeiner Weise Ähnlichkeit mit den heutigen Bankgepflogenheiten hätte. Was man von den vorkapitalistischen Gesellschaften kennt, ist der Umstand, daß überall dort, wo man die Geldverwendung eingeführt hatte, einfache Zinsen gezahlt wurden.

Die ersten Autoren auf der Traditionslinie der bürgerlichen Ökonomie, die diesen Tatbestand feststellen, sind Sombart und Schumpeter. Sombart analysiert ihn im Sinne einer geschichtlichen Deutung der Ökonomie, während Schumpeter ihn in seine Theorie eines theoretisch angenommenen dynamischen Zinseszinses aufnimmt. Schumpeter vertritt die Meinung, daß die Zahlung von Zinseszinsen nur in einer dynamischen Wirtschaft auftritt, d. h. konkret erst in der Wirtschaft nach der industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts. Im Anschluß an die historische Schule der Wirtschaftstheorie unterscheidet Schumpeter zwischen einem einfachen Wirtschaftskreislauf und einer dynamischen Wirtschaft. Es

handelt sich um eine ähnliche Unterscheidung wie die, welche die marxistische Theorie zwischen einfacher und erweiterter Reproduktion macht. Entsprechend unterscheidet P. Saffra heute zwischen einer Selbsterhaltungswirtschaft und einer dynamischen Wirtschaft. Das Gleiche taucht auch im neoklassischen Denken mit der Unterscheidung von stagnierender und dynamischer Wirtschaft auf.

Nach Schumpeter ist also die Zahlung von Zinseszinsen ein Produkt der dynamischen Wirtschaft und taucht mit ihr zusammen auf. Bei einem einfachen Wirtschaftskreislauf, der sich auf jede vorkapitalistische Wirtschaftsform bezieht, gibt es keine Zinseszinsen. Die Begründung, die Schumpeter dafür gibt, ist rein empirisch: Man benötigt keine Zinseszinsen, und also tauchen sie auch nicht auf. Schumpeter betont, daß seiner Meinung nach auch beim einfachen Wirtschaftskreislauf Zinseszinsen gezahlt werden können. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß dies vorkommt. Der Tatbestand, daß es geschichtlich nicht vorkommt, hat historische Gründe und entspringt keiner Notwendigkeit. Nur mit Hilfe der Bejahung dieser Möglichkeit gelingt es Schumpeter, einen frontalen Zusammenstoß mit der neoklassischen Ökonomietheorie seiner Zeit zu vermeiden.

Wenn wir in die Diskussion eintreten wollen, müssen wir den Unterschied zwischen der Zahlung einfacher Zinsen und den Zinseszinsen genauer bestimmen. Die einfache Zinszahlung ist eine Zahlung auf eine umfangmäßig genau festgelegte Kreditsumme, für einen festgelegten Zeitraum und einen festgelegten Zinssatz. Wer diesen Kredit aufnimmt, verpflichtet sich, periodisch die anfallenden Zinsen zu bezahlen, einschließlich der Tilgungen, die sich nach der vereinbarten Dauer des Darlehens ergeben. Was diesen Kredittyp von demjenigen mit Zinseszins unterscheidet, ist die Tatsache, daß der Kreditnehmer, der sich verschuldet, sich auf eine fixe Summe verpflichtet. Daher können die von ihm zu zahlenden Zinsen nicht in einen zusätzlichen Kredit umgewandelt werden, von dem wieder neue Zinsen zu erheben wären. Wenn der Kreditgeber sie nicht einzieht, werden die Zinsen nur gehortet, ohne neues Kapital zu bilden. Wenn der Kreditgeber aus den erhaltenen Zinsen einen neuen Kredit machen möchte, muß er

sich jemand anderen suchen, den er dazu bewegen kann, sich mit der gegebenen Zinsrate zu verschulden.

Auch heute bildet die Form der einfachen Zinszahlung den Normalfall. Wenn der Staat sich verschuldet, so macht er dies mit Schatzbriefen, auf die einfache Zinsen gezahlt werden. Der Staat geht eine Verpflichtung für eine bestimmte Summe ein, für die er regelmäßig die fälligen Zinsen zahlt. Aber er bekommt diese Zinsen nicht automatisch wieder als neuen Kredit. Wer die erhaltenen Zinsen nicht einzieht, für den horten sie sich nur, ohne sich in Kapital zu verwandeln. Das gleiche gilt für die von den Unternehmen aufgenommenen Kredite. Es sind Kredite mit einfacher Verzinsung. Das Unternehmen verschuldet sich nur für die Summe der ausgestellten Schuldbriefe. Ebenso ist es mit den Krediten, die uns eine Bank gibt. Es sind Kredite mit einfacher Verzinsung, die wir in Form einer festen Summe zur Durchführung eines Vorhabens erhalten und für die wir die vereinbarten Zinsen zahlen.

Diesen Typ von Zinszahlung kennt jede Gesellschaft, die monetäre Verhältnisse ausgebildet hat. Daher kennt und praktiziert ihn auch jede vorkapitalistische Gesellschaft, in der es solche Verhältnisse gibt. Worüber eine solche Gesellschaft nicht verfügt, ist eine Einrichtung, welche Einlagen mit unbegrenzter Laufzeit und Höhe annimmt und die auf die Geldanlage anfallenden Zinsen als neue Einlagen kapitalisiert. Was hier also fehlt, ist ein Bankinstitut, bei dem Zinseszinsen für die gemachten Einlagen gezahlt werden.

Eine Bank ist demnach eine Einrichtung, die sich dazu verpflichtet, auf die von ihr selbst mit dem zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Zinssatz als Darlehen angenommenen Summen Zinseszinsen zu zahlen, wobei sie unterstellt, daß dieser Zins auf lange Sicht positiv ist. Die Verpflichtung zur Zinseszinszahlung impliziert, daß es keinerlei Beschränkung für die Einlagen gibt, welche die Bank annimmt, wobei unter Einlagen die von der Bank als Darlehen aufgenommenen Beträge verstanden werden. Dies impliziert zugleich, daß Einlagen nicht bis zu einem bestimmten Termin laufen müssen. Die Bank akzeptiert sie zu jedem zukünftigen Zeitpunkt. Auf diese Weise akzeptiert die Bank Einlagen auf unbegrenzte Zeit und in beliebiger Höhe, um sich ihrer als Grund-

lage für die eigene Kreditgebertätigkeit zu bedienen. Die Kredite, welche die Bank gibt, sind jedoch Kredite mit einfacher Verzinsung, fester Laufzeit und in begrenzter Höhe. Diejenigen, die sich bei der Bank Geld leihen, nehmen nicht Einlagen, sondern feste Beträge. Nur die Bankeinlage als solche ist potentiell unbegrenzt, auch wenn in jeder Bankabrechnung immer nur beschränkte und nicht unbegrenzte Summen auftreten. Das Bankinstitut ist ein Kreditnehmer, der dafür lebt, Kredite zu geben. Als Kreditnehmer nimmt sie Einlagen mit unbegrenzter Höhe und Laufzeit an, als Kreditgeber verleiht sie Geld mit einfacher Verzinsung. Ihre Fähigkeit, Zinseszinsen zu bezahlen, ergibt sich daher aus der Tatsache, daß sich das Bankinstitut als Vermittler betätigt, der Kreditnehmer für die einbezahlten Beträge und die von ihnen abgeworfenen Zinsen ausfindig macht. Die Bank kann Zinseszinsen nur aufgrund der Tatsache zahlen, daß sie bei einer positiven Zinsrate Kreditnehmer findet, die in der Lage sind, mit dem Rhythmus des Zinseszinssatzes steigende Beträge zu bezahlen. Wenn sie keinen finden würde, könnte sie auch nicht zahlen.

Die Einlagen der Bank wachsen daher in Form einer Exponentialkurve, deren Anstieg für die Zinsrate maßgeblich ist. Aber sie können dies nur, wenn die Bank in konstanter Weise Kreditnehmer zur Abstützung des exponentiellen Wachstums der Einlagen findet. Zweierlei wird daher benötigt: ein Bedarf an notwendigen neuen Krediten seitens der Kreditnehmer und eine dem exponentiellen Wachstum der Einlagen entsprechende Zahlungsfähigkeit. Also wachsen die Depositen automatisch mit einer exponentiellen Dynamik, und sie können dies tun, wenn der Kreditbedarf der Gesellschaft im gleichen Rhythmus wächst.

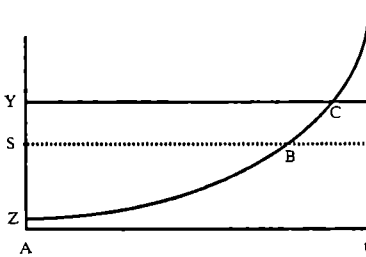
Die vorkapitalistische Gesellschaft kennt keine in diesem Sinne funktionierende Bank. Die ältesten Banken, die auf eine kontinuierliche Zahlung von Zinseszinsen bis heute zurückblicken können, sind im 18. Jahrhundert gegründete englische Bankhäuser. In anderen Ländern gibt es Banken dieses Typs erst seit der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Offensichtlich erscheint mit der industriellen Revolution und der Ausbreitung eines kapitalistischen Weltsystems seit dem 18. Jahrhundert ein Bankenwesen dieser Art. Trotzdem ist der Unterschied zwischen einfacher

Verzinsung und Zinseszins nicht vollständig und einwandfrei klar. Der Zinseszins taucht auf der Grundlage der einfachen Verzinsung auf. Erst das Bankenwesen verwandelt ihn in eine automatische Bewegung mit exponentiellem Wachstum. Andeutungsweise versucht auch schon jeder Kreditgeber in der vorkapitalistischen Gesellschaft, seine Kredite auf Zinseszinsen hin auszuweiten. Daher sucht er neue Kreditnehmer für die Zinsen, welche seine früheren Kredite abgeworfen haben, die mit einfachem Zins vergeben wurden. Die Tatsache aber, daß kein Bankensystem auftaucht, scheint zu bestätigen, daß es in dieser Gesellschaft unüberwindliche Schranken für die Umwandlung der Zahlung einfacher Zinsen in die Zahlung von Zinseszinsen gab. Wir stoßen auf die Frage: Könnte ein Bankinstitut vor der industriellen Revolution existiert haben? Für die neoklassische Kapitaltheorie stellt sich diese Frage nicht. Sie interessiert sich für die wesentlichen Momente der Zinszahlung, aber es fällt ihr nicht ein, nach der wirklichen Zahlung zu fragen. Trotzdem ist dies aber eine Schlüsselfrage der Kapitaltheorie.

Zur Unterstützung unserer Argumentation können wir uns einer verdeutlichenden Grafik bedienen. Nehmen wir den Fall einer stagnierenden Wirtschaft an, in der das Produkt pro Kopf mit der Zeit nicht wächst, sondern stabil bleibt. Um die Argumentation zu erleichtern, gehen wir auch von einer konstanten Bevölkerung aus. Dann wachsen zeitlich weder das Produkt pro Kopf noch das Sozialprodukt. Nehmen wir jetzt bei einer positiven Zinsrate die Existenz eines Bankensystems an, welches Einlagen mit unbegrenzter Höhe und Laufzeit akzeptiert. Wir können leicht nachweisen, daß die beiden Annahmen miteinander unverträglich sind. Jede Einlage wächst langfristig über den Punkt hinaus, wo die Höhe der Zinsen das Sozialprodukt als solches übersteigt. Nun sind aber die Zinsen eine Einnahme, die selber wieder notwendig einen Teil des Sozialproduktes bildet. Ein Teil des Ganzen aber kann niemals größer sein als das Ganze. Daher kann es in einer stagnierenden Wirtschaft keinen Zinseszinsautomatismus geben.

Die Grafik zeigt die zeitliche Entwicklung des Sozialprodukts in Form einer Parallelen zur kategorialen Achse AY. Die durch den

Schaubild 9: Stagnierende Wirtschaft und Zahlung von Zinseszinsen



Y = Sozialprodukt
 S = Subsistenzniveau
 Z = Zinseszins

Punkt S laufende Parallele zur Zeitachse t zerlegt das Sozialprodukt in zwei Anteile. Das Teilstück SY bezeichnet die zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendigen Unterhaltungsmittel (Subsistenz), und das Teilstück AS bezeichnet den Teil des Produkts, der keine Löhne enthält. Wir gehen also von Subsistenzlöhnen aus. Die Exponentialkurve Z bezeichnet den von irgendeinem Anfangskapital erbrachten Zinseszins.

Im Punkt B , bei dem der ganze, mit AS angegebene Anteil des Produkts ohne Löhne für Zinszahlungen aufgebracht werden muß, erreicht die mögliche Zinszahlung ihren Maximalpunkt. Die gezahlten Zinsen können also so lange steigen, bis sie den Punkt B erreichen; in diesem Punkt aber wird der Prozeß unterbrochen. Dies bedeutet, daß das Zinseszins zahlende Bankensystem an dieser Stelle zusammenbricht. Das setzt natürlich voraus, daß das Sozialprodukt durch Produzenten erzeugt wurde, die essen müssen, um leben zu können. Deshalb kann man den Teil des Sozialprodukts, der die Subsistenz garantiert, nicht für Zinszahlungen benutzen, denn sonst würde man das Huhn umbringen, das die goldenen Eier legt. Weil die neoklassische Theorie diese Tatsache vernachlässigt, haben wir den Punkt C hinzugefügt. Dieser gibt das Maximum der Zinseszinszahlung für den Fall an, daß die Erzeuger des Sozialprodukts nur von Luft und Sonne leben. Die ein-

fache Tatsache, daß die Zahlung der Zinseszinsen eine Exponentialkurve darstellt, macht ihre Verträglichkeit mit einer stagnierenden Wirtschaft unmöglich. Damit haben wir die Erklärung des Befundes, daß eine stagnierende vorkapitalistische Ökonomie kein Bankensystem kennt. Ein solches kann nicht vorkommen, weil es das Vorhandensein eines Sozialproduktes voraussetzt, das in der gleichen exponentiellen Form wie die Zinseszinszahlung wächst.

Dieses Ergebnis gilt für jede stagnierende Wirtschaft, ob wir sie nun als einfachen Wirtschaftskreislauf, einfache Reproduktion oder als Selbsterhaltungswirtschaft bezeichnen. Es gilt ebenso für jede positive Zinsrate. Der als Zinseszins gezahlte Zins muß notwendigerweise Null sein, auch wenn der einfache Zins positiv ist. Wo in einer stagnierenden Wirtschaft das Phänomen des Zinseszinses auftaucht, hat dieses zwangsweise nur eine geringe Reichweite, um dann in der Folge wieder auf Null zurückzugehen. Damit gewährt es keinen Raum für die Existenz eines Bankensystems. Wir gehen deshalb mit Schumpeter einig, wenn er das Auftauchen des Zinseszinses mit der Entstehung der dynamischen Wirtschaft erklärt. Wir stimmen aber mit ihm nicht überein, was die Deutung der Nichtexistenz der Zinseszinszahlung in einer stagnierenden Wirtschaft angeht. Wenn es in einer stagnierenden Wirtschaft keine Zinseszinszahlung gibt, dann hängt das nicht von irgendwelchen historischen Ursachen ab, sondern hat einen notwendigen, dieser Wirtschaftsweise selber innewohnenden Grund.

Trotzdem existiert der Automatismus des Zinseszinses in gewisser Form ebenfalls in der vorkapitalistischen Ökonomie, auch wenn diese der Tendenz nach immer statisch ist. Sicherlich gibt es keinen Automatismus einer positiven Zinseszinszahlung. Jedoch existiert diese in einer negativen Form. Es geht dabei um das erstmalige Auftauchen der Zinseszinszahlung in der Geschichte, welche eng mit dem Wucher verbunden ist. Im Falle der Unfähigkeit zur Rückzahlung eines Kredits, der zu einfachen Zinsen geliehen wurde, entsteht ein negativer Automatismus von Zinseszinsen, der sich gegen den Schuldner richtet. Wenn der Schuldner die bezüglich eines Kredits vereinbarten Zinsen nicht zahlen kann, werden diese dem ursprünglichen Kredit zugeschlagen. Für diese erweiterte Kreditsumme erhebt der Kreditgeber wieder die gleiche

Zinsrate. Wenn der Schuldner sich in der Folge als zahlungsunfähig erweist, steigt der Schuldenbetrag gemäß dem vereinbarten Zinssatz in exponentieller Form an.

Unterstellen wir ein Darlehen von 100 Einheiten, das mit einem Zinssatz von 50 % vergeben wird. Es handelt sich dabei um ein Darlehen mit einfacher Verzinsung, und der angenommene Zinssatz von 50 % entspricht wirklich demjenigen, den man in vorkapitalistischen Gesellschaften gewöhnlich forderte. Die historischen Dokumente belegen, daß damals eine Zinsrate von 50 % noch als niedrig angesehen wurde. Es war sehr häufig üblich, Zinsraten von 80 % bis 150 % zu erheben. Ferner sind die Zinssätze insgesamt von Ort zu Ort und von Zeit zu Zeit sehr unterschiedlich. Wenn ein Schuldner die Zinsen nicht bezahlen kann, dann werden die geschuldeten Zinsen dem ursprünglichen Kapital hinzugeschlagen und somit kapitalisiert. Deshalb kommt ein negativer Automatismus von Zinseszins des folgenden Typs zustande: im 1. Jahr ein Betrag von 100, im 2. Jahr 150, im 3. Jahr 225, im 4. Jahr 337, im 5. Jahr 506, im 6. Jahr 760, im 7. Jahr 1140 usw. Nach sieben Jahren haben wir also eine Steigerung um mehr als das Zehnfache.

Dieser Automatismus von Zinseszins ist negativ, denn er stellt keine Zahlung dar, sondern die exponentielle Vermehrung der Zahlungsverpflichtung eines Schuldners, der zahlungsunfähig ist. In dieser negativen Form taucht der Automatismus des Zinseszinses überall in den vorkapitalistischen Gesellschaften auf. Er ist der Haupthebel des Wuchers und erklärt die Vorgehensweise des Wucherers. Insofern der Kreditgeber der vorkapitalistischen Gesellschaft Wucherer ist, verleiht er nicht, damit die Summe wieder gezahlt wird. Es geht vielmehr darum, Kredite abzusetzen, die der Schuldner *nicht* bezahlen kann, damit der Automatismus des Zinseszinses ausgelöst wird. Wenn der Schuldner in Zahlungsunfähigkeit gerät, wird der Kreditgeber/Wucherer zum unumschränkten Herrn über alles, was der Schuldner hat und ist. Er muß nur abwarten, daß die automatisch anwachsende Schuld den Preis dessen übersteigt, was der Schuldner besitzt oder – im Falle der Sklaverei – was er selber, seine Frau und seine Kinder wert sind. Über diesen Punkt hinaus zu warten, würde keinen Sinn haben. Wenn

er es täte, würde die unbezahlbare Schuld ins Unendliche wachsen. Aber er kann es tun, weil sie nicht zahlbar ist. Niemand kann unendlich große Beträge zahlen, aber er kann sie schulden. Dies ist der Grund dafür, warum dieser negative Automatismus nicht in Konflikt mit dem stagnierenden Charakter der Wirtschaft gerät. Weil es sich um unbezahlbare Schulden handelt, die sich niemals tilgen lassen, können sie jede beliebige Höhe erreichen.

Wenn es einmal dahin gekommen ist, daß die unbezahlbare Schuld den Preis von allem, was der Schuldner ist und hat, übersteigt, hört der Kreditgeber/Wucherer auf, an einer weiteren Vermehrung der Schuld interessiert zu sein. Er muß sich nun entscheiden, was er mit dem Schuldner machen will. Es stehen ihm grundsätzlich zwei Möglichkeiten offen. Er kann sich der ganzen Habe des Schuldners bemächtigen und ihn als Sklaven verkaufen. Er kann ihm aber auch seine Produktionsmittel lassen, um sie für sich in Dienst zu nehmen: Der Betreffende muß für alle Zukunft ausschließlich für den Kreditgeber arbeiten, ohne jegliche Aussicht, sich davon wieder befreien zu können, wobei ihm der Kreditgeber nur die unmittelbare Subsistenzgrundlage beläßt.

In beiden Fällen wird der Schuldner zur Sklaverei oder zum Frondienst gezwungen. Es handelt sich dabei nur um die beiden grundsätzlichen Fälle, denn es gibt noch mehr Möglichkeiten. Eine besteht darin, daß man wegen der unbezahlten Schuld in den Kerker geworfen wird. Aber dies nützt nur etwas, wenn der Schuldner Verwandte oder Freunde besitzt, die man mit seiner Einkerkelung erpressen kann, oder wenn man damit andere Schuldner abschrecken will.

Diese negative Form des Zinseszinsautomatismus erklärt, warum die vorkapitalistische Gesellschaft vor der Zinszahlung eine derartige Scheu hat. In ihrem Kontext ist der Zins etwas Teufliches. Außerdem befindet sich in der vorkapitalistischen Gesellschaft und deren eher stagnierenden Wirtschaft jeder Kreditgeber in der Gefahr, ein Wucherer zu werden. Wenn er kein Wucherer ist, dann ist das Geschäft des Geldverleihens eine ziemlich lästige Angelegenheit.

Die normale Wirtschaft benötigt keine Kredite. Die Notwendigkeit von Krediten entsteht in Notsituationen, die für den Wu-

cher eine günstige Gelegenheit bieten. Es wird nach möglichst kurzfristigen Krediten verlangt, was die sehr hohen Zinsraten erklärt. Wenn er kein Wucherer ist, so muß der Geldverleiher sich fast täglich Kunden suchen. Trotz der hohen Zinsraten werden nicht notwendigerweise sehr hohe Gewinne gemacht. Für den Geldverleiher ist es nicht leicht, Kunden für seine Kredite zu finden. Der Wucher ist gerade der Weg, Kredite mit langer Laufzeit und hoher Gewinnspanne abzusetzen. Dann hört er auf, der verächtliche Geldverleiher zu sein, und verwandelt sich statt dessen in den Herrn über alles. Deswegen werden Geldverleiher und Wucherer praktisch identisch. Wer Geld verleiht, strebt nach Wucher.

Um also Front gegen den Wucher zu machen, muß sich die vor-kapitalistische Gesellschaft gegen die Vergabe von Darlehen wenden. Sie verbietet das Erheben von Zinsen, um den Wucher zu unterbinden. Dort wo sie es nicht verbietet, erklärt sie Gnadenjahre oder Jubeljahre, in denen die in Schuldknechtschaft Geratenen daraus befreit werden. Aber in keinem Fall ist es wirklich gelungen, das Phänomen als solches zu vermeiden. In gewissen Fällen hätte man es nur mildern können.

2. Kapital und Zinseszinsen in einer dynamischen Ökonomie mit Wirtschaftswachstum

Die Gründe, die wir aufgeführt haben, um zu erklären, warum es in einer stagnierenden Wirtschaft keine Zahlung von Zinseszinsen als ökonomischer Kategorie geben kann, können uns auch dazu dienen, das Problem der Zinsraten in einer Wirtschaft mit wirtschaftlichem Wachstum zu erklären.

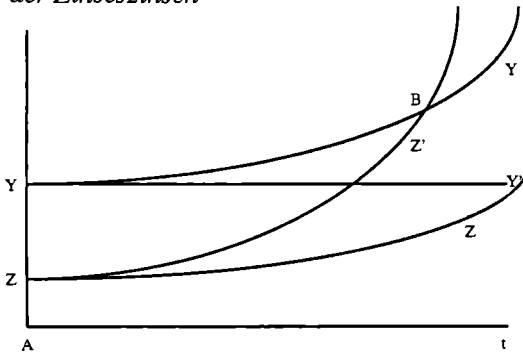
Die Existenz eines Bankensystems, das für Depositen mit unbeschränkter Laufzeit Zinseszins zahlt, ist mit der Wirklichkeit nur verträglich, wenn den exponentiellen Wachstumskurven der Depositen exponentielle Kurven des Wirtschaftswachstums entsprechen. Wenn Depositen und Sozialprodukt sich in einer Wirtschaft in exponentieller Form entwickeln, können beide sich harmonisch entfalten. Es besteht dann auch kein Zwang, daß die Einlagen das Sozialprodukt als obere Grenze überschreiten. Auch langfristig bilden die Zinsen weiterhin selber einen Teil des auszahlbaren So-

zialprodukts, ohne daß sich tendenziell eine Situation herausbildet, in welcher der Teil des Ganzen danach strebt, größer zu werden als das Ganze.

Mit der Situation einer Wachstumswirtschaft ist aber auch nicht jeder Zinssatz verträglich. Wenn nämlich die Zinseszinsrate höher wird als die wirtschaftliche Wachstumsrate, entsteht erneut eine Unvereinbarkeit. Der Automatismus des Zinseszinses erhält eine höhere Geschwindigkeit als das Wirtschaftswachstum, wodurch eine solche Zunahme der Zinsen entsteht, daß nicht einmal das ganze Sozialprodukt ausreichen würde, um langfristig die vom anwachsenden Kapital abgeworfenen Zinsen zu bezahlen.

Mit der folgenden Grafik können wir unsere Argumentation verdeutlichen:

Schaubild 10: Wachstumswirtschaft und Zahlung der Zinseszinsen



- Y = wachsendes Sozialprodukt
- Y' = stagnierendes Sozialprodukt
- Z = Zinseszins mit gleicher Rate wie das Wirtschaftswachstum
- Z' = Zinseszins mit höherer Rate als dem Wirtschaftswachstum

Die Kurve Y, Y verläuft exponentiell und stellt das wachsende Sozialprodukt dar. Die Kurve Z, Z ist ebenfalls eine Exponentialkurve und entspricht dem Wachstum der Zinseszinszahlung für den Fall, wo die Zinsrate der Wachstumsrate gleich ist. Wenn beide Kurven die gleiche Wachstumsbeschleunigung haben, sind Zinsraten und Wirtschaftswachstum miteinander verträglich. Die

Kurven behalten zueinander den gleichen relativen Abstand. Deswegen ist es möglich, diesen Zinssatz langfristig zu bezahlen.

Die Kurve Z, Z' verläuft ebenfalls exponentiell, aber die Zinsrate ist höher als die Wachstumsrate des Sozialprodukts. Daher steigt sie schneller an als jene des Sozialprodukts und erzeugt in der Tendenz Zahlungsverpflichtungen, die höher sind als das Sozialprodukt als solches. Im Punkt B wird daher der Punkt absoluter Zahlungsunfähigkeit erreicht.

Als Anhaltspunkt für einen Vergleich haben wir die Gerade Y, Y' hinzugefügt, welche das Sozialprodukt im Falle einer stagnierenden Wirtschaft ohne Wachstum darstellt. Man sieht, daß erneut beide Kurven für den Zinssatz die Gerade des Sozialproduktes schneiden und daß keine positive Zinsrate mit dem Sozialprodukt in Einklang zu bringen ist.

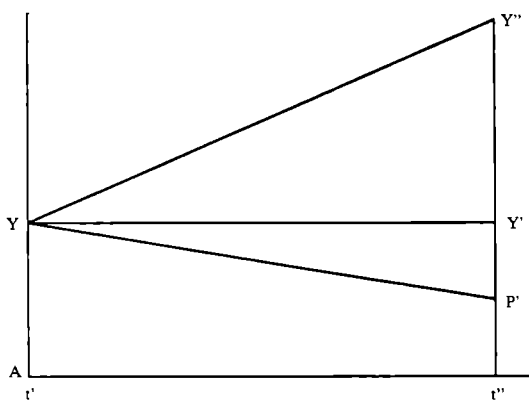
Diese ganze Überlegung enthält eine Vorannahme über das Maß des Sozialeinkommens. Wir unterstellen, daß sich das Sozialeinkommen in gleichem Maße wie das Sozialprodukt bewegt. Wenn das Sozialprodukt um einen bestimmten Prozentsatz wächst, dann wächst auch das Einkommen um den gleichen Satz. Entsprechend arbeiten wir mit der Annahme eines Wirtschaftswachstums bei festen Preisen. Daher können wir das Ergebnis unserer Überlegungen folgendermaßen zusammenfassen: Ist das Maß des Sozialeinkommens über feste Preise bestimmt, dann wird die höchstmögliche Zinsrate, die ein Bankinstitut langfristig zahlen kann, durch die Zuwachsrate des Sozialprodukts angegeben. Bezeichnen wir die Zinsrate mit Z und das Wirtschaftswachstum mit W , so gilt: $Z = W$.

Aber das Sozialeinkommen kann sich auch anders bewegen als das Sozialprodukt. Im Falle der Inflation steigt es schneller als das Produkt, im Falle der Deflation langsamer. Der maximale Realzins bleibt weiterhin wie die Wachstumsrate des Sozialprodukts, aber die maximale Rate des Nominalzinses (der von den Bankinstituten effektiv gezahlte Zins) kann jetzt vom Realzins abweichen. Im Fall der Inflation ist der maximale Nominalzins höher als die Wachstumsrate, im Falle der Deflation niedriger. Betrachtet man die Deflation als negative Inflation, dann ist der maximale Nominalzins gleich dem Betrag der Wachstumsrate des Sozialpro-

dukts vermehrt um den Inflationsanteil, also: Z (nominal) = $W + \text{Inflation}$. Dies gibt die im äußersten Fall noch hinnehmbare Zinsrate an.

Aus der letzten Formel folgt, daß die maximale Rate des Nominalzinses, die ein Bankinstitut langfristig zahlen kann, in dem Falle gleich Null ist, wo das Preisniveau im Rhythmus der Wachstumsrate des Sozialprodukts sinkt. In diesem Fall wirft jeder in Frage kommende Geldbetrag einen der faktischen Wachstumsrate des Sozialproduktes gleichen Zins ab, wobei das Preisniveau mit der gleichen Spanne fällt. Gehortetes Geld würde dann die gleiche Zinsrate bringen wie bei der Bank eingelagertes Geld. Weil das Bankinstitut für die Depositen dann aber überhaupt keinen Nominalzins zahlen könnte, hätte es auch keinerlei Anreiz zu bieten für eine Anlage von Geld auf Banksparkonten. Also könnte es überhaupt kein Bankwesen geben. Wir können auch diese Überlegung noch einmal schematisch verdeutlichen:

Schaubild 11: Sozialprodukte t' und t'' im Vergleich



Y = Sozialeinkommen zum Zeitpunkt t'

Y' = konstantes Sozialeinkommen zum Zeitpunkt t''

Y'' = Sozialeinkommen bei konstanten Preisen zum Zeitpunkt t''

P' = Preisniveau zum Zeitpunkt t'' (Abnahme im Rhythmus der Wachstumsrate des Sozialprodukts)

Nehmen wir an, daß zwischen den beiden Zeitpunkten t' und t'' das Wirtschaftswachstum 100% beträgt, also das Sozialprodukt

zum Zeitpunkt t' doppelt so hoch ist wie bei t . Entsprechend ist das Sozialeinkommen bei konstanten Preisen Y'' zum Zeitpunkt t'' . Mit dem Produkt hat sich auch das Einkommen verdoppelt. Das Schema zeigt ebenfalls den anderen Fall an. P' bezeichnet das Preisniveau zum Zeitpunkt t'' , das auf die Hälfte der Höhe zum Zeitpunkt t abgesunken ist. Dann ist das Sozialeinkommen bei diesem Preisniveau im Zeitpunkt t'' Y' , also gleich dem Sozialeinkommen Y zum Zeitpunkt t .

Im Fall eines konstanten Preisniveaus wächst das Sozialeinkommen im Rhythmus des Sozialprodukts. Umgekehrt bleibt im Fall eines mit dem Rhythmus des Sozialproduktes abnehmenden Preisniveaus das Sozialeinkommen konstant. Wir wählen daher als theoretische Bezugspunkte zur Beschränkung des Prozesses zwei klar umrissene Fälle aus. Der eine Fall ist der eines Sozialeinkommens, das im Rhythmus des Sozialproduktes wächst; der andere Fall ist der eines Wachstums bei konstantem Sozialeinkommen, hierbei wird das Wachstum durch ein sinkendes Preisniveau zum Ausdruck gebracht. Daraus können wir schließen, daß die Existenz eines Bankinstituts unvereinbar ist mit dem Vorhandensein eines Wachstums bei gleichbleibendem Sozialeinkommen. Damit es in einer Wachstumswirtschaft ein Bankinstitut geben kann, muß das Sozialeinkommen mit einer positiven Rate wachsen.

In der Geschichte des Kapitalismus trifft das Wachstum des Sozialprodukts immer zusammen mit dem Wachstum des Sozialeinkommens. Aber es lassen sich genau abgrenzbare Perioden unterscheiden. Bis in die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts wächst das Sozialeinkommen weniger als das Sozialprodukt. Die Tendenz des Preisniveaus ist für dieses Jahrhundert fallend, auch wenn es nicht im gleichen Maße zurückgeht, wie das Produkt steigt. Deswegen ist die maximale Rate des Nominalzinses zwar positiv, aber geringer als die Wachstumsrate. Ab dem 80er Jahrzehnt bis zum Ersten Weltkrieg tendiert das Sozialeinkommen auf ein Wachstum mit der gleichen Rate wie das Sozialprodukt, wobei das Preisniveau stabil ist. Die maximale Rate des Nominalzinses ist der Wachstumsrate gleich. Dagegen tendiert das Sozialeinkommen ab dem Ersten Weltkrieg auf eine schnellere Zunahme als das Sozialpro-

dukt. Die maximale Rate des Nominalzinses ist höher als die Wachstumsrate des Sozialprodukts. Jetzt ist das Wachstum inflationär. Je mehr sich das Bankenwesen entfaltet und je mehr es die gesamte Gesellschaft durchdringt, desto inflationärer wird der Wachstumsprozeß.

All dies weist darauf hin, daß der Inflationsprozeß vornehmlich der Diskrepanz zwischen den von den Bankinstituten gezahlten Zinsen und dem möglichen maximalen Realzins entspringt. Wenn der Nominalzins höher liegt als die Wachstumsrate des Sozialprodukts, taucht von seiten der Banken eine Berechnung von Einnahmen auf, die kein Gegengewicht im Sozialprodukt hat. Der Automatismus des Zinseszinses legt nunmehr im voraus das Wachstum des Sozialeinkommens fest, dem sich die Preise tendenziell anpassen. Der Automatismus des Zinseszinses treibt jetzt, weil die Diskrepanz zwischen Nominalzins und maximalem Realzins ausgeglichen werden muß, die Gesamtwirtschaft in die Inflation.

Es sind nicht die Lohnsteigerungen, welche die Inflation bewirken, sondern die hauseigene Politik des Bankensystems macht die Inflation notwendig, um seine irrationale Zinspolitik an die reale Situation des Wachstums des Sozialprodukts anzupassen. Die Inflation entsteht auch nicht durch die Vergrößerung der umlaufenden Geldmenge, sondern durch eine Zinspolitik, welche die objektiven Bedingungen der Zinsrate vernachlässigt. Die Goldene Regel besteht nicht darin, die Zunahme des Geldumlaufs der Wachstumsrate anzupassen, sondern darin, die Zinsrate der Wachstumsrate anzugleichen. Das ist die Bedingung, damit auch der Geldumlauf sich auf Zuwachsraten beschränkt, die mit der Stabilität verträglich sind. Im Falle der Inflation bedeutet dies, daß die Zinsrate viel zu hoch gewesen ist und daß sie deshalb auf eine Größe zurückgenommen werden muß, die den Betrag der Wachstumsrate und der Inflationsrate unterschreitet. Deswegen muß angesichts der Inflation die Realzinsrate kleiner sein als die Wachstumsrate.

Aber die Inflation ist nicht das einzige Mittel des Ausgleichs für die Zinsrate. Wo der Ausgleich mit Hilfe der Inflation nicht bewerkstelligt werden kann, beginnt der Anteil der Zinsen am Sozialeinkommen in exponentieller Weise zu steigen. So geraten stets

Wirtschaftssektoren in Zahlungsunfähigkeit, und für diese Sektoren beginnt dann die negative Form des Zinseszinsautomatismus zu funktionieren. Die nicht gezahlte Schuld vergrößert sich durch die Kapitalisierung nicht realisierter Zahlungen, und das Bankensystem bedient neue Kredite auf der Grundlage von Aktiven, die aber Zahlungsunfähigkeiten statt Zahlungsfähigkeiten verkörpern. Je mehr Schuldner ohne Zahlung verbleiben, wobei ihre Schulden, die sie nicht beheben können, kapitalisiert werden, desto mehr Aktiven hat die Bank, und desto mehr Kredite kann sie geben. Es setzt eine ungehemmte Welle von Krediten ein, die nur durch Bankenzusammenbruch und Finanzkrise ein Ende finden kann. Das auf der Zahlungsunfähigkeit errichtete Kreditgebäude erweist sich als fiktiv.

Die Auslandsschuld Lateinamerikas stellt einen Fall dieses Typs fiktiver Schuld dar, und ihr größter Teil besteht schlicht aus einer Kapitalisierung von Zahlungsunfähigkeit. Beträge, die heute nicht gezahlt werden können, werden kapitalisiert, indem sie morgen zu zahlen sind. Aber dabei entsteht eine Zahlungsverpflichtung für morgen, welche noch größer ist als die, der heute nachzukommen schon unmöglich war (wobei diese Verpflichtung bis in alle Zukunft mit Raten, die höher sind als das Wirtschaftswachstum, exponentiell ansteigt). Was aber schon heute unbezahlbar war, wird es morgen noch viel mehr sein. Trotzdem erscheint diese Zahlungsunfähigkeit in den Aktiven der Bank als zukünftige Zahlung und Basis für neue Kredite.

Wie schon in der vorkapitalistischen Gesellschaft so ist auch hier die negative Form des Zinseszinsautomatismus das Werkzeug schlechthin des Wuchers. Gegenüber Produzenten, denen dieses Mißgeschick heute zustößt, führt dies normalerweise zu deren völliger Enteignung. Da es keine Sklaverei mehr gibt, können im Rahmen unserer heutigen Gesellschaften unbezahlte Schulden nur vom Besitz des Schuldners und nicht durch Fronddienst eingezogen werden. Trotzdem herrscht in den internationalen Beziehungen ein völlig roher Kapitalismus. Im Falle der Verschuldung Lateinamerikas aber geht es nicht um Einzelschuldner, sondern um ganze Gesellschaften, die Schuldner sind. Die Weltbank hat sich ebenfalls davon überzeugt und zwingt, unterstützt durch den

IWF, die Staaten dazu, für die einzelnen Schulden zu bürgen. Auf diesem Weg wird etwas möglich gemacht, was bei einer normalen Geschäftsbeziehung zwischen Bankinstitut und Schuldner heute unmöglich ist: die Schuldknechtschaft ganzer Gesellschaften für alle zukünftigen Zeiten.

Der Wucher kehrt mit seinen unmenschlichsten und abstoßendsten Zügen wieder. Auf diese Weise wurde etwas ausgeschlossen, was in der modernen Gesellschaft die Last der Schuld milderte: der Bankrott. Die Schuld Lateinamerikas kann nicht abgeschüttelt werden, auch wenn sie unbezahlbar ist. Sie hört nie auf, und die Kindeskinde der heute Lebenden werden die Verpflichtung haben, sie zu bezahlen. Weil sie dies nicht können, sind sie zur Sisypusarbeit verdammt und müssen sie immer mit sich schleppen.

Die von den lateinamerikanischen Staaten übernommene Bürgschaft für die Auslandsschulden und der Verzicht auf die Erklärung eines Staatsbankrotts stellen nicht nur eine staatliche Stützung des internationalen Bankensystems in einem unerhörten Ausmaß dar – bewerkstelligt durch Gruppen von Ökonomen und Politikern, die sich in verlogener Weise für antiinterventionistisch und antietatistisch halten. Mehr noch, es geht zugleich um den Verkauf der Völker Lateinamerikas in die Sklaverei.

Auch wenn mit einem beständigen Wirtschaftswachstum die Einsetzung einer positiven Form des Zinseszinsautomatismus möglich gemacht wird, so verschwindet deswegen noch nicht dessen unselige negative Form, die der Automatismus annimmt, wenn er auf einen zahlungsunfähigen Schuldner trifft. Ein zentraler Grund für sein Auftauchen in einer dynamischen Wirtschaft ist genau die Tendenz des Realzinses, die wirtschaftliche Wachstumsrate zu übersteigen.

3. Die neoklassische Kapitaltheorie und ihre Auffassung vom Zins

Die neoklassische Kapitaltheorie untersucht das Zinsproblem, ohne sich im geringsten auf eine Analyse der Mechanismen einzulassen, aufgrund derer Zinsen gezahlt und genommen werden. Sie sucht nach einem Wesen des Zinses, über die Beschäftigung mit

den wirklich anfallenden Zinsen des alltäglichen Wirtschaftslebens hinaus. Daher macht sie aus der Beziehung Kapital – Zins eine Tautologie und verwandelt sich selbst in ein einfaches Rechtfertigungsdenken, das sich an die Stelle einer notwendigen Erklärung setzt.

Dies alles fängt mit dem folgenden Problem an: Die Theorie trägt der schlichten Tatsache nicht Rechnung, daß jede beliebige Zinszahlung eine Zahlung für eingenommenes Geld ist und daher nie größer sein kann als die Einnahme insgesamt. Auch kann nicht die ganze Einnahme wieder als Zins ausbezahlt werden, sondern nur ein Teil davon. Daraus schlußfolgern wir, daß es keine größere Abweichung zwischen dem wirklich gezahlten Zins und der wirtschaftlichen Wachstumsrate geben kann.

Wenn man die Beziehung zwischen Kapital und Zinsen ohne Berücksichtigung der Art und Weise analysiert, wie die Zinszahlung erfolgt, dann heißt das nichts anderes, als sich über bloße Wesensbestimmungen auszulassen. Zu sagen, daß das Wesen der Zinsen in der Bezahlung einer Frist, einer Abtretung oder eines Risikos liegt, wäre ähnlich wie zu sagen, daß das Wesen des Regens im Zorn der Götter liegt. Die Behauptung, daß der Zins ein Preis für die Verknappung sei, ist nicht mehr als ein Pleonasmus. Es ist eine billige Psychologisierung zu sagen, daß wir aus der Entfernung alles perspektivisch sehen und daher der Wert der Dinge desto geringer ist, je weiter entfernt wir zeitlich von ihnen sind. Keine dieser Behauptungen besitzt auch nur den geringsten Erklärungsgehalt. Immer handelt es sich um Überlegungen zur Rechtfertigung der Zinszahlung statt um deren Erklärung.

Hinter all diesen Rechtfertigungsformen des Zinses, die sich als Erklärungen ausgeben, steckt eine Substanzialisierung des Geldkapitals, die dieses als die Quelle aller Dinge erscheinen läßt, welche nichts zu tun hat mit dem Produktionsprozeß des Sozialprodukts. Die neoklassische Theorie begreift das Geldkapital als einen Baum, der aus sich heraus Frucht bringt. Davon nährt sich der Produktionsprozeß, wie er sich auch von der Natur nährt. Die Natur liefert den Weizen, das Geldkapital erzeugt Reichtümer und der Produktionsprozeß vereint beides. Das Kapital verwandelt sich so in eine zweite Natur. Was das bedeutet, können wir uns

klar machen anhand eines Zitates von einem Autor, der keineswegs zum Umfeld der neoklassischen Ökonomie gehört, um im Anschluß daran zu sehen, wie die neoklassischen Autoren genau diese Tradition aufgreifen. Das Zitat stammt von Richard Price aus dem Jahre 1772: «Geld, das Zinseszins trägt, wächst anfangs langsam; da aber die Rate des Wachstums sich fortwährend beschleunigt, wird sie nach einiger Zeit so rasch, daß sie jeder Einbildung spottet. Ein Penny, ausgeliehen bei der Geburt unseres Erlösers auf Zinseszinsen zu 5 % würde schon jetzt zu einer größeren Summe herangewachsen sein, als enthalten wäre in 150 Millionen Erden, alle von gediegnem Gold. Aber ausgelegt auf einfache Zinsen, würde er in derselben Zeit nur angewachsen sein auf 7 sh. 4 d.» (Zitiert nach MEW 25, 408)

Price entfaltet das reine Wesen des Zins und übergeht die Untersuchung des Vorgangs der Zinszahlung. Es hat den Anschein, als ob man das, was Zinsen bringt, gar nicht vorher produzieren muß. Der Zins erscheint an sich, schwebt in der Luft und wir brauchen nur seine Ergebnisse auf den Boden herunterzuholen. Damit aber Price recht behielte, müßte heute das Sozialprodukt sehr viel größer sein als die 5 % von diesen 150 Millionen Erden aus gediegenem Gold, d. h. es müßte größer sein als die Produktion von 7,5 Millionen Erden aus gediegenem Gold jährlich. Eine Bank, die bei der Geburt Christi in die Zahlung von 5 % Zinseszins auf einen Penny eingewilligt hätte, würde daher ganz einfach Bankrott gemacht haben. Der Zins schafft nicht das Produkt, sondern vom hergestellten Produkt wird der Zins bezahlt. Wenn es daher umgekehrt seit dem Augenblick der Geburt Christi ein akkumulatives Wachstum von 5 % gegeben haben würde, hätten auch die 5 % Zinseszins gezahlt werden können. Aber bezüglich des heutigen Sozialprodukts würde ein Penny nicht mehr sein als ein Penny. Eine Erde aus Gold aber würde es niemals geben, weil es wahrscheinlich im ganzen Universum gar nicht soviel Gold gibt.

Wir begegnen hier einem Beispiel völliger Naivität gegenüber dem Produktionsprozeß, welche Phantastereien ohne jede empirische Grundlage hervorbringt. Man macht eine mathematische Übung, um sie dann der Realität aufzuzwingen, wobei ihr ein goldener Anstrich verliehen wird. Wenn man solche Phantastereien

im Kopf hat, dann kann man nichts von den wirklichen Prozessen des Kapitals begreifen. Es resultieren reine Rechtfertigungen. Trotzdem liegt eine solche naive Sicht der Dinge auch der neoklassischen Theorie zugrunde, selbst wenn diese die Argumentation abändert.

Price hatte mit einer sehr einfachen Formel gerechnet, welche lautet: $X(t) = C(1+Z)^t$, d. h. der Wert eines ursprünglichen Kapitals C beträgt zum Zeitpunkt t $X(t)$, wenn auf das Kapital ein Zinsseszins mit dem Zinssatz Z Anwendung findet. In der gegenwärtigen Theorie wird die Formel umgestellt. Nur selten spricht man vom Wert $X(t)$, der nach einer Periode t erreicht wird, sondern man berechnet umgekehrt den gegenwärtigen Wert Wg von $X(t)$ und schreibt also: $C = Wg = \frac{X(t)}{(1+Z)^t}$ (Hierzu vgl. Richard G. Lipsey, *Introducción a la Economía Positiva*, Ed. Vicens-Vives, Barcelona 1983, 444.) Es ist immer die gleiche Formel, denn die eine Form enthält die andere. Wenn man jedoch den gegenwärtigen Wert von $X(t)$ berechnet, dann wird das absurde Verwirrspiel von Price nicht so deutlich, auch wenn es völlig dabei bleibt. Etwas offensichtlich Absurdes verbirgt sich durch eine einfache Umstellung einer mathematischen Formel. Aber in Wirklichkeit hat sich nichts geändert. Der augenscheinliche Wechsel der Argumentation entpuppt sich als simpler Trick. Aber häufig wird sogar die gleiche Formulierung wie bei Price beibehalten, und man landet bei den gleichen Absurditäten. So sagt beispielsweise Samuelson: «Bei 6% Zinsseszins verdoppelt sich ein Kapital alle 12 Jahre. Man kann ausrechnen, daß die 24 Dollar, welche die Indios beim Verkauf der Insel Manhattan erhielten, auf der dann New York erbaut wurde, heute, wenn man sie mit Zinsseszins angelegt hätte, mindestens einen Betrag erreicht hätten, der dem Wert des derzeitigen Grundeigentums auf dieser Insel entspräche.» (Paul A. Samuelson, *Curso de Economía Moderna*, Madrid 1965, S. 28, Fn. 1)

Auch Samuelson entfällt völlig, daß sich ein Kapital langfristig nur verdoppeln kann, wenn sich das Sozialprodukt ebenfalls verdoppelt. Entsprechend glaubt er, daß Kapitalien unabhängig vom Sozialprodukt wachsen können. Er verwechselt also eine einfache mathematische Übung mit der gegebenen Wirklichkeit. Die Menschheitsgeschichte kennt keine langen Perioden, in denen ein

realer Zins von 6 % gezahlt wurde. Im allgemeinen kündigt sich eine Krise des Kreditwesens an, wenn der Zinssatz solche Höhen erreicht.

Es gibt verschiedene Irrtümer in diesem Beispiel, und alle offenbaren die totale Geringschätzung der gegebenen Wirklichkeit durch Samuelson. Zum ersten werden die Indianer, wenn sie Manhattan verkaufen, nicht nur 24 Dollar erhalten, sondern dazu noch eine Flasche Whisky. Diese Flasche werden sie bekommen, bevor sie die 24 Dollar erhalten, und ohne den Whisky würden sie in den Verkauf nicht eingewilligt haben. Wenn Samuelson ein Gespür für die Wirklichkeit hätte, würde er den Whisky erwähnen und ihn in die Rechnung mit aufnehmen. Zum zweiten gab es in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, als Manhattan verkauft wurde, in der ganzen Welt keine Bank, die Zinseszinsen zahlte. Noch nicht einmal für 1 Prozent hätten die Indios ihr Geld anlegen können. Aber auch danach wurde nicht soviel gezahlt. Wenn wir unterstellen, daß zwischen dem 18. und dem 20. Jahrhundert das Sozialprodukt in den kapitalistischen Ländern des Zentrums auf das Zehnfache gestiegen ist, dann können wir ausrechnen, daß heute die 24 Dollar mit realem Zinseszins bei einigem Glück um die 300 Dollar an Wert erreicht hätten. Nicht einmal einen Quadratcentimeter von Manhattan könnte man dafür kaufen! Zum dritten äußert Samuelson solchen Unsinn nur, weil er Rechtfertigungen statt Erklärungen sucht. Er möchte den Kauf von Manhattan rechtfertigen, und dabei erweist ihm das aus phantasiemäßigen Zinseszinsen erbaute Luftschloß gute Dienste.

Es ist offensichtlich, daß man mit einer derartigen Kapitaltheorie gar nichts von der aktuellen Krise des internationalen Finanzsystems begreifen kann. Niemand ist denn überrascht, daß die neoklassischen Theoretiker über sie nichts zu sagen haben. Da sie nur in Rechnung stellen, was sie als das Wesen von Kapital und Zinsen ansehen, waren sie nicht einmal im Jahre 1981 in der Lage, die Verschuldungskrise vorzusehen, obwohl sie damals schon offensichtlich war. Nachdem die Krise nun ausgebrochen ist, haben sie weder zu ihrer Erklärung noch zu ihrer Überwindung etwas beizutragen. Mit dieser phantasmagorischen Kapitaltheorie bleibt jede Aussage über mögliche Schritte zur Überwindung der Krise

unglaublich kurzsichtig, während eine von solchen Denkschemata beeinflusste Politik Millionen unschuldiger Menschen umbringt. Diese Kapitaltheorie ist ebenso katastrophal wie das internationale Finanzsystem mit seinen Schuldeneintreibungen. Die Verschuldungskrise ist nicht nur eine Krise des Finanzsystems, sondern auch eine Krise der ganzen neoklassischen Kapitaltheorie, ohne die man rechtzeitig die heraufziehende Krise hätte aufzeigen können.

III. Die Außenhandelsbilanz und einige Gründe für das Auftreten einer Auslandsverschuldung

Die Außenhandelsbilanz gibt für verschiedene Länder das Verhältnis zwischen ausgeführten und eingeführten Gütern an, wobei in den entsprechenden Wertangaben Transport- und Versicherungskosten einbegriffen sind. Um eine doppelte Buchung auszuschließen, werden diese Kosten nur einmal einbezogen; so werden z. B. die Importe zu CIF-Preisen berechnet (CIF: *coste, seguro y flete*; Preis, Versicherung und Fracht) und die Exporte zu FOB-Preisen (FOB: *franco abordo*; frei ab Schiff) bzw. die Transportkosten in einer eigenen Rubrik aufgeführt.

Die Erstellung einer Außenhandelsbilanz setzt die Beteiligung verschiedener Länder, also mindestens von zweien, voraus. Wenn der Welthandel sich innerhalb eines einzigen Landes, eines Weltstaates, abspielen würde, gäbe es keinen Außenhandel, und entsprechend könnte man auch keine Außenhandelsbilanz erstellen, denn jeder Handel wäre damit Binnenhandel. Wenn wir von der Annahme der Existenz eines einzigen Landes ohne Außenhandel ausgehen, können wir Bilanzen für den Binnenhandel aufstellen, indem wir verschiedene Regionen gegeneinander abgrenzen. Der Binnenhandel ist nun ein zwischenregionaler Handel, und die verschiedenen Regionen sind durch Handelsbilanzen miteinander verknüpft. Wenn wir jetzt diese Regionen zu unabhängigen Staaten erklären, erhalten wir ein System internationaler Arbeitsteilung, das von einem entsprechenden internationalen Handel begleitet und auf verschiedene Staaten verteilt ist. Damit tauchen auch Außenhandelsbilanzen auf. Es ergibt sich somit, daß der Außenhandel nur ein Spezialfall des Binnenhandels ist.

Vom Standpunkt des Weltwirtschaftssystems aus ist jeder Handel Binnenhandel, auch wenn er sich wegen der Staatsgrenzen in verschiedenen Regionen abspielt. Als Außenhandel buchen wir jeden Handel, der die Staatsgrenzen überschreitet, aber weltwirtschaftlich gesehen handelt es sich immer um einen durch politische Grenzen regionalisierten Binnenhandel, dessen Ausmaß durch die Außenhandelsbilanzen zum Ausdruck gebracht wird.

Wir sind nicht gezwungen, nur die einzelnen Länder zu betrachten. Es können auch die Außenhandelsbeziehungen verschiedener Länder zusammengenommen werden, so daß die Beziehungen zwischen diesen aus verschiedenen Ländern zusammengesetzten Regionen wieder als solche untersucht werden können. Trotzdem ist die regionale Bilanz niemals nur die einfache Summe der subregionalen oder staatlichen Bilanzen. Um – ausgehend von Länderbilanzen oder subregionalen Bilanzen – die regionale Bilanz zu erstellen, muß man den Handel innerhalb der Region ausklammern und eine Bilanz für die Region erstellen, die nur den internationalen Handel nach außen verbucht. Vom Standpunkt der Region aus gilt der Handel zwischen Unterregionen als Binnenhandel, auch wenn er ein Handel zwischen verschiedenen Ländern ist und aus der Perspektive jedes einzelnen Landes daher als internationaler Handel erscheint. CEPAL berechnet seine regionalen Handelsbilanzen für Lateinamerika mittels einfacher Addition, was dazu führt, daß sie notwendigerweise übertrieben sind. Die Bilanzen behalten nur deswegen einen Nutzen, weil in der Mehrheit der Fälle der innerregionale Handel in Lateinamerika eingeschränkt ist. Wenn man z. B. für eine regionale Bilanz von Europa eine solche Rechnungsart verwenden würde, wäre diese völlig unbrauchbar.

Aus dem Vorherigen folgt, daß Handelsbilanzen in ihrer Gesamtheit stimmig sein müssen. Dies impliziert, daß in der Gesamtheit der Handelsbilanzen die Summe der Positivsalden notwendigerweise der Summe der Negativsalden gleich sein muß, wobei die Salden mit ihren Absolutbeträgen gerechnet werden. Dies wird unmittelbar einsichtig, wenn wir uns vorstellen, daß die Weltwirtschaft nur auf zwei Länder verteilt ist. Der Positivsaldo des einen ist der Negativsaldo des anderen. Für eine größere Anzahl von

Ländern gilt dasselbe: Wenn es bei einem Land einen Positivsaldo gibt, bedeutet dies einen Negativsaldo für ein anderes. Wenn kein Land weder einen Positivsaldo noch einen Negativsaldo aufweist, dann ist der Außenhandel für alle ausgeglichen. Im Falle einer positiven Handelsbilanz können wir von einem Abgang realer Überschüsse des Landes sprechen, im Falle einer negativen Handelsbilanz entsprechend von einem Zugang realer Überschüsse. Jedoch nicht alle abgehenden oder eingehenden Überschüsse fallen bei der Handelsbilanz ins Gewicht. Auch der Wechsel der *Terms of Trade* kann einem Transfer realer Überschüsse entsprechen. Die realen Überschüsse, die gemäß dem Saldo der Handelsbilanz transferiert worden sind, nennen wir Handelsüberschüsse. Abgang oder Zugang von Handelsüberschüssen müssen nicht notwendig eine positive oder negative Bedeutung haben. Ihre wirtschaftliche Bedeutung hängt völlig von den Gründen ab, die den Abgang oder Zugang der Handelsüberschüsse erklären.

1. Kapitalbewegungen bei ausgeglichener Handelsbilanz

Wenn alle Handelsbilanzen ausgeglichen sind, gibt es keine Abgänge oder Zugänge von Handelsüberschüssen. Es kann dann aber auch keine Zahlungen geben, welche den Transfer von Handelsüberschüssen beinhalten, mit Ausnahme der Zahlungen für Importe und Exporte. Auch keine Zahlung für Kapital oder Dienstleistungen ist durch die Handelsbilanz zu ermöglichen. Wenn in diesem Bereich Zahlungsverpflichtungen bestehen, können sie nur verrechnet werden. Positivsalden und Negativsalden dieser Zahlungen sind hinsichtlich des Saldos der Handelsbilanz, wenn diese ausgeglichen bleiben soll, nicht zahlbar. In diesem Fall würde auch ein Kapitaltransfer rein formal sein und hätte keinerlei Einfluß auf die Güterströme. Die Nicht-Zahlung führt daher zu einer Vermehrung der Schulden, ohne daß ein realer Einfluß auf die Wirtschaft stattfände.

Wir könnten dies anhand eines einfachen Modells aufzeigen. Nehmen wir eine Weltwirtschaft mit nur zwei Ländern an, Land A und Land B, zwischen denen eine ausgeglichene Handelsbilanz herrscht. Unterstellen wir darüber hinaus, daß es zwischen ihnen

keine Kredite, keine ausländischen Direktinvestitionen und auch keine indirekten Verbindlichkeiten (wie Gebühren für Patente und Markenzeichen usw.) gibt. Wir können nun voraussetzen, daß sich solche Relationen im Anschluß an eine Direktinvestition von B in A einstellen. Diese Investition setzt keine Überlassung von Überschüssen voraus. Ein Bürger von A verkauft einem Bürger von B ein Unternehmen und erhält dafür eine Zahlung in der Währung von B, um sie in B zu verwenden. Ein Unternehmen des Landes A verwandelt sich somit in eine ausländische Direktinvestition von B, ohne daß es einen vorherigen Fluß von Überschüssen zwischen A und B gegeben hätte. Der gleiche Fall würde eintreten, wenn der Bürger von B in A einen Kredit in der Währung von A aufnähme, um ein Unternehmen in A zu kaufen. Auch so würde eine ausländische Direktinvestition von B in A entstehen, ohne daß diese über einen vorausgehenden Transfer von Überschüssen gelaufen wäre. Durch die ausländische Direktinvestition erscheint jetzt in der Zahlungsbilanz des Landes A eine Direktinvestition mit positivem Vorzeichen und beim Land B eine mit negativem Vorzeichen. Ebenfalls tauchen nun in der Kontokorrentbilanz von der Direktinvestition abgeleitete Einkünfte mit negativem Vorzeichen in A und mit positivem Vorzeichen in B auf. Wenn jedoch der Bürger von B die Einkünfte aus seiner Auslandsdirektinvestition im Lande A verausgabt, so sind diese Vorgänge nur von juristischer Bedeutung, aber ohne wirtschaftliche Konsequenz. Die Handelsbilanz kann weiter ausgeglichen und ohne Transfer von Überschüssen bleiben.

Dies ändert sich plötzlich, wenn der Bürger aus B verlangt, daß ihm seine Einkünfte in der Währung des Landes B ausgezahlt werden, damit er sie in B ausgeben kann. Nun gibt es nur zwei Möglichkeiten:

- 1) Das Land A transferiert die Gewinne in das Land B. In diesem Fall muß die Handelsbilanz von A einen positiven Saldo und entsprechend die von B einen negativen Saldo aufweisen, damit der Transfer möglich ist. Es handelt sich dann um den Transfer eines Überschusses, der den Einkünften gleich ist. Der Bürger von B kann nun über seinen aus dem Land A abgezogenen Gewinn verfügen und ihn in der Währung von B in B ausgeben.

2) Das Land A transferiert die Gewinne nicht als Überschüsse nach B, sondern finanziert den Transfer durch internationale Anleihen im Land B. In diesem Fall gibt es keinen Transfer von Überschüssen parallel zum Transfer der Gewinne, und die Zahlungsbilanz kann weiter ausgeglichen bleiben. Trotzdem taucht jetzt eine Auslandsschuld des Landes A bezüglich des Landes B auf. Während die Handelsbilanz ausgeglichen ohne Transfer von Überschüssen bleibt, erzeugt aber der Fluß von Einkünften eine Auslandsschuld in exponentieller Form. Jedes Jahr müssen Kredite aufgenommen werden in Höhe der durch die direkte Auslandsinvestition erbrachten Einkünfte, vermehrt um einen weiteren Kredit zur Bezahlung der auf die früheren Kredite angefallenen Zinsen und Zinseszinsen. Das Land A verschuldet sich stufenweise gegenüber dem Land B. Wenn dies so bleibt, entstehen zwar noch keine wirtschaftlichen Folgen für die Gegenwart, wiewohl die Zukunft belastet wird. Theoretisch könnte es jedoch immer so weitergehen, weil die Schuld, wenn sie nicht eintreibbar ist, nur verbucht wird. So kann sie jede beliebige Höhe erreichen. Wenn jedoch plötzlich das Land B den Transfer der den Schulden entsprechenden Zahlungen verlangt, dann kann dies nur mittels der Mechanismen der Handelsbilanz geregelt werden. Die Möglichkeit der Schuldzahlung hängt nun von dem durch die exponentielle Zunahme der Schuld erreichten Ausmaß, dem Zinssatz, dem absoluten Umfang des Exports von Land A nach Land B und der Möglichkeit der Importeinschränkung ab.

Unsere Überlegung zeigt, daß ohne irgendeinen Transfer von Mehrbeträgen eine ausländische Direktinvestition als Auslandsverschuldung von beliebiger Höhe auftauchen kann.

Halten wir immer noch die Unterstellung einer ausgeglichenen Handelsbilanz aufrecht. In dem Fall, daß es wechselseitige Investitionen und Kredite gibt, werden die Transferierungen von Gewinnen und Zinsen miteinander verrechnet. Wenn auch das Land A direkte Auslandsinvestitionen im Land B tätigt, aus denen sich Einkünfte ergeben, die denen von Land B in A gleich sind, dann können die Einkünfte von B in A verbraucht werden in B und die von A in B entsprechend in A, ohne daß eine Unausgeglichenheit auftritt. Die Handelsbilanz bleibt ohne Probleme ausgeglichen,

und es gibt weder heute noch zukünftig einen Transfer von Mehrbeträgen. Das Gleiche gilt für die Schulden. Wenn A in B genauso viele Schulden hat wie B in A und auch die Zinsen gleich sind, kann man sie gegeneinander verrechnen, ohne daß Exponentialkurven erzeugt werden. Wenn jedoch plötzliche Unterschiede auftreten und die Verrechnung der zu überweisenden Einkünfte und Zinsen einen positiven (bzw. negativen) Saldo annimmt, entsteht das Problem des Transfers von Handelsüberschüssen. Diese Salden aber können erneut nur über die Handelsbilanz beglichen werden.

Alles, was hier für zwei Länder durchgespielt wurde, gilt natürlich auch mit den entsprechenden Veränderungen für eine Vielzahl von Ländern. Die Exporte des einen sind die Importe der anderen. Daher sind bezogen auf die Weltwirtschaft als geschlossenes System Exporte und Importe gleich. Jede beliebige Kapitalbewegung leitet sich aus diesem Tatbestand her. Daraus folgt, daß Positivsalden und Negativsalden der Handelsbilanz sich entsprechen und notwendig gleich sind, wenn man sie in absoluten Maßstäben mißt.

2. Kapitalbewegungen entsprechend den Schwankungen der Handelsbilanz

Wir können erneut bei unserer Analyse von einer Weltwirtschaft ausgehen, die durch zwei Länder A und B gebildet wird. Nehmen wir an, daß es in jedem der beiden Länder keine ausländischen Direktinvestitionen gibt. Dann gibt es keinen Transfer von Einkünften und auch keine durch sie erzwungenen Kredite. Unterstellen wir aber nun Schwankungen der Handelsbilanz. Nehmen wir an, daß das Land A in einem bestimmten Jahr bezüglich des Landes B einen Negativsaldo der Handelsbilanz und entsprechend das Land B bezüglich A einen Positivsaldo hat. Ein Jahr später kann es umgekehrt sein und das Land B hat einen Negativsaldo bezüglich A. Die Handelsbilanz schwankt, aber innerhalb zeitlich veränderbarer Grenzen. Es treten daher diesen Schwankungen entsprechende Kapitalbewegungen auf. Wenn das Land A einen Negativsaldo der Handelsbilanz aufweist, finanziert es ihn

mit Krediten des Bankensystems von B. Das Land A verschuldet sich also bei B in der Höhe dieses Negativsaldos und erhält von B für einen positiven Saldo einen Transfer von Handelsüberschüssen. Nächstes Jahr läuft alles umgekehrt. Das Land B hat nun einen Negativsaldo und finanziert ihn mit einem Kredit von A, womit nun ein Transfer von Handelsüberschüssen des Landes A an das Land B verbunden ist. Das Land A kann nun seinen im vorangegangenen Jahr von B genommenen Kredit mit seinem später an B gegebenen Kredit verrechnen. Wenn sich dieses Hin- und Herschwanken des Saldos der Handelsbilanz fortsetzt, werden sich die Kredite gegeneinander aufheben. So kann auch keine exponentielle Schuldenkurve des einen gegenüber dem anderen Land entstehen. Das Finanzierungssystem betätigt sich dabei als Vermittler. Aber auch von diesem Finanzierungssystem kann man absehen, wenn jedes der beiden Länder über eine entsprechende Geldrücklage verfügt.

Die Situation ändert sich, wenn sich langfristig einseitige Schwankungen herausbilden. Nehmen wir an, das Land A weise für verschiedene aufeinanderfolgende Jahre einen Negativsaldo der Handelsbilanz in bezug auf das Land B auf. Für die Periode des Negativsaldos muß das Land A jährlich Kredite von B aufnehmen, die der Höhe des Negativsaldos entsprechen. Aber es besitzt keine Möglichkeit, die Kredite während dieser Periode zurückzubezahlen, aus dem einfachen Grunde, weil jede Zahlung eine positive Handelsbilanz voraussetzt. Daher bleibt dem Land A nichts anderes übrig, als nicht nur die Negativsalden seiner Handelsbilanz mit Krediten zu finanzieren, sondern in gleicher Weise auch noch alle Zinsen und Zinseszinsen, die auf sämtliche während der Negativperiode des Saldos aufgenommenen Kredite entfallen. In diesem Fall bildet sich ausgehend vom Negativsaldo eine exponentielle Schuldenkurve aus. Die Steigerung dauert so lange an, wie die Negativperiode des Saldos anhält. Wenn die Negativperiode des Saldos lange genug dauert, kann die Steigerung der Schuld eine Größenordnung erreichen, durch die sie unbezahlbar wird. Dies hängt von der relativen Höhe der Exporte, des Negativsaldos, der Wachstumsrate und des Zinssatzes ab. Sie ist unbezahlbar, wenn die mögliche Differenz zwischen Exporten und Im-

porten oder der mögliche Positivsaldo der Handelsbilanz nicht ausreicht, um die durch die Schuld angefallenen Zinsen zu bezahlen. Wenn sie eine solche Größenordnung erreicht, läßt sich das exponentielle Wachstum der Schuld nicht mehr aufhalten. Das Gleichgewicht kann dann nur noch durch einen Zusammenbruch des Finanzsystems wiederhergestellt werden.

Aus diesem Grund kann kein Finanzsystem einseitig und langfristig Überschüsse transferieren. Notwendigerweise gelangt es immer an einen Punkt, ab dem die aufgelaufene Schuld unbezahlbar wird und zu einem Zusammenbruch des Finanzsystems führt. Damit dies nicht geschieht, muß die Richtung des Überschußtransfers umgekehrt werden. Jeder beliebige einseitige Transfer von Überschüssen führt mit Notwendigkeit zu einem Transfer in umgekehrtem Sinne, der ungleich höher ist als der ursprüngliche Transfer. Diese Ausweitung verdankt sich der Tatsache, daß es nicht nur erforderlich ist, die erhaltenen Überschüsse zurückzuerstatten, sondern daß auch noch die seit dem ersten Transfer kapitalisierten Zinsen mit überwiesen werden müssen. Deswegen kann ein Finanzsystem nur funktionieren, wenn die Unausgeglichenheit der Handelsbilanzen sich als Schwankung darstellt. Je ausgedehnter die Schwankungen sind, desto gefährlicher wird die Situation vom Standpunkt des Finanzsystems aus. Aber es gibt immer Schwankungen.

Der Transfer von Überschüssen kann sich langfristig auch nicht als Transfer von Ersparnissen von einem Land ins andere gestalten. Wenn die Transferierungen von Überschüssen sich nicht ausgleichen, bricht das System auseinander. Umgekehrt fällt derjenige, der sich verschuldet hat, in eine Kreditknechtschaft. Er muß bis in alle Ewigkeit Überschüsse transferieren, ohne jemals seine ursprüngliche Situation wiederzuerlangen. Die einzige Richtung, die ein ständiger Fluß von Ersparnissen über Wirtschaftsüberschüsse nimmt, ist die der Zahlung einer unbezahlbaren Schuld.

3. Spekulative Transferierungen

Wir können die privaten Transferierungen von Kapital als spekulative Transferierungen behandeln. Es geht dabei um einen Transfer, der nicht irgendeinem Posten der Bilanz der laufenden Rechnung entspringt, sondern direkt aus der Kapitalbilanz.

Wir können dies erneut erklären, indem wir von dem einfachen Modell einer Weltwirtschaft ausgehen, die auf zwei Länder A und B beschränkt ist, zwischen denen eine ausgeglichene Handelsbilanz besteht. Unterstellen wir, daß ein Bürger des Landes A in einer Bank des Landes B Geld anlegen möchte. Um dies zu tun, muß er Ersparnisse, die im Lande A und in dessen Währung zustande gekommen sind, in entsprechende Ersparnisse des Landes B und dessen Währung umtauschen. Bei gegebener ausgeglichener Handelsbilanz kann die Bank des Landes A diesen Umtausch nur durchführen, wenn sie sich vom Lande B einen Kredit nimmt. Damit erscheint in der Kapitalbilanz eine doppelte Kapitalbewegung. Der Bürger des Landes A besitzt jetzt ein Konto im Lande B in dessen Währung, während die Bank des Landes A über den gleichen Betrag eine Schuld gegenüber dem Lande B in ausländischer Währung hat. Es finden gleichzeitig Kapitalabgang und Kapitalzugang sowohl im Lande A als auch im Lande B statt.

Diese Relationen von Zugang und Abgang sind jedoch nicht gleichwertig. Das Guthaben, welches das Land A verläßt, gehört einem Privatmann, der im Lande B Kapital erwirbt, über welches er privat verfügt. Im Gegensatz dazu ist der Kredit seitens des Landes A, mit dem der Kapitalabgang nach B finanziert wird, ein von der Bank, die den Umtausch vornimmt, aufgenommenener Kredit und wird von der Zentralbank gedeckt. Daher ergibt sich aus dem Kredit für das Land A eine Verpflichtung, der im allgemeinen nachzukommen ist. Der Bürger des Landes A dagegen, der im Land B Kapital erwirbt, hat keinerlei Verpflichtung, die auf dieses Kapital anfallenden Zinsen wieder nach A zu transferieren. Auch wenn die durch das Land A bezahlten Zinssätze sowie die dem Bürger des Landes A gewährten Zinssätze, deren Wert er in B anlegt, gleich sein sollten, so kompensieren sich beide Zahlungen nicht notwendigerweise. Wenn aus irgendeinem Grund der Bür-

ger des Landes A die auf sein Guthaben im Lande B anfallenden Zinsen sich anhäufen läßt, dann muß das Land A weiterhin die Leistungen transferieren. Diese fallen für den Kredit an, den es in B zur Finanzierung des Guthabens seines Bürgers aufgenommen hat. Wenn die Handelsbilanz ausgeglichen bleiben soll, so kann dies nur durch neue Kredite bewerkstelligt werden, die dazu benutzt werden, um in der Währung von B den Schuldendienst des Landes A gegenüber B zu bezahlen. Wenn die Zinsen des Guthabens des Bürgers aus A in B weiterhin auflaufen, erscheint eine Auslandsschuld von A, die sich also aus dem Transfer des Guthabens seines Bürgers herleitet. Diese Schuld erhält eine exponentielle Dynamik. Wenn sich ein solches Vorgehen bei den Bürgern von A allgemein ausbreiten sollte, dann könnte die Schuld eine unbegrenzte Höhe erreichen.

In der Tat hat also ein Strom finanzieller Investitionen vom Land A nach dem Land B dieselbe Auswirkung auf die Verschuldung des Landes A wie die Transferierung von Einkünften, die sich aus ausländischen Direktinvestitionen ergeben, oder wie die Finanzierung von Negativsalden der Handelsbilanz. In Lateinamerika nennt man diese spekulative Transferierung Kapitalflucht. Sie ist eine der Ursachen der Auslandsverschuldung.

IV. Schlußbemerkungen

Die Analyse der Auslandsschuld Lateinamerikas, so wie wir sie bis hierher durchgeführt haben, läßt etwas sichtbar werden, was man die Logik der Verschuldung nennen könnte. Es geht darum, die einzelnen Schritte begreifbar zu machen, welche das Eintreiben der Schuld wird unternehmen müssen, wenn es der bisherigen Unbeweglichkeit und Blindheit verhaftet bleibt.

Es taucht eine implizite Logik auf, die alle Merkmale eines sicheren und unausweichlichen Gesetzes trägt und die sozusagen von der Art eines Naturgesetzes ist. Die vorliegende Analyse zeigt jedoch nicht das auf, was notwendigerweise so kommen muß, sondern das, was uns bedroht. Es geht weder um Prophetie noch um Wahrsagerei; was uns bedroht, wird analysiert, um damit Handlungen zu ermöglichen, die bewirken sollen, daß diese Bedrohung

sich nicht verwirklicht. Daher wird auch nicht eine beliebige Prognose gemacht, sondern es wird die Logik des Systems analysiert.

Diese Logik wird sich ändern, wenn wir uns entscheiden, sie zu verändern, und wenn wir gewillt sind, die entsprechenden Mittel zur Erreichung dieses Ziels einzusetzen. Daher bedeutet die Lösung der Verschuldungsproblematik notwendigerweise eine tiefgreifende und politische Änderung. Es gibt keine Lösung mittels einer einfachen Anpassung der Variablen. Die Schuld ist eine große Dampfwalze, welche drei Kontinente zermalmen wird, wenn sich nicht Widerstand erhebt gegenüber der Blindheit der Banken und des ganzen internationalen Finanzsystems: Diese verstärken die Mechanismen noch, welche die Schuld haben entstehen lassen. Der Widerstand muß das Finanzsystem zum Nachgeben zwingen, damit es eine politische Lösung des Problems geben kann.

Das internationale Finanzsystem verhält sich heute jedoch wie ein einziger Block, der jede wirkungsvolle Lösung zurückweist. Die scheinbaren Lösungen, die dieses System vorschlägt, führen ganz offensichtlich nur zu einer Vertiefung des Problems. Mit jedem so eingeleiteten scheinbaren Lösungsschritt wird die Zerrüttung der Wirtschaft der verschuldeten Länder immer radikaler. Für diejenigen, welche diese Entscheidungen treffen, ist ein solcher Tatbestand auch gar kein Geheimnis.

Die Ablehnung einer wirkungsvollen Lösung unterscheidet die gegenwärtige Situation der Schuldeinforderung von früheren Situationen. Man ist nicht immer so vorgegangen. Als in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts sich die Situation der Verschuldung Lateinamerikas in einer heute vergleichbaren extremen Form zuspitzte, wurden von seiten der wichtigsten Länder Schuldmoratorien hingenommen. Etwas Vergleichbares ereignete sich in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts; dasselbe geschah mit den Schulden, die aus den Unabhängigkeitskriegen der 30er Jahre entstanden waren. Auch wenn es immer äußerst starke Bestrebungen gegeben hat, diese Schulden einzutreiben, so setzten sich schließlich doch in der Regel Lösungen durch, die radikale Moratorien zur Folge hatten. Vom Standpunkt der Banken oder des Kapitals, meist aus den Ländern des Zentrums, war die Streichung der Schuld einer katastrophalen Situation in Wirtschaft und Poli-

tik jener Länder vorzuziehen, welche durch die Kassierung der Schuld hervorgerufen worden wäre.

Heute scheint das Kalkül der Banken genau umgekehrt zu sein. Sie vertreten die Überzeugung, daß die von ihnen verursachte Zerrüttung der Wirtschaft sich nicht in eine politische Gefährdung der Stabilität ihres eigenen Systems übersetzen wird. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Kapitalismus, daß ein weltweites Finanzsystem mit den Regierungen der Länder des Zentrums und mit den repressiven Staatsapparaten der ganzen Welt zusammengekoppelt ist. Die Gewährleistung dafür hat die militärische Interventionsmacht der USA übernommen, die absolut kurzfristig an jedem beliebigen Ort der Welt tätig werden kann. Das System fühlt sich in der Lage, mit seinem Totalitarismus der nationalen Sicherheit auf die sozialen und politischen Krisen zu reagieren, die sich aus der von ihm hervorgerufenen ökonomischen Krise ergeben.

Dies gibt dem System die Möglichkeit, weltweit und in hohem Maße die Entwicklungsanstrengungen der unterentwickelten Länder zu kontrollieren. Ohne Zweifel hat sich heute die Politik der Eintreibung der Schulden in eine Politik verwandelt, deren Bestreben es ist, die Entwicklung der unterentwickelten Länder entweder zu verhindern oder in größtmöglichem Maß zu beschränken, um nicht zukünftige Konkurrenten zu fördern. Es handelt sich hier um eine Politik, welche die unterentwickelten Länder auf eine Aushilfsrolle für die entwickelten Länder zu reduzieren sucht; diese besteht vor allem in der Lieferung von Rohstoffen, wobei die Zerstörung der Natur zugunsten der industrialisierten Länder inbegriffen ist. Die Länder des Zentrums versprechen sich von der Entwicklung der unterentwickelten Länder keine Vorteile und widersetzen sich ihr jetzt. Sie polarisieren die Welt mehr und mehr, und sie glauben, mit einer Politik der brutalen Gewalt die unheilvollen Folgen im Griff behalten zu können.

Diese Machtpolitik wird ideologisch repräsentiert durch die neoliberalen Theorien des Marktes. Die Blindheit, mit der das internationale Finanzsystem im gegenwärtigen Augenblick agiert, dürfte daher eine ideologische Blindheit sein.

Nun ist es aber sicherlich so, daß das pseudoreligiöse und magi-

sche Drängen im neoliberalen Denken diese Konsequenzen zwar verstärkt, aber nicht der Ursprung des Problems ist. Der Ursprung liegt in einer absichtlich gegen die unterentwickelten Länder und ihre zukünftige Entwicklung gerichteten Politik. Trotzdem ist das neoliberale Denken das Beförderungsmittel dieser Politik. Es setzt den Markt gegenüber dem Staat total und erklärt diesen zum Todfeind. Es proklamiert die Abschaffung des Staates mittels einer Totalsetzung des Marktes. Dieser Antietatismus erzeugt die totalitären Tendenzen des Systems. Anstatt die Größe des Staates zu verringern, wird dieser in einen terroristischen Staat verwandelt, der auf dem Gebiet der Ökonomie planlos handelt. Mit der Desorganisation des Staates verliert auch die Wirtschaft ihre Organisation bis hin zum Markt selbst. Schließlich kann nur noch der Staatsterrorismus die gesellschaftliche Stabilität gewährleisten. Genau das ist aber eine Situation, in der jede Entwicklungspolitik und mit ihr jede Entwicklung aufhört.

Diese gegen die Entwicklung gerichtete Politik vollzieht sich dergestalt, daß sie Strukturen begünstigt, die den Entwicklungsländern die Möglichkeit nehmen, sich überhaupt zu entwickeln. In den 50er und 60er Jahren wurden Strukturen unterstützt, welche die Entwicklung förderten; mittlerweile werden Strukturen aufgezungen, welche sie verhindern. Wir haben also eine strukturelle Unterdrückung von Entwicklung vor uns, nicht eine sich nur von Fall zu Fall ergebende. Deswegen muß es nicht so sein, daß sich in allen Fällen die Unterbindung von Entwicklung als wirkungsvoll erweist. Sie setzt sich aber generell durch.

Diese Funktion erfüllt der mit Ausschließlichkeit alles erfassende Markt, der aber auch seine eigenen Entwicklungsfunktionen unterbindet und dadurch die Entwicklung der von dieser Politik betroffenen Länder torpediert. Die Kassierung der Schulden ist eines der hauptsächlichen Mittel, um dieses System durchzusetzen. Es ist ein Instrument zur Gängelung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der in Entwicklung begriffenen Länder, und das bis zu einem Maße, daß diese unfähig sind, wieder zu einer Entwicklungspolitik zurückzukehren. Die Unterbindung der Entwicklungspolitik ist die Hauptaufgabe der Schuldeneintreibung. Die Schuld wird nicht kassiert, um einfach ein Maximum an Reserven

aus Lateinamerika herauszupressen, sondern um seine Wirtschaft den Wirtschaften des Zentrums völlig unterzuordnen. Ihr kommt nur eine Hilfsfunktion zu, wobei ihre eigenständige Entwicklung ausgeschlossen und darauf beschränkt wird, Lieferant von Rohstoffen oder Produkten zu sein, welche die Länder des Zentrums nicht herstellen wollen oder können.

Aus Lateinamerika wird das Maximum an Überschuß abgezogen, um es in eine Komplementärwirtschaft mit untergeordnetem Charakter zu verwandeln. Deswegen muß der Kampf gegen eine Kassierung der Schulden nicht nur bei diesen ansetzen, sondern bei der Wiedereinklagung von Entwicklungspolitik und der Inkraftsetzung eines Staates, der auch fähig ist, sie durchzuführen. Umgekehrt wurzelt die augenblickliche Ablehnung jeder Regelung der Schuldenfrage seitens der Länder des Zentrums in deren Weigerung, die Entwicklung der Schuldnerländer zu akzeptieren. Damit wird aber die Konzeption einer Weltwirtschaft überhaupt in Frage gestellt. Für diese stellt das ausschließliche Beharren auf dem Markt, verbunden mit Antietatismus, das Mittel dar, mit dem die Entwicklung der unterentwickelten Länder verhindert werden kann. Diese Politik führt jedoch zu auch von den Ländern des Zentrums nicht vorhergesehenen Nachfolgeproblemen, wenn sie in diesen Ländern selber angewandt wird. Je radikaler sie zur Durchführung gelangt, desto mehr verhindert sie ebenfalls die Entwicklung der Länder des Zentrums. Die antietatistische Welle des Marktes flutet heute in diese Länder zurück, wobei sie deren eigene Entfaltung zum Einsturz bringt.

Es ergibt sich daraus sehr deutlich, daß gerade bei den kapitalistischen Ländern des Zentrums, die sich auf diese Politik gestützt haben, ein wirtschaftlicher Abstieg vor sich geht, was besonders für die USA und Großbritannien gilt. Als die USA mit ihrer anti-etatistischen Marktpolitik die Zerstörung der unterentwickelten Länder hervorriefen, zerstörten sie auch ihre eigene Entwicklung. Und sie werden noch mehr damit weitermachen, die Entwicklung der übrigen Länder zu vernichten, damit sie nicht allzu sehr in Rückstand geraten. Nachdem sie schon der Konkurrenz der sich beschleunigt entwickelnden asiatischen Länder wie Taiwan, Südkorea und China als neuen und wirkungsvollen Teilnehmern am

internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, bemühen sie sich, aus diesem Wettbewerb weitere Länder, insbesondere lateinamerikanische Staaten wie Mexiko und Brasilien, fernzuhalten. Die Kassierung der Schulden erweist sich daher immer mehr als geeignetes Mittel, um den Völkern selber die wahren Gründe des wirtschaftlichen Verfalls zu verbergen.

Als sie den Staat in ihren eigenen Ländern desorganisierten, haben sie durch Beschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten ihre eigene Wirtschaft durcheinandergebracht. Aus dem gleichen Grunde aber hat diese antietatistische Politik zusehends zu einer Verstärkung des Polizei- und Militärstaates geführt, um über ihn die gesellschaftliche Stabilität zu gewährleisten. Selbst die USA nähern sich schon jenem Totalitarismus, den sie so leichtfertig in der Dritten Welt mit Hilfe der Regime der nationalen Sicherheit verbreitet haben.

Jene kapitalistischen Länder aber, welche die Handlungsfähigkeit ihrer Staatsmacht bewahrt haben, sind heute dem antietatistischen Kapitalismus der USA überlegen. Im Namen ihres Antietatismus und Antiinterventionismus müssen die USA es sich selber untersagen, die zur Wiedererlangung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung geeigneten Mittel einzusetzen. Die übrigen Länder des Zentrums, insbesondere Westeuropa (ohne Großbritannien) und Japan, haben sich nie zu einem solchen Höchstmaß an Antietatismus verstiegen und dadurch ihre Entwicklungsfähigkeit bewahrt.

Es sind dies jedoch auch die Länder, für die eine Unterdrückung der Entwicklung der unterentwickelten Länder durch Eintreibung der Schulden von weniger Interesse ist. Denn in der Tat hat die Kassierung der Schulden nicht für alle Gläubigerländer die gleiche Bedeutung. Für Länder mit einem gewohnheitsmäßig positiven Saldo der Handelsbilanz, wie Japan und Westdeutschland, bietet das Eintreiben der Schuld keine größeren Vorteile. Auch wenn dies für die Banken der betreffenden Länder einen Kapitalzufluß bedeutete, so gibt es doch vom Standpunkt der Länder als Ganzes gesehen keinen entscheidenden Vorteil. Die Zahlung der Schuld bedeutet bloß eine zusätzliche Vermehrung der Rücklagen ihrer Zentralbanken, die schon für sich genommen zu hoch sind. Was

man gewinnt, ist nicht mehr als nur Papier. Wenn diese Summen nicht hineinfließen werden, wird sich auch die Wirtschaft keinen Veränderungen gegenüber sehen. Aus der Zahlung der Schulden ergeben sich vielmehr sogar Nachteile. Die Schuldnerländer müssen wegen eines positiven Saldobetrags der jeweiligen Handelsbilanz ihre Nachfrage nach Importgütern drosseln, was eine Beschränkung des Marktes bedeutet. Da aber, genau besehen, die Gläubigerländer mit positivem Saldo der Handelsbilanz dieser Nachfrage nachkommen können, sollte sie von den Schuldnerländern mit Aussicht auf Tätigkeit des Geschäftes geäußert werden, dürfte es für sie von größerem Interesse sein, die Schulden nicht zu kassieren. Die Länder des Zentrums mit positiver Handelsbilanz verlieren nämlich beim Eintreiben der Schulden mehr, als sie gewinnen. Deswegen ruft das produktive Kapital dieser Länder nach einer Lösung des Schuldenproblems, ohne sie allerdings erzwingen zu können.

Die Interessenlage der Länder mit negativer Handelsbilanz ist genau umgekehrt, was speziell für die USA gilt. Sie brauchen die eingetriebenen Schulden, um ihr Handelsbilanzdefizit auszugleichen und nicht selber in Verschuldung zu geraten. Auch wenn sie wegen der Verminderung der Nachfrage in den Schuldnerländern eine Markteinbuße erleiden, so schlägt dieser Verlust doch wieder in effektive zusätzliche Kaufkraft um. Außerdem verlieren solche Länder weniger Marktanteile als die anderen, weil sie sich nur mit erheblichen Schwierigkeiten auf den Märkten der Schuldnerländer bewegen können. Sie gewinnen beim Kassieren der Schulden daher mehr, als sie verlieren.

Dieser Interessenunterschied unter den Gläubigerländern ist jedoch nicht stark genug, um zwischen ihnen größere Konflikte zu erzeugen. Ökonomisch gesehen ist das Eintreiben der Schulden für diese Länder wenig ausschlaggebend. Das Niveau ihrer Einkünfte ist so viel höher als das der Schuldnerländer, daß die ausbleibenden Zahlungen der Schuldner für die Gläubigerländer nicht allzu sehr ins Gewicht fallen.

Infolge der Kassierung der Schulden transferiert Lateinamerika jährlich ungefähr 20 Milliarden Dollar an Zinsen. Von dieser Summe geht ungefähr die Hälfte in die USA und der Rest an die

übrigen Ländern. Dabei handelt es sich aber um eine Summe, die für Lateinamerika ungeheuer groß und zerstörerisch ist. Trotzdem stellt sie für die USA und die anderen Gläubigerländer eine wenig bedeutsame Summe dar. Wenn die USA jährlich um die 10 Milliarden Dollar erhalten, macht dies nicht mehr als 7% ihres jährlichen Defizits in der Handelsbilanz aus. Etwas Ähnliches ergibt sich auch für die Gläubigerländer mit positiver Handelsbilanz. Für Lateinamerika jedoch bedeutet die Kassierung der Schulden eine riesige Belastung. Sie hat die Inlandsmärkte in einem so verheerenden Maße zerstört, daß in Lateinamerika das Bruttoinlandsprodukt aufgrund dieser Maßnahmen um mehr als 15% oder – in absoluten Beträgen ausgedrückt – um mehr als 120 Milliarden Dollar jährlich gesunken ist. Die Kassierung der Schulden hat die Ökonomie Lateinamerikas zerstört und die größten Teile seiner Bevölkerung zum Hunger verdammt.

Das Eintreiben der Schulden offenbart die ökonomische Unvernünftigkeit eines Handelssystems, das sich wie nach einer ihm eingegebenen Automatik abspult. Anstatt eine optimale Versorgung mit wirtschaftlichen Gütern zu sichern, erschöpft diese die geringen Mittel, um damit die Bezahlung von Summen zu gewährleisten, die vom Standpunkt der Empfänger aus gesehen lächerlich sind. Was damit sichergestellt wird, ist eine denkbar schlechte Versorgung mit Wirtschaftsgütern; dies wiederum ergibt sich aber genau aus der Automatik des Marktes.

Es ist offensichtlich, daß eine neue ökonomische Ordnung und ein Neuaufbau des internationalen Finanzsystems die Versorgungssituation wesentlich verbessern könnten. Es ist jedoch ebenfalls klar, daß man sich von diesen Widersprüchen nicht die Lösung des Verschuldungsproblems versprechen kann. Wenn Lateinamerika weiterhin der Forderung nach Eintreibung der Schulden unterworfen bleibt, werden die Interessen derjenigen, die durch die Kassierung der Schulden mehr gewinnen als verlieren, über die anderen die Oberhand gewinnen, und die Zerrüttung der Wirtschaften Lateinamerikas wird ungeachtet aller Schrecklichkeiten fortschreiten. Mit Reden läßt sich diese Situation nicht verändern. Der Widerstand ganz Lateinamerikas ist notwendig, damit die Widersprüche voll sichtbar werden. Es ist unabdingbar,

«Nein» zur Eintreibung der Schulden zu sagen, damit die Welt die Katastrophe erkennen kann, die durch die Eintreibung der Schulden verursacht wird. Aber deswegen ist es auch notwendig, «Nein» zu einer Politik der Vernichtung Lateinamerikas zu sagen, die auf der Magie eines antietatistischen Marktsystems beruht. Die Politik der Eintreibung der Schulden ist nichts anderes als das Instrument der politischen Zerstörung der Entwicklung. Daher muß sich der Widerstand gegen die Eintreibung der Schulden zugleich mit dieser heute vorherrschenden antietatistischen Ideologie des totalen Marktes auseinandersetzen. Man muß aber auch zur Ausarbeitung eines eigenständigen Entwicklungsprojektes fortschreiten.

Für Lateinamerika wäre dieser Widerstand ein neuer Akt der Unabhängigkeit. Gewohnt daran, die Lösung seiner Probleme von seiten anderer zu erwarten, hat sich in Lateinamerika nie das Bewußtsein gebildet, daß es selber für sein Schicksal verantwortlich ist. Es verharret immer noch in dieser Haltung und erhofft von seiner Unterwerfung und seinem Gehorsam gegenüber höheren Befehlen die entsprechende Lösung. Deswegen ordnet es seine ganze Entwicklung dem ausländischen Kapital unter und erwartet von diesem, daß es für Lateinamerika tun kann, was dieses selber nicht zu leisten vermochte. Heute erstickt das Auslandskapital Lateinamerika und zerstört es. Trotzdem gibt es aufgrund einer Sinnestäuschung, gemäß der mehr Auslandskapital einen Beitrag zu einer Entwicklung leisten wird, der Versuchung zur Unterwerfung nach. Lateinamerika wird sich daher selber um so stärker zerstören, als es weiterhin darauf verzichtet, sich für seine Entwicklung selber verantwortlich zu erklären. Es gibt keine Makler der Entwicklung. Diejenigen, die sich als solche anbieten, ruinieren die Entwicklung selber. Die Entwicklung wird von demjenigen gemacht, der sich entwickeln will, oder sie findet nicht statt.

Es ist jedoch schwer zu glauben, daß die Bourgeoisien des Kontinents geneigt sind, sich in diesem Konflikt selber bloßzustellen. Für sie bleibt die Verschuldung immer noch ein großes Geschäft, in dem sie als Juniorpartner auch weiterhin beteiligt sind und das durch die Staatshaushalte Lateinamerikas abgesichert ist. In letzter Instanz aber müssen die Völker Lateinamerikas die Folgen tra-

gen. Deswegen hat auch der Aufruf Fidel Castros an die Regierungen Lateinamerikas aus dem Jahre 1985, ein Schuldnerkartell zu bilden, keinerlei Echo gefunden. Es gibt keine wirklich nationalen Bourgeoisien in Lateinamerika. Nur ein Widerstand von seiten des Volkes gegen die Katastrophe, welche die Kassierung der Schulden bedeutet, könnte den notwendigen Druck ausüben, um das Eintreiben der Schulden unmöglich zu machen. Allein dieser Widerstand des Volkes kann die Bourgeoisie zwingen, den Interessen der Völker Lateinamerikas nachzugeben.

V. Anhang

1. Berechnung der Auslandsschuld Lateinamerikas zwischen 1950 und 1986: Daten und Vorgehensweise

Die Auslandsschuld Lateinamerikas wurde ausgehend von einer Aufsummierung der in Devisen ausgedrückten Ausgaben der Wirtschaften Lateinamerikas zwischen 1950 und 1986 berechnet. Dabei wurden hauptsächlich die von der CEPAL veröffentlichten Daten verwendet.

Alle Angaben für 1950 bis 1984 sind folgender Quelle entnommen: América Latina y El Caribe: Balance de Pagos 1950–1984, in: Cuadernos Estadísticos de la CEPAL, Nr. 10, Santiago de Chile 1986. Die Angaben für 1985 und 1986 wurden entnommen aus: Panorama Económico de América Latina 1986, CEPAL, Santiago de Chile 1986. Für die beiden Jahre haben wir die entsprechenden Zahlenwerte, die nicht in dieser letzten Mitteilung veröffentlicht sind, geschätzt. Wir gingen dabei von einer Auslandsschuld Lateinamerikas von 2,213 Milliarden Dollar im Jahre 1950 aus (nach: Economic Survey of Latin America 1970, CEPAL, New York 1972, Tabelle 80, S. 103).

Die Berechnung fußt auf folgender Gleichsetzung:

$$\begin{aligned} \text{Auslandsschuld} &= \text{nicht durch den Saldo der Handelsbilanz gedeckte Zahlungen} \\ &= \text{Saldo der laufenden Rechnung (mit umgekehrtem Vorzeichen)} \\ &\quad + \text{Gesamtbilanz (mit umgekehrtem Vorzeichen)} \\ &\quad + \text{Habenzinsen} \\ &\quad + \text{Bilanzberichtigungen (mit umgekehrtem Vorzeichen)} \\ &\quad + \text{nichtprivate Transferierungen} \end{aligned}$$

Wir haben dabei die Kapitaleingänge nicht in Rechnung gestellt, die auf der Basis von Direktinvestitionen und Wertpapieranlagen stattgefunden haben, aber in der Zahlungsbilanz verbucht werden. Wir sind der Ansicht, daß es sich dabei fast ausschließlich um Aufbringung von Geldmitteln handelt, die sich aus in Lateinamerika angelegtem Auslandskapital ergeben. Um ihren Einfluß auf die Schulden ab-

zuschätzen, müßte man den Anteil kennen, der wirklich in Form von Devisen aus den Ländern des Zentrums nach Lateinamerika transferiert wurde. Wenn wir annehmen, daß die Wertpapieranlage völlig mit inländischen Geldern bestritten wurde, und wenn wir einen 15 %-Anteil der Direktinvestitionen, welcher in Devisenform überwiesen wurde (was als wahrscheinlich gelten darf) abziehen, dann müßte man die angegebenen Zahlenwerte um ungefähr 8 bis 10 Milliarden Dollar für die letzten Jahre (ab 1983 aufwärts) absenken.

Die Einbeziehung der Rubrik Habenzinsen wird mit der Annahme gerechtfertigt, daß es sich um Zinszahlungen auf Guthaben handelt, die in den Ländern des Zentrums verbleiben und nicht nach Lateinamerika transferiert werden. Deswegen gelten sie nicht als Devisenüberweisungen für die Wirtschaften Lateinamerikas, auch wenn es sich um Einkommen lateinamerikanischer Personen handelt. Entsprechend können sie auch keine Devisenausgaben der lateinamerikanischen Wirtschaften ausgleichen.

2. Die Auslandsschuld Lateinamerikas von 1950–1986 (Schätzungen des Autors)

Jahr	Auslandsschuld (Millionen Dollar)	Jahr	Auslandsschuld (Millionen Dollar)
1950	2311	1969	25398
1951	3186	1970	28861
1952	4547	1971	32844
1953	4547	1972	38772
1954	5007	1973	44920
1955	5487	1974	54770
1956	7458	1975	68465
1957	9162	1976	88770
1958	9885	1977	99331
1959	11302	1978	121623
1960	12634	1979	146256
1961	13560	1980	182940
1962	15021	1981	244160
1963	16083	1982	288238
1964	17297	1983	323235
1965	17389	1984	350271
1966	18234	1985	359225
1967	20208	1986	381525
1968	22282		